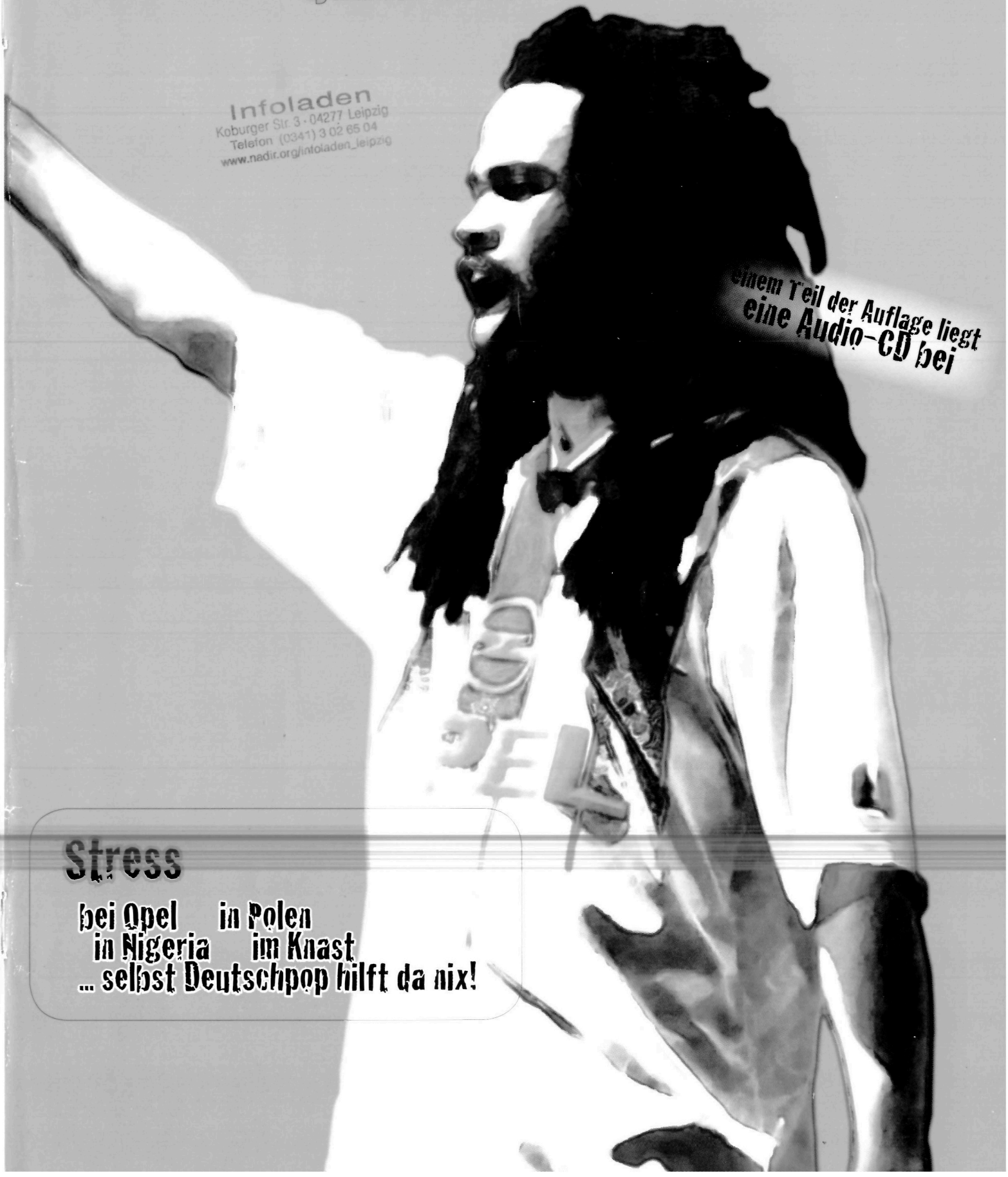
Wildcat

#72
Januar 2005

kostet 3 Euro

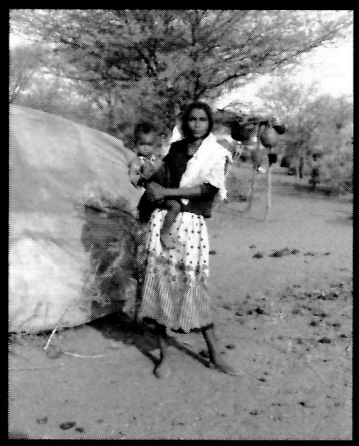
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig



Einem Teil der Auflage liegt eine Audio-CD bei

Stress

bei Opel in Polen
in Nigeria im Knast
... selbst Deutschpop hilft da nix!



APRÈS LA DÉFAITE DE WAU...
LE GOUVERNEMENT APPELLE AU DJIHAD...
CONTRE LES INFIDÈLES DU SUD...
ÉCOUTES LES HAUTS PARLEURS...
ILS PROMETTENT À NOS JEUNES D'ÉPOUSER LES FEMMES DU PARADIS.
ET NOS FILLES ALORS...
QUI VONT ELLES ÉPOUSER ?

NACH DER NIEDERLAGE VON WAU
HAT DIE REGIERUNG ZUM DSCHIHAD AUFGERUFEN ...
GEGEN DIE UNGLÄUBIGEN IM SÜDEN ...
HÖR DIE LAUTSPRECHER ...
SIE VERSPRECHEN UNSEREN JUNGEN, DAß SIE FRAUEN IM PARADIES HEIRATEN.
UND UNSERE TÖCHTER ...
WEN WERDEN DIE DANN ZUM MANN BEKOMMEN?

JE M'APPELLE MOUTOUALI OSMAN...
J'AI QUARANTE TROIS ANS...
UNE FEMME...
SIX ENFANTS ...
TROIS FILLES...
TROIS FILS À L'ÉCOLE MAHASS...
JE SUIS INSTITUTEUR À L'ÉCOLE D'ICI...
À SINIT OUEST ...
CES LES TERRES SONT À MOI...
UN HOMME DU DARFOUR Y TRAVAILLE ...
ON PARTAGE LES RÉCOLTES...

ICH HEIßE MUTUALI OSMAN...
BIN DREIUNDVIERZIG...
HABE EINE FRAU...
SECHS KINDER...
DREI TÖCHTER...
DREI SÖHNE IN DER DER MAHASS-SCHULE...
ICH BIN LEHRER AN DER SCHULE HIER...
IN SINIT-WEST
DAS LAND HIER IST MEINS...
EIN MANN AUS DARFUR ARBEITET HIER...
DIE ERNTE WIRD GETEILT...

REGARDE !
CE SONT LES NOUVELLES RECRUES QUI PARTENT AU SUD...
TU AS VU LES SOLDATS...
ILS SONT TOUS NOIRS...
ILS LES PRENNENT DANS LE KORDOFAN ET DANS LE DARFOUR ...
POUR SE BATTRE CONTRE LES SUDISTES...
ICI Y EN A QUE POUR LES GENS DU NORD...
I ILS PRENAIENT LES JEUNES DES FAMILLES DU NORD...
PEUT ÊTRE QUE LA GUERRE S'ARRÊTERAIT ...

SCHAU!
DAS SIND NEUE REKRUTEN, DIE IN DEN SÜDEN AUFBRECHEN ...
HAST DU DIE SOLDATEN GESEHEN...
SIND ALLE SCHWARZ ...
DIE WERDEN NACH KORDOFAN UND DARFUR GESCHICKT ...
DORT SOLLEN SIE GEGEN DIE SÜDLEUTE KÄMPFEN ...
HIER SIND ALLE FÜR DEN NORDEN ...
WENN SIE DIE JUNGEN AUS NORDFAMILIEN NÄHMEN ...
VIELLEICHT WÜRDE DER KRIEG DANN AUFHÖREN ...

HIER POUR LA VISITE DE BACHIR...
ON NOUS AVAIT PROMIS UNE JOURNÉE SANS COUPURES DE COURANT...
LA DERNIÈRE FOIS...
IL ÉTAIT VENU NOUS PROMETTRE DE L'EAU...
LA BLAGUE DISAIT QUE L'EAU AVAIT PRIS L'AVION AVEC LUI...
CETTE FOIS CI C'EST L'ÉLECTRICITÉ QUI EST MONTE A BORD...

GESTERN ZUM BESUCH VON BASCHIR...
HAT MAN UNS EINEN TAG OHNE STROMABSCHALTUNG VERSPROCHEN...
BEIM LETZTEN MAL...
IST ER GEKOMMEN, UM UNS WASSER ZU VERSPRECHEN...
DAMALS GING DER WITZ UM, DAS FLUGZEUG HABE DAS WASSER MITGENOMMEN...
DIESMAL IST DIE ELEKTRIZITÄT MIT AN BORD GEGANGEN.

BILDER UND SÄTZE
AUSZÜGE AUS ARBEITEN VON CLAUDE IVERNÉ
WWW.ELNOUR.NET

Inhaltsverzeichnis

Ohne Widerstand geht nix 6

Schafft erste, zweite, dritte Arbeitsmärkte... ab! 9
Erfahrungen in Zwangsarbeitsprojekten in den 80ern

Wilder Streik bei Opel Bochum 12

Knast: Prekarisierung und Masseninhaftierung 20

Osteuropa

MigrantInnen in Tschechien 24

Hinter der Grenze – Polen 26
Geschichte und aktuelle Entwicklungen in Polen

Za Graniza – Niemcy 29
Polnische Schattenwirtschaft in Berlin

m.u.c.k.e.

Wenn ein Lied meine Lippen verlässt... 32
Nationalpop, Deutschquote und Schlimmeres

MAKING MUSIC IS KILLING MUSIC 35
Die Wildcat-Audio-CD
Interviews mit MusikerInnen pdf-Datei auf der CD

Weltordnungskriege und Gewaltökonomien 38
Analysen und Reportagen zur Verwüstung des Sozialen

Nigeria: Die »Flammen der Hölle« sind noch nicht gelöscht 39

Lateinamerika

Mexiko: Krieg ums Wasser 43

Bolivien: Die Verwandlung von Bewegung in Institution? 46

Venezuela. Welcome to our Revolution 50
Buchbesprechung

Umstrittene Spielräume 51
Leserbrief zum Artikel »Chavez – cha basta!« (Wildcat 71)

Mit Höllentempo 53
Die Krise der israelischen Gesellschaft – Buchbesprechung

Was bisher geschah... 54

Das produktive Fleisch der Multitude 58
Toni Negri: Multitude – Buchbesprechung

Spitzel: ein Popdiskurs der besonderen Art 61
Spitzel – eine kleine Sozialgeschichte – Buchbesprechung

Tot oder doch lebendig? 61
Dead Men Working – Buchbesprechung

Automobilismus ist die wahre Revolution 64
Konkursbuch: Auto – Buchbesprechung

Impressum 67

Hartz, Heimat, Hindukusch

Massive soziale Verschärfungen und Angriffe auf die Arbeiterklasse ohne rassistische Hetze? Fast zwei Jahre lang sah es so aus, als würde im Gegensatz zu Anfang der 80er und Anfang der 90er Jahre die »Agenda 2010« ohne rassistische Begleitmaßnahmen durchgedrückt werden. Nachdem Anfang November der Filmemacher van Gogh in den Niederlanden ermordet worden war, zündelte die CSU/CDU dann auch in der BRD wieder mit einer »Werte-Debatte«.

In Holland eskalierte die Situation, es wurden Bomben- und Brandanschläge auf Moscheen und Kirchen verübt. Im Ergebnis haben radikale Islamisten und weiße Rassisten die ImmigrantInnen aus »islamischen Gegenden« wieder stärker vom Rest der holländischen Bevölkerung isoliert. CSU/CDU (und Teile der SPD, Kirchenvertreter, Alice Schwarzer und viele andere) fuhren im November einen Angriff auf die »Parallelgesellschaften« in Deutschland. Das Kalkül der CSU war einfach: die Leitkultur-Debatte sollte von der eigenen Krise ablenken und rechte Wähler gewinnen. Agenda 2010, die tiefe Krise der »Volksparteien« und institutionell geschürter Rassismus hängen engstens zusammen. Aber dieser Zusammenhang geht tiefer und ist von grundsätzlicher Art: radikale Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, massiver Abbau sozialstaatlicher Leistungen, Ausweitung des Knastsystems (**20**) und Kriegführung nach außen bedingen sich gegenseitig. Hartz IV braucht »Patriotismus«: wir sollen die Suppe gemeinsam auslöffeln, wir sollen uns alle anstrengen, um deren Karren aus dem Dreck zu ziehen. Rudert schneller!

Ein anderer Beitrag zur Identitätsstiftung: IWF-Chef Köhler trägt dazu bei, die Infrastruktur im »Süden« entweder platt zu machen oder gar nicht bauen zu lassen. BRD-Präsident Köhler heuchelt um Mitleid mit den Tsunami-Opfern und bittet um Spenden.

Spätestens im Frühjahr 1999 hat die rot-grüne Bundesregierung den Rubikon überschritten. »Wir« sind im Krieg. Folterspiele beim Bund und keine Verurteilung von Daschner. Kosovo: Der BND und damit auch Bundesregierung und Bundeswehr waren über die antiserbische Gewaltwelle im März 2004 zumindest vorab informiert,

Arbeitsplätze und Praktika im Ausland

IRAK

Zur Flughafenüberwachung in Mosul werden von einem deutschen Sicherheitsdienst mehrere

Geprüfte Sicherheitsdienstleistungsfachkräfte

mit Englisch-Kenntnissen gesucht.

Aufgaben: Patrouillendienste, Personenkontrolle, Objektüberwachung.

Voraussetzungen: IHK-geprüft (nach § 34a), Englisch zur Verständigung am Arbeitsplatz unerlässlich, Waffensachkunde erwünscht. Nur Bewerber bis 45 Jahre, körperlich fit.

Konditionen: deutscher Arbeitsvertrag, unbefristet, Stellenantritt: 01.09.2004. Vollzeitstelle in Schichtdienst (8 Std./tägl.). Der Arbeitgeber bietet ein überdurchschnittliches Gehalt, zuzüglich Auslöse, Flug, Unterkunft und Lebensversicherung.

Bewerbungen erbeten bis Ende August (Lebenslauf in Englisch mit Telefonnummer, Referenzen und Kopie der IHK-Prüfung) an die

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV)
Internationaler Arbeitsmarkt
Villemombler Str. 76, 53123 Bonn
ENR 08101 270704 19640
Yvonne Nikolay, Tel.: 0228/713-1075
E-Mail: Bonn-ZAV.weltweit@arbeitsagentur.de

A-04-535 IRK

vielleicht aber auch u.a. über ihren Spitzel, den UCK-Kämpfer Samidin Xhezairi, an deren Vorbereitung beteiligt. Afghanistan, Horn von Afrika, Sudan ... die Präsenz der Bundeswehr wird zielstrebig »bis zum Hindukusch« (Struck) ausgebaut.

»Wow, Deutschland steht für Frieden.«

Mia.-Sängerin Mieze in einem Interview mit der Deutschen Welle

Seit etwa anderthalb Jahren läuft eine andere Wertedebatte, die gern die weltweiten Anti-Kriegs-Demos vom 15. Februar 2003 als ihren Gründungsakt reklamieren möchte. Daran versuchen sich auch Musikproduzenten anzuhängen. Laut eigener Aussage ließ die »positive Motivation«, in Argentinien zur deutschen Regierung beglückwünscht worden zu sein, weil diese »gegen den Krieg« sei, beim Produzenten der angeblichen (Electro-)Punkband *Mia.* »die Idee wachsen, jetzt *Angefangen.de* zu starten«. Was es ist war im September 2003 nur der Soundtrack dazu. Neuanfang und Gemeinschaft sind die zentralen Subtexte im nationalen Pop: »Wohin es geht, das woll'n wir wissen und betreten neues deutsches Land« (Liedzeile aus *Was es ist*). Man fühlt sich endlich »nicht mehr fremd in meinem Land« (ebenda). Als Heinz Rudolf Kunze 1996 vom »Genozid an der deutschen Rockmusik« faselte und eine 60/40-Quotierung zugunsten deutschsprachiger Titel forderte, war die Entrüstung noch groß. Heute ist man weiter: Der Nationalisierungsdiskurs geht über die Ebene der reinen Standortlogik (»Deutschquote«) hinaus und setzt unverhohlen auf eine trendy Geschichtsbewältigung. (**32**)

Das Selbstverständnis der Linken in Bezug auf Staat und Rassismus hat sich gewandelt. In den letzten Wochen konnte man ehemals standfeste Linke »die Türken sollen endlich Deutsch lernen!« wutschnauben hören. Früher dichtete man irgendwelchen Traditionen antiimperialistisches Potential an, heute will man »die Muslime« zwangsassimilieren. Früher war man gegen den Staat, heute will man den Sozialstaat retten. (**6**) Und solche Leute werden dringend gebraucht: Nur Politiker und Künstler mit linker Vergangenheit können Deutschland »normalisieren« und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft vorantreiben. Nur sie »nehmen der Rückbesinnung auf das Nationale ihre alte Schärfe« (FAZ); nur sie können verhindern, dass sich soziale Konflikte zu Brüchen vertiefen.

Aber besteht diese Gefahr überhaupt?

Das Bildungssystem in der BRD ist am unsozialsten: nirgends sonst in Europa ist der Schulerfolg so stark an die soziale Stellung der Eltern gekoppelt. Die Schere zwischen Arm und Reich wird wieder größer. In immer neuen Wellen demonstrieren die Herrschenden ihre Korruptheit. In allen Weihnachtspredigten wurde die »soziale Kälte« bejammert; ein Pfaffe ging so weit, vor einer »vorrevolutionären Situation« zu warnen, vor der »wir« bald stehen könnten... – Realitätsnäher scheint erstmal die »Verwunderung« des Heeresinspekteurs angesichts immer neuer Enthüllungen von Folterspielen in der Bundeswehr zu sein: Warum hat sich keiner der Rekruten gewehrt?

Damit trifft er ins Schwarze: warum jammern alle, aber niemand wehrt sich?
(siehe z.B. »Hamburger Schmierdreck« http://www.steinbergrecherche.com/schmierdreck.htm)

Wir haben im Heft Erfahrungen mit der Sozi-Zwangsarbeit in den 80er Jahren *reloaded*. Sie zeigen, wie einfach sich Widerstand ausbreitet, sobald mal jemand ernst macht und damit anfängt. (**9**)
Die ArbeiterInnen in Bochum haben sich gewehrt (**12**): ist das Opelwerk die letzte Bastion aussterbender Saurier, waren die ArbeiterInnen »Allein gegen Alle«, wie DIE ZEIT zu suggerieren versucht? Oder war ihr Kampf sogar ein

Neu-Anfang? Aus anderem Holz geschnitzt als *Angefangen.de* war die Sache sicherlich, aber das Entstehen einer (neuen) Arbeitergemeinschaft *gegen diese Welt* – wie sie beim Streik in Melfi aufschien (siehe *Wildcat* 70) – lässt sich bisher nicht ausmachen.

Der Siemens-Konzern will Ende Januar entscheiden, ob das Handy-Geschäft verkauft wird. »Ich hoffe, dass ich auf der Hauptversammlung am 27. Januar etwas dazu sagen kann«, zitierte das Handelsblatt den Siemens-Vorstandsvorsitzenden Heinrich von Pierer. Derzeit würden »alle Optionen für das wenig lukrative Geschäft mit Mobiltelefonen geprüft: Sanierung, Schließung, Verkauf oder die Kooperation mit einem Konkurrenten.« Wieder mal haben Zugeständnisse nichts gebracht... Oder wurde der große Durchbruch in den Handy-Fabriken in Kamp-Lintfort und Bocholt Ende Juni 2004 bezüglich Arbeitszeitverlängerung und Lohnverzicht gezielt in zwei Werken inszeniert, wo für den Unternehmer nichts auf dem Spiel stand, weil die Verlagerung so oder so gekommen wäre? Die Betriebsvereinbarung sollte zweierlei bewirken: den Dammbruch einleiten und dem Siemens-Konzern die Möglichkeit geben, die Verlagerung oder den Verkauf systematisch und geordnet durchzuziehen? Zum Glück haben die ArbeiterInnen bei DaimlerChrysler und Opel der ersten Absicht ihren Kampf entgegengesetzt.

Weitere Artikel zur BRD: Kontrolle, Polizeistaat, Spitzel (**62**), Toll Collect (**64**).

Weitere Artikel zu Lateinamerika, Osteuropa und Afrika: Mexiko: Krieg ums Wasser (**43**), Venezuela: welche Revolution? (**50, 51**). Bolivien: Institutionalisierung einer Aufstandsbewegung? (**46**) Streiks und Demos gegen die Ölmultis in Nigeria. (**39**)

Auf Seite **26** beginnen wir eine längerfristig angelegte Beschäftigung mit den Klassenkämpfen in Polen.

Hardt/Negri haben Band 2 von Empire vorgelegt: Multitude (**58**). Muss man nicht gelesen haben. Mia. muss man auch nicht gehört haben, um dieses Heft zu verstehen. Aber hört doch mal in unsere erste Audio-CD rein! und schreibt uns, ob sie Euch gefallen hat.

Abonniert die Wildcat!

Wir brauchen mehr AbonnentInnen! Durch Abos können wir die Auflage besser kalkulieren. Abos ermöglichen uns, direkt mit unseren LeserInnen zu kommunizieren. Sprecht deshalb auch Freunde, die die Wildcat ab und zu kaufen, darauf an: Im Abo habt Ihr die Wildcat immer gleich nach Erscheinen – und sie ist sogar billiger als im Buchladen: nämlich 6 Ausgaben für 15 Euro.

Unser Bestellformular im Internet findet ihr unter: *http://www.wildcat-www.de/aboform.htm*

Oder schreibt an *versand@wildcat-www.de*

Oder per snail mail:
Shiraz e.V., Postfach 30 12 06, 50782 Köln

Über Förder-Abos freuen wir uns natürlich besonders: 30 Euro für 6 Hefte.

Bitte gebt an, ab welcher Nummer das Abo laufen soll. Wer bis zum 1.3.2005 ab der aktuellen Nummer (72) abonniert, kriegt auf jeden Fall noch ein Heft mit CD.

Auch in dieser Ausgabe sind viele Bilder im Opel-Artikel, die uns die »www.arbeiterfotografie.com« dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat.
Sie haben vom 8.1.-6.2.2005 in Berlin eine Ausstellung »Rettet den Reichtum. Die Politik des globalen Kapitals und der Widerstand dagegen«. **Ort:** Mediengalerie, Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, 10965 Berlin-Kreuzberg

http://www.arbeiterfotografie.com/sozialraub/rettet-den-reichtum.html

Es geht um die Durchsetzung von Arbeit.

Was seit über zwanzig Jahren als »Abbau des Sozialstaats« bejammert wird, ist der Umbau eines Systems, das dies nicht mehr ausreichend gewährleistet.

Das verkündet heute die Regierungspropaganda, und es wird kein Hehl mehr daraus gemacht, dass es genau darum geht und immer gegangen ist. Darum ging es auch, wenn in den Betrieben immer neue Säue durch die Werkshallen getrieben wurden – von »Verlagerung« über »Gruppenarbeit« bis hin zu japanisch klingenden arbeitsorganisatorischen Maßnahmen.

Ohne

Hartz IV tut nicht mehr so, als ob auch Positives damit verbunden wäre. Das ist das Neue: Es wird gar nicht mehr so getan, als ob es sich um eine *vorübergehende* Schwäche der »deutschen Wirtschaft« oder um die *Verbesserung* der Arbeitsbedingungen oder die Anerkennung der Arbeiter als Subjekt wie bei der Gruppenarbeit handelt. Die Parole von »Hartz IV und Hartz« heißt: In Deutschland muss wieder mehr gearbeitet werden – für weniger Geld und mehr Profite.

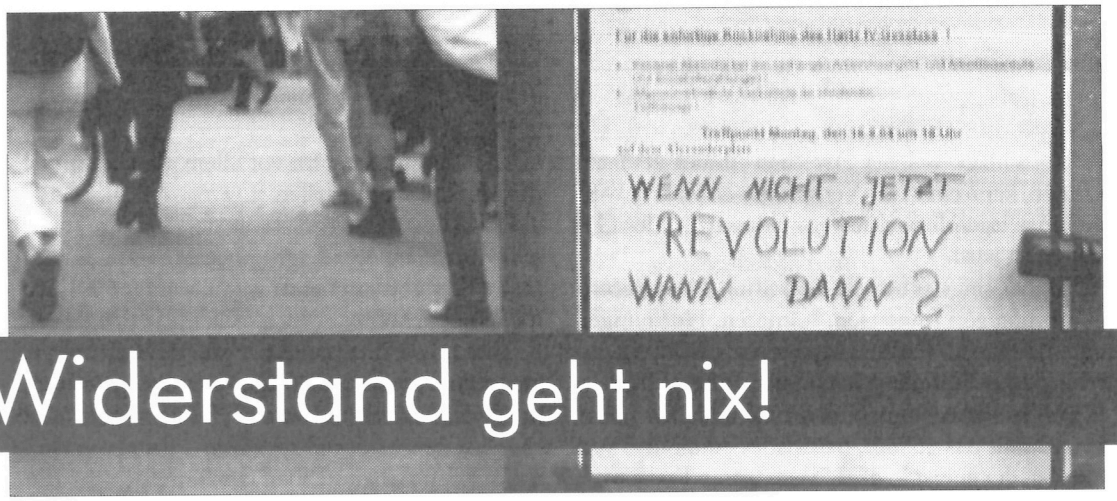
Überraschend ist der Angriff nicht. Am Sozialstaat wird seit 25 Jahren rumgedoktert – verschärfte Zumutsbarkeitsregelungen für Arbeitslose, Pauschalierungen bei der Sozialhilfe, kommunale Zwangsarbeit, Rentenkürzungen, Lockerung des Kündigungsschutzes, Lebensmittelpakete für Asylsuchende, usw.. In den Betrieben führten neue Formen der Arbeitsorganisation zu einer Intensivierung der Arbeit und Verlängerung des Arbeitstags. Die 35-Stunden-Woche versprach zwar eine Verkürzung der Arbeitswoche, brachte aber die Flexibilisierung. Die Arbeit wurde nicht nur einfach länger, sondern die Arbeitszeit erstreckte sich über weit größere Teile des Lebens. Die Verfügungsgewalt über die eigene Zeit nahm ab; immer mehr hatten kein »Normalarbeitsverhältnis« mehr: Befristungen, Scheinselbständigkeit, ABM, prekäre Jobs, Dienstleistungs-Teilzeit. Der Lohn sank, vor allem für die am unteren Ende der Skala.

Trotzdem konnte bis Ende der 90er Jahre der Lebensstandard im Großen und Ganzen gehalten werden, wenn auch nur mit mehr Arbeit und Einsatz. Nicht offene Kämpfe einer Klasse verhindern den kapitalistischen Durchmarsch (von den Kämpfen in Ostdeutschland in der Hochphase der Deindustrialisierung 1991/92 einmal abgesehen), sondern ein Massenverhalten, das massiv mauert und sich gegen allzu große Zumutungen zur Wehr setzt.

Nach wie vor ist Deutschland eines der gleichsten Länder der Welt; der Staat hat in vielerlei Hinsicht dafür gesorgt, dass die Unterschiede im Lebensstandard – wenigstens für diejenigen, die einen halbwegs legalen Status haben – ausgeglichen wurden. Die Transferleistungen »von West nach Ost« kamen zwar zum allergrößten Teil direkt dem Kapital und nicht den Leuten zugute; dennoch federte der Rest die politischen Folgen der Deindustrialisierung und die Erprobung neuer Formen der Arbeit dort ab. Und der Staat alimentierte auch im Westen Millionen, die nicht für die Vernutzung als Arbeitskraft in der beschleunigten Leistungsgesellschaft taugten oder nicht schnell genug mitrennen wollten.

Als sich am Ende des Jahrzehnts die Propagandainhalte von Globalisierung und Toyotismus erschöpft haben und die Massenarbeitslosigkeit (noch immer) nicht als Drohung gegen die Arbeitenden wirkt, muss die Methode der Herrschaft geändert werden. Die »neue Sozialdemokratie« tritt europaweit auf den Plan und markiert zum Beispiel mit dem *Schröder-Blair-Papier* von 1999 die neue Richtung: »Keine Rechte ohne Pflichten«.

Der Sozialstaat organisiert gerade in der Absicherung der extremen Risiken die Durchsetzung des lebenslangen Arbeitszwangs. Seit Beginn des letzten Jahrhunderts hat der Staat Versicherungssysteme für die Arbeiter eingerichtet. Dies hatte verschiedene Gründe; die Existenz ausbeutbarer Arbeiter auch dann abzusichern, wenn sie grade mal nicht vernutzt wurden. Oder die politisch infizierten Teile der Arbeiterklasse bewußt aus den



Widerstand geht nix!

Fabriken herauszuhalten. Der Sozialstaat bedeutet die Anerkennung der Arbeiterklasse als politische Größe. Die Versicherungsform erfüllte mehrere Zwecke. Zum einen band sie Lohnersatzzahlungen an die Arbeit, bzw. an vergangene (und immer auch wieder zukünftig zu leistende) Arbeit. Gleichzeitig wahrte sie damit den Schein des Tauschverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Dann erlaubte sie die Integration von proletarischen Streik- und Notfallkassen unter staatliche Kontrolle, machte aus Klassenkampf Arbeiterbewegung, indem sie viele Posten für die Aktivisten schuf und gleichzeitig Teile der Klassenkampfinhalte zu Auseinandersetzungen innerhalb der staatlichen Ordnung machte.

Sicher geht es bei Hartz IV auch schlicht um Einsparungen und um einen Abbau durch Absenken des proletarischen Einkommens – vor allem wenn es tatsächlich gelingt, mehrere hunderttausend ganz aus ALG2 auszuschließen. Hartz IV soll die Arbeitskraft verflüssigen. ›Arbeitsverweigerung wird nicht mehr geduldet‹ ist die Parole hinter den 1-Euro-Jobs. Es geht nicht um das Aufräumen der Friedhöfe *an sich* – das bringt niemandem etwas und erzeugt auch keinen zusätzlichen Profit. Es ist ein Angriff auf das Leben, die Arbeitsverhältnisse und letztlich auch den Lohn derer, die arbeiten. Direkt, indem 1-Euro-Jobs in bisher halbwegs reguläre Bereiche eindringen, etwa im Pflegebereich. Indirekt, wenn mittels der uniformierten Sozialsklaven, die durch die Stadt ziehen sollen, die Allgemeinheit des Arbeitsregimes demonstriert wird. Es geht darum, mit der Schließung von proletarischen Rückzugsräumen den Traum des Nicht-Arbeiten-Müssens auf das Leben nach 65 zu orientieren. Es geht darum, den Schrecken der Arbeit für Geld durch den Schrecken von sinnloser Arbeit fast ohne Geld zu ergänzen.

Der Sozialstaat wird nicht »abgebaut«, ganz im Gegenteil. Während das klassische soziale Netz die Revolte durch bescheidene Absicherung verhindern sollte, macht sich der moderne Sozialstaat daran, noch weit tiefer und umfassender den Zwang zur Arbeit direkt durchzusetzen. Die Gesellschaft wird in neuen Formen und Umfang vom Staat organisiert und durchdrungen. Bedürftigkeitsprüfung, Sozialkontrolle, Aufhebung des Bankgeheimnisses, Aufrüstung von Polizei, Zoll, BGS gegen »die Schwarzarbeit« usw. Allein in Mannheim (350 000 Einwohner) sollen pro Jahr 40 000 Besuche bei ALG2- Beziehern durchgeführt werden. Und falls das dazu führen sollte, dass viele sich ganz verweigern - also letztlich »kriminell« und/oder politisch werden sollten: auch für diesen Fall wurde in den letzten Jahren mit Polizeigesetzen bis hin zum Terrorismusgesetz Vorsorge getroffen. (Und noch weitergehend: Auch die Möglichkeit, innere Spannungen mittels Kriegsbeteiligung zu lösen, wurde durch Rot-Grün etabliert und die rassistische oder kulturrassistische Karte steckt als »Terrorismusbekämpfung« leicht verfügbar im Ärmel.)

Viele bürgerliche Kommentatoren haben bemängelt, dass die Regierung harte Maßnahmen durchsetzt, aber es versäumt, sie zu erklären, bzw. in eine politische Perspektive einzubetten. Für ein politisches Modell ist das »Fördern und Fordern« allerdings viel zu dünn. Ein tragfähiges Modell kann nicht dekretiert werden, es kann nur aus einem politischen Diskurs kompiliert werden, in den alle wesentlichen Kräfte eingebunden sind. Ohne Widerstand geht nichts. Nur wenn sich Interessen melden, Ansprüche gestellt werden und alternati-

ve Vorschläge welcher Art auch immer gemacht werden, kann ein neues Verständnis entwickelt werden, das irgendwie halbwegs Konsens in der Gesellschaft wird.

Dabei ginge es um die Definition, bzw. Verunglimpfung von Interessen, Kämpfen, Hoffnungen und der Wut als Partikularinteressen und deren anschließende Einteilung in Gut und Böse, in berechtigt und unberechtigt, in brauchbar und unverwertbar. Damit das gelingt, braucht es eine Form von Protest, der zuerst in der allgemeinsten Frage nach der Arbeit und dann überhaupt mit sich reden lässt. Zur Durchsetzung des repressiven Sozialstaats ist derartiger Protest unverzichtbar. Überspitzt formuliert: Ohne Montagsdemos kann die Agenda 2010 nicht durchgehalten werden, bzw. sie würde ihren Zweck verfehlen.

Das soll keine Verunglimpfung der Montagsdemos sein – sie gehören zur eindrucksvollen »Wiederkehr des Proletariats« dazu. Dass noch nicht die Zeit der allgemeinen Ablehnung aller kapitalistischen Zumutbarkeiten ist, ist zuallerletzt ihnen anzulasten. Auf der einen Seite haben sie proletarischen Protest rehabilitiert und etabliert, auf der anderen Seite aber auch die Bedrohung der Arbeitenden durch die Arbeitslosigkeit mit Leben gefüllt. Die stumpf gewordene Drohung des Meisters: »Wenn Du nicht willst – draußen stehen hunderte, die das für die Hälfte machen« wurde frisch in Bilder gefasst, als tausende hinter dem Schild »Wir wollen Arbeit« marschierten.

Gar nicht genug verunglimpfen kann man allerdings diejenigen, die heute schon anfangen, getarnt als Kritik an Hartz IV, Alternativvorschläge zum Einsatz von Arbeitslosen und ALG2-EmpfängerInnen zu machen. Und jene, die im Zuge der Verengelen-Keferisierung des Widerstands bald in den Kontrollgremien sitzen werden.

Eine ambivalente Rolle spielen die Alternativen, die in den 1-Euro-Jobs eine neue Möglichkeit sehen, ihr Projekt zu finanzieren. Sie legitimieren das »Fordern und Fördern« – aber welches Ausmaß hat dies heute noch? Was ist mit der Legitimation durch diejenigen, die den Verschärfungen des Arbeitsregimes der letzten Jahre nicht folgen konnten oder wollten und in diesen Jobs eine Möglichkeit sehen!? Allerdings zeigt die Erfahrung, dass die Jobs meist nicht an diejenigen gehen, die sie sogar macht würden, sondern vor allem als Disziplinierung funktionieren sollen.

Weil die Arbeitsleistung der 1-Euro-Jobber selbst nicht im Vordergrund steht, wäre es nicht sonderlich überraschend, wenn weniger 1-Euro-Jobs eingerichtet werden, als Clement sich erhofft. Es geht ums Prinzip und die politische Demonstration, und das geht mit -zigtausend so gut wie mit hunderttausend. Nur wenn die Leute selber die Sache verweigern oder ad absurdum führen – am besten mit den ArbeiterInnen der Betriebe oder Einrichtungen, deren Bedingungen unter Druck gesetzt werden sollen –, wird es nicht nur nicht funktionieren, sondern vielleicht sogar nach hinten losgehen.

Der gesellschaftliche Diskurs über die Partikularinteressen kann dann nicht funktionieren, wenn nicht über einzelne Gruppen, sondern über die Arbeiterklasse als ganzes geredet wird. Die bisherige Form der sozialen Absicherung als Versicherung war die Anerkennung der Arbeit als konstitutivem Teil des Kapitals und damit die verquere Anerkennung der Arbeiterklasse als politischer Größe. Dass mit Hartz IV die Arbeitslosen*versicherung* abgelöst wird durch staatliche Almosen, die mit (»sinnloser«) Kontrolle verbunden sind, ist tatsächlich von den Arbeitern als Aberkennung ihrer Leistung verstanden worden. Nach einem Jahr ist alles weg – das ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern wird als Demütigung, Rückstufung, Kränkung verstanden. Der mehr oder weniger brav arbeitende »Bürger« wird von seinem Staat wieder zum »Proletarier« erklärt, der letztlich nichts hat außer seiner Arbeitskraft. Das muß eine neue proletarische Debatte über das eigene Selbstverständnis provozieren und tut das auch – sogar mit praktischer Umsetzung: Die Zumutungen ausgerechnet der Großkonzerne, die nicht mit Bankrott drohen können, sind sofort in direktem Zusammenhang mit Hartz IV verstanden worden. Die Streiks bei Daimler und Opel Bochum waren zwar nicht sieg- wohl aber erfolgreich. Und zwar indem sie entweder weit über die Gewerkschaftskontrolle hinausgingen oder ganz ohne Gewerkschaft stattfanden. Eine Aufbruchstimmung wie bei den großen selbstständigen Streiks 1973 bei Ford in Köln oder bei John Deere in Mannheim kam noch nicht rüber. Aber immerhin. ■

Mit Hartz IV sollen massenhaft Leute in »Ein-Euro-Jobs« reingedrückt werden. Seit Mitte der 70er Jahre gibt es Erfahrungen mit der Einführung und Durchsetzung von Zwangsarbeit – und mal mehr, mal weniger erfolgreiche Aktivitäten, dem etwas entgegen zu setzen. Wir dokumentieren hier in Auszügen aus der Wildcat 38 und 39 von 1986 Erfahrungen und Aktionen in Köln und Witten. In den 90er Jahren ist es genau so weitergegangen, wie es am Ende der Artikel vermutet wurde: Nach der Krise 1992/93 hat die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen schneller als die Zahl der Arbeitslosen zugenommen. Darauf haben Staat und Kommunen mit immer neuen Programmen reagiert: »Jugendprogramme«, mit denen klargemacht werden sollte, dass es kein Leben ohne Arbeit gibt; die Vermittlung über private Sklavenhändler, die dafür Kopfprämien kassieren; »Kommunale Leitstellen für Arbeit«, die SozialhilfeempfängerInnen an städtische Betriebe oder »gemeinnützige« Einrichtungen vermitteln. Viele dieser Jobs werden heute zu Ein-Euro-Jobs umgewandelt. Offene Verweigerung dieser Jobs hat es nur selten gegeben – 20 Jahre Massenarbeitslosigkeit scheinen Wirkung zu zeigen. Hinzu kommt, dass viele Initiativen, die in den 80er Jahren die Bedeutung und Funktion solcher Arbeitsprogramme zumindest noch diskutiert haben, inzwischen noch mehr von den Geldern abhängig sind, die über solche Programme verteilt werden.

Es muss sich erst noch zeigen, wie viele dieser Stellen es tatsächlich geben wird. Für Aufregung haben die Berichte von »Ein-Euro-Jobbern« bei der »Hamburger Arbeit« gesorgt – wobei weniger die entwürdigenden Bedingungen überraschen, als der Umstand, dass sich das so viele bieten lassen.

Aus den Artikeln können sicher keine schnellen Antworten auf die Frage gezogen werden, was gegen die »Ein-Euro-Jobs« getan werden kann. Aber einige der politischen Fragen und praktischen Probleme stellen sich heute wieder: Öffentlichkeitsarbeit und/oder Versuche, in den Jobs selber gegen die Arbeit aktiv zu werden? Was ist mit den »linken Projekten«? Seit der Einführung von AB-Maßnahmen in den 70er Jahren finanzierten sich immer mehr Projekte über staatlich subventionierte (Zwangs-)Arbeitsprogramme – kann das überhaupt noch offen diskutiert werden? Bringt die breite Einführung der »Ein-Euro-Jobs« neue Möglichkeiten von Gemeinsamkeit und Solidarität!?

Schafft erste, zweite, dritte Arbeitsmärkte ...ab!

1984 – die 1,50 DM-Zwangsarbeit wird ausgehöhlt

Im Mai '84 schlossen wir uns, eine Handvoll Leute aus dem autonomen und Hausbesetzerspektrum in Köln, zur Initiative *Weg mit der Zwangsarbeit!* zusammen. Seitdem die Sozialämter in vielen Städten der BRD damit angefangen haben, AsylantInnen in Zwangsarbeit einzuweisen, war das Thema ein Dauerbrenner. Es lag also nahe, zunächst an dieser Form von Zwangsarbeit anzusetzen, Unruhe auf Ämtern und Einsatzstellen zu organisieren und Leute aus der Zwangsarbeit rauszuholen, um dann Beispiele einer erfolgreichen Verweigerung propagieren zu können. Damit griffen wir nur die bereits entwickelten Verhaltensweisen der SoziEmpfängerInnen auf. Wie wir aus internen Statistiken des Sozialamtes erfahren hatten, war die individuelle Verweigerung – allerdings auch mit der häufigen Streichung der Sozialhilfe verbunden – weit verbreitet. (...) Es kam für uns also darauf an, die Streichung der Sozialhilfe bei Arbeitsverweigerung zu verhindern.

Die vollständigen Artikel über die Erfahrungen in Köln findet ihr auf unserer Webseite:

www.wildcat-www.de/wildcat/38/w38sozw1.htm

www.wildcat-www.de/wildcat/39/w39sozw2.htm

Die Situation in den 90er Jahren diskutiert der Artikel *Stadtluft macht Arbeit – Kommunaler Arbeitszwang als Baustein des Niedriglohnsektors:*

www.wildcat-www.de/zirkular/46/z46zwang.htm.

Mehr zur Hamburger Arbeit findet ihr unter

www.steinbergrecherche.com/schmierdreck.htm.

Unruhe auf den Ämtern – und Verrechtlichung als Antwort

Da es keine Basis für eine massenhafte politische Bewegung unter den Sozialhilfeempfängern gab, konnten wir zunächst nur versuchen, die rechtlichen Regelungen zu benutzen. Wir propagierten auf den ersten Flugblättern solche Möglichkeiten wie schriftliche Bescheide zu verlangen, Widerspruch einzulegen, bis hin zur Klage vorm Verwaltungsgericht, um die Einweisung in Zwangsarbeit zumindest hinauszuzögern. Bei den Leuten, die das mit uns zusammen machten, war diese Praxis sehr effektiv.

Wenn wir mit Leuten, die eingewiesen werden sollten, zum Amt turnten, gingen wir immer zu mehreren rein, machten die Auseinandersetzung auch für andere im Warteraum öffentlich. Der Versuch der Amtsärsche, uns daran mit Bullengewalt zu hindern, war auch nicht sehr produktiv für sie, da uns solche Rangeleien nur noch mehr Publizität einbrachten.

Intervention von außen oder Selbstorganisation?

Uns ging es in erster Linie darum, daß sich die Zwangsarbeiterinnen selbst gegen die Arbeit zusammenschließen, daß sie es schaffen, durch ihre kollektive Aktion – »Streik!« – die Arbeit zu kippen. Über die Ämter ließ sich das aber nicht organisieren, da wir ständig auf neue Leute stießen, es immer bei einzelnen Aktionen blieb und die Leute nach erfolgreicher Freistellung von der Arbeit das Interesse an der Initiative verloren.

Um innerhalb der Arbeit den Widerstand zu entwickeln, versuchten wir mit Leuten, die eingewiesen werden sollten, andere Aktionen zu machen: erstmal nichts gegen die Einweisung unternehmen, die Arbeit antreten, um mit den anderen Arbeitern in Kontakt zu kommen und dort den Wirbel veranstalten. Dort wo wir größere Aktionen auf den Arbeitsstellen machten, wie eine Demo auf dem Friedhof, war es der stärkste Druck auf das Sozialamt. Die Leiter der Einsatzstelle bangten um die Arbeitsbereitschaft einer ganzen Kolonne, schickten die Leute sofort weg, und die Kritik wurde an eine größere Öffentlichkeit getragen.

Es ist uns aber nie gelungen, ein kollektives Verhalten der Leute auf den Arbeitsstellen zu erreichen, was durchaus auch an der Durchmischung der Kolonnen und der extremen Fluktuation lag: fest eingestellte städtische Arbeiter, ABM-Kräfte, deutsche Soziempfänger und Asylanten. Fast alle Leute, mit denen wir Aktionen machten, kannten wir über die besetzten Häuser, den SSK oder die politische Szene.

»Neue Armut« – die Spaltungslinie der Armutsverwalter

Während sich zig Kölner Gruppen um Verkehrsberuhigung und Fahrradfreundlichkeit sorgten, lernten wir Asylanten kennen, die als Zwangsarbeiter die Radwege rot anstreichen mussten. Und einige Initiativen ließen bereits Sozialhilfeempfänger die Zwangsarbeit bei ihnen ableisten. Hier machte das Sozialamt die ersten Versuche, alternative Gruppen in die Organisation der Zwangsarbeit miteinzubeziehen, woran es mit dem neuen Programm 1985 anknüpfen konnte. Zum zweiten mussten wir uns mit Gruppen aus dem Spektrum Kirche, Gewerkschaften, Grüne, DKP auseinandersetzen, die mit ihrer Kritik an der Zwangsarbeit das öffentliche Interesse an diesem Thema bestimmten. Dieser Kritik ging es darum, die Ablehnung der Zwangsarbeit mit der Forderung nach »besseren« Arbeitsgelegenheiten zu verbinden. Mit dem Begriff *Neue Armut*, der zu dieser Zeit aufkam, wurde die linksliberale Empörung über die Entgarantierung ausgedrückt – aber gerade nicht als Kritik der im Kapitalismus systematischen Armut.

Die Spaltungslinie in der späteren Umstellung der generellen Pflichtarbeit für 1,50 DM auf ein differenziertes Arbeitsprogramm war hier schon angelegt: für diejenigen, die sich auf Grund ihrer Ausbildung und der ihnen im System versprochenen sozialen Stellung gegen die Zwangsarbeit empörten, wurden verbesserte und für sie attraktive Arbeitsgelegenheiten geschaffen, während der Druck auf die »alte« Armut nach Abflauen der öffentlichen Kritik in einem neuen Anlauf gesteigert werden konnte.

Die Große Koalition der Arbeitsbeschaffer

Als wir für Anfang November 1984 zu einem Go-In beim Sozialdezernenten mobilisierten, kamen etwa 70 Leute aus einem breiten Spektrum von Selbsthilfegruppen über DKP bis hin zu den Autonomen. Die 1,50 DM-Zwangsarbeit war gerade deswegen angreifbar geworden, weil sie unterschiedslos allen Sozialhilfeempfängern aufgedrückt wird – dem nicht sesshaften Berber, wie dem arbeitslosen Diplompädagogen. Um die Arbeitsstellen im selben Umfang ausweiten zu können, wie die Zahl der Sozialhilfeempfänger – gerade der jungen – stieg, und um deren Arbeitseinsatz auch *produktiv* gestalten zu können, war ein neues Instrumentarium erforderlich. Eine neue Gestaltung des Arbeitszwangs für Sozialhilfeempfänger wird gebraucht, um den Ansätzen von Widerstand das Wasser abgraben *und* um den Arbeitszwang weiter ausweiten zu können: »Aus diesem Grunde muss

Eine Wittener Gruppe hatte Mitte der 80er Jahre versucht, die Zwangsarbeit »von Innen« auszuhebeln – im Folgenden könnt Ihr einen Ausschnitt aus Erwins Erfahrungen nachlesen.

»Für einige von uns stellte sich an diesem Punkt erneut die Frage, wie wir weg von den individuellen Formen der Verweigerung hin zu kollektiven Schritten der Arbeitsverweigerung kommen könnten. Da wir den Zeitpunkt als günstig einschätzten, entschlossen wir uns im Frühjahr '85, die Arbeit anzunehmen, mit der Vorstellung, langfristig an den Arbeitsorten Widerstand entwickeln zu können. (...)
Einen Monat später bekam Erwin endlich einen Arbeitsplatz zugeteilt. Als erstes erklärte der etwas unruhig wirkende Vorarbeiter (inzwischen waren sechs Zwangsarbeiter, darunter drei Tamilen, mit einer halben Stunde Verspätung erschienen, nur Erwin war pünktlich), dass die 7-Stunden-Regelung in seinem Arbeitsbereich keine Geltung hätte, da sie nicht zu realisieren wäre, bei ihm arbeiten alle gleich, und die ZwangsarbeitInnen bekämen dann einen Tag frei – wie sich später rausstellte bei schlechtem Wetter wenn sie eh nicht benö-

die Hilfe zur Arbeit in Köln neu geordnet werden. Sozialhilfeempfänger sollen befristete versicherungspflichtige Arbeitsverträge bekommen. Neben den von der Verwaltung bereits eingeleiteten Initiativen sollen mit weiteren Maßnahmen zunächst bis zu 500 entsprechende Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Arbeitsverträge sollen so offen konzipiert werden, dass ein Einbeziehen in einen zu schaffenden zweiten Arbeitsmarkt möglich ist.« [SPD-Antrag im Sozialausschuss Köln, 1984]

Die Spaltung funktioniert politisch

Nach dem Beschluss des neuen Programms war uns klar, dass es nun nicht mehr so einfach sein würde, Aktionen gegen die Zwangsarbeit zu machen, bzw. damit etwas auszulösen. Die Spaltungslinien waren bereits 1984 vorgezeichnet. Selbsthilfegruppen oder soziale Projekte würden sich auf die Stellen stürzen, arbeitslose Sozialarbeiter sich um die Stellen rangeln, während die klassischen Sozialhilfeempfänger zu den Arbeiten im Grünflächenbereich gezwungen würden, ohne dafür wesentlich mehr Geld zu bekommen.

Im Januar 1985 machten wir eine Veranstaltung, zu der sowohl einige Leute aus Projekten, wie ein Teil der autonomen Szene erschienen. Wir gaben zunächst einen Rückblick auf die Entwicklung der Zwangsarbeit in der Weimarer Republik zum Reichsarbeitsdienst. Wichtig im Vergleich zu heute war zum einen das Bestreben, die Zwangsarbeit produktiv zu machen, auch in der Industrie zu etablieren; zum anderen die Mitwirkung von Teilen der damaligen Alternativbewegung, z.B. der Bündischen Jugend, die im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes Arbeitslager im Grünen organisierte, um »neue Lebensformen« mit Arbeit »für das gesellschaftliche Ganze« zu verbinden. Genauso beteiligten sich SPD und ADGB durch einen eigenen, 1932 gegründeten Trägerverein am FAD. Zur aktuellen Situation stellten wir den Zusammenhang der neuen Arbeitsprogramme für Sozialhilfeempfänger mit der gesamten Prekarisierung dar. Die Formen des staatlichen Arbeitszwangs flankieren die auf dem »freien« Arbeitsmarkt durchgesetzten Veränderungen des normalen kapitalistischen Arbeitszwangs. Wir schlugen daher vor, die Aktionen und den praktischen Widerstand auf andere Formen des staatlichen wie des ‚freien' Arbeitszwangs auszudehnen: ABM, Jugendförderungsprogramme, wie sie in Köln bei Ford und KHD durchgeführt werden, Sklavenhändler und Drückerjobs. Die Diskussion, hauptsächlich von den Projektvertretern bestimmt, blieb von Anfang an bei der Frage hängen, ob das neue Arbeitsprogramm der Stadt nicht doch sein Gutes hätte; dass sie als Projekte auf ABM angewiesen sind usw..

Die neuen (proletarischen) Kolonnen im Grünflächenbereich

Die politische Spaltung, die mit den neuen Verträgen einsetzte, ist in der Struktur der Sozialhilfeempfänger angelegt. Klar wurde uns daran nochmal, dass es »*den* Sozialhilfeempfänger« als soziale Figur nicht gibt, daher auch alle Initiativen, die von *dem* Sozialhilfeempfänger oder *dem* Erwerbslosen ausgehen, die tatsächliche Zusammensetzung der Klasse ignorieren, die sozialen Subjekte entlang der jeweiligen Einkommensquelle definieren. (...) An den einzelnen Auseinandersetzungspunkten drückte sich bei den Arbeitern die bleibende Wut auch auf eine neue Zwangsarbeit aus. Bei Abschluss der Verträge wurden sie massiv auf die Möglichkeit der Sozialhilfestreichungen hingewiesen; was auch nötig war, da viele von ihnen durch die 40 Stunden Arbeit kaum mehr Geld als vorher hatten.

Gebrauch des neuen Programms von unten und Gegenmaßnahmen

Die einzige Möglichkeit für ArbeiterInnen, das neue Zwangsarbeitsprogramm zu benutzen, lag in dessen verringerter Abschreckungswirkung. Die Leute wurden natürlich vom Sozialamt nicht von der Neuorganisation der Zwangsarbeit informiert, aber langsam sprach es sich herum, dass die 1,50 DM-Arbeit zumindest den sesshaften Sozialhilfeempfängern nicht mehr aufgebrummt würde. Der neue Arbeitszwang lässt sich leichter umgehen und der Gebrauch der Sozialhilfe weitet sich auch deshalb weiter aus. Mit verschiedenen, zum Teil improvisierten Maßnahmen versuchen die Sozialämter, dem zu begegnen. Einzelne Sachbearbeiter drohen den Antragstellern weiterhin mit der 1,50 DM Zwangsarbeit. Im Unterschied zu 1984 wurde die 1,50 DM-Zwangsarbeit aber nur sehr selektiv bei einigen der harten Arbeitsverweigerern angewandt, so daß auch keine Unterstützung der übrigen, mit Verträgen arbeitenden SozialhilfeempfängerInnen zu erwarten war.

Schon bei der Einführung der Verträge lief in der SPD die Diskussion über ein »Gesamtprogramm Zweiter Arbeitsmarkt«... Favorisiert wird offensichtlich eine eigenständige »Beschäftigungs GmbH«, die Verträge mit Sozialhilfeempfängern oder ABM-Kräften macht und diese an andere Firmen oder Städtische Stellen ausleiht. Organisatorisch wird von der SPD das Modell eines *kommunalen Sklavenhändlers*, der alle Bereiche des Zweiten Arbeitsmarktes verwaltet, bevorzugt.

wildcat 38/39 1986

tigt wurden. In der anschliessenden, heftig geführten Diskussion wurde schnell klar, dass bei dieser Arbeitsstelle nur eine einheitliche Zeitregelung durchführbar war, denn der Vorarbeiter brachte die Arbeiter morgens in kleinen Gruppen zu ihren Arbeitsorten und holte sie dann acht Stunden später wieder ab. Hätte er nach sieben Stunden rumfahren müssen, um die Zwangsarbeiter einzusammeln, wäre das organisatorisch nicht zu bewältigen gewesen. Angesichts dieser Tatsache bestanden die Anwesenden erst recht auf dem 7-Stundentag. Auf die Verarsche mit dem freien Tag wollte sich keiner einlassen. (Erwins Herz lachte, der Vorarbeiter tobte.) Da keiner die Arbeit aufnehmen wollte, bevor die Sache geklärt war, und die festen Arbeiter sowieso keine Eile hatten, an die Arbeit gebracht zu werden, blieb dem Vorarbeiter keine andere Wahl. Für die mit uns eingeteilten Festangestellten hieß das konkret Arbeitszeitverkürzung auf sieben Stunden bei vollem Lohnausgleich. (...)«

Wildcat 39/1986

Den **gesamten Text** findet ihr unter

www.wildcat-www.de/wildcat/39/w39szwit.htm

Es ist einer der letzten warmen Herbsttage, der Ölpreis steigt, und bei Opel in Bochum spielen sie Fußball. Die Arbeit ruht, die Arbeiter streiken, der junge Peter Jaszczyk ist ihr Anführer. Ein großer, kräftiger Mann, 30 Jahre alt, lange Haare, überzeugter Kommunist. Angesichts des teuren Benzins fordert er mehr Lohn für sich und die Kollegen. Er weiß um ihre Stärke. In Bochum bauen sie die Achsen für Werke in halb Europa. Jetzt stockt überall die Produktion. Dem Management bleibt keine Wahl. Sie erhöhen die Löhne der Opel-Arbeiter. Um 8,5 Prozent, plus außertariflicher Teuerungszulage.

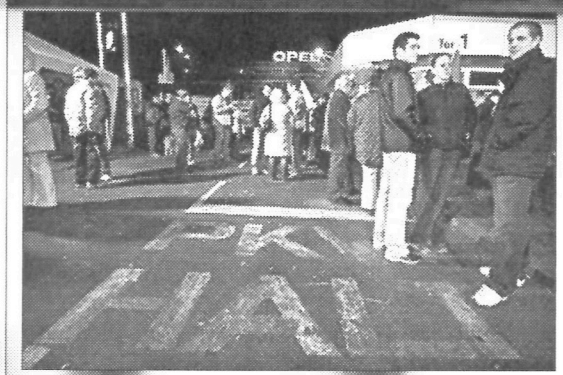
So war das damals. Im Jahr 1973.

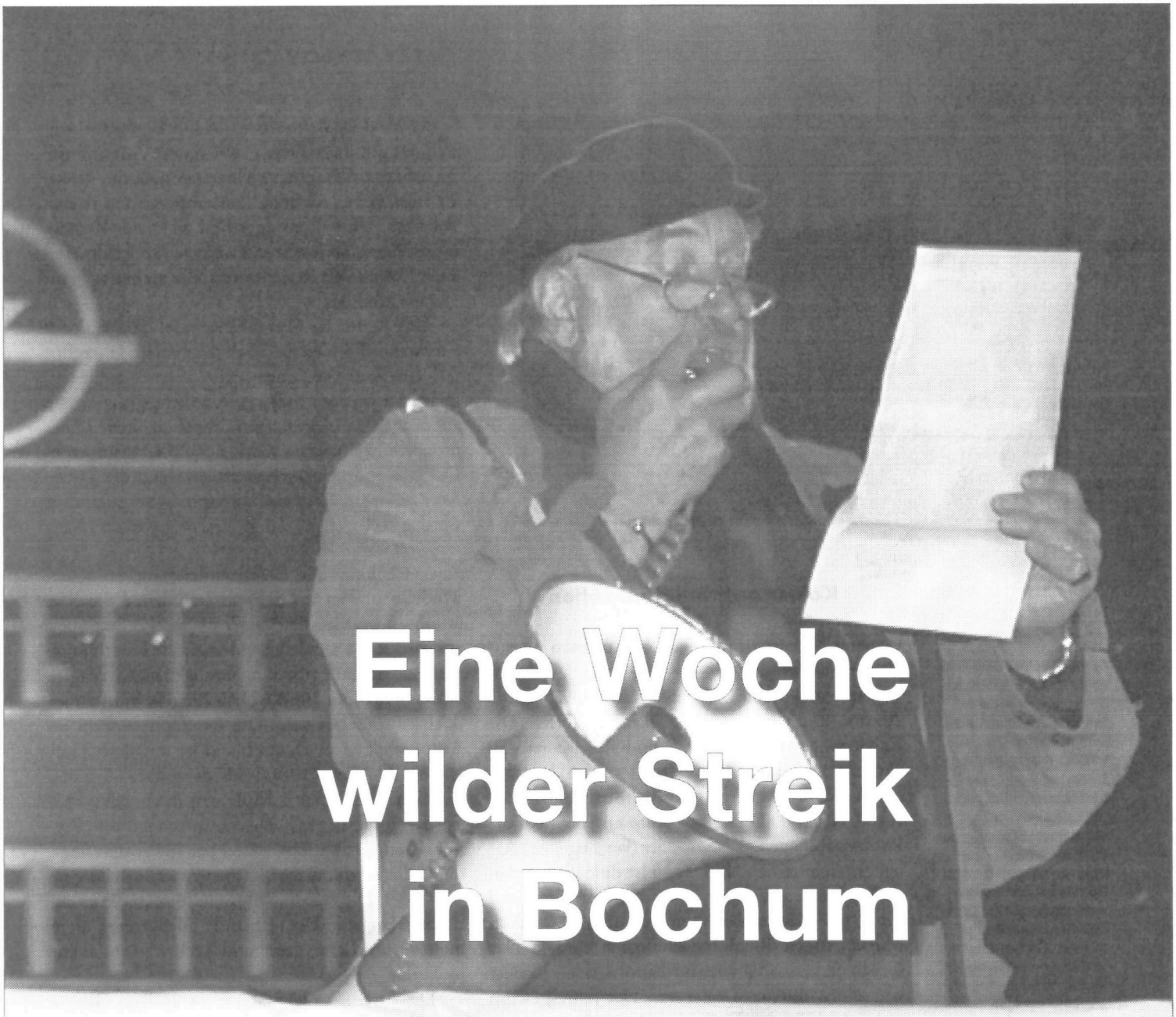
Es ist einer der letzten warmen Herbsttage, der Ölpreis steigt, und bei Opel in Bochum haben sie Angst. Die Arbeit ruht, die Arbeiter streiken. Drei Wochen ist das her. Diesmal stand ihnen nicht der Sinn nach Fußball. Diesmal fürchteten sie um ihre Jobs... Noch immer bauen sie in Bochum die Achsen für andere Werke, aber heute kursieren Gerüchte, das Management wolle die Fertigung nach Tschechien verlagern. Nach einer Woche beendeten die Arbeiter den Streik. Seitdem verhandeln Gewerkschaft und Betriebsrat mit dem Vorstand. In den nächsten Tagen werden sie sich einigen, dann werden traurige Zahlen über gestrichene Stellen und gesunkene Löhne in den Zeitungen stehen...

So ist das heute. Im Jahr 2004.

Für die Arbeitnehmer ist es ein Jahr der Niederlagen: Erst droht Siemens damit, die Produktion von Handys und Schnurlostelefonen aus Bocholt und Kamp-Lintfort nach Ungarn zu verschieben. Dann kündigt DaimlerChrysler an, die Mercedes C-Klasse künftig womöglich statt in Sindelfingen in Bremen und Südafrika zu bauen. Schließlich denkt VW für den Fall, dass die Personalkosten in den westdeutschen Werken nicht deutlich sinken, über 30000 Entlassungen nach.

DIE ZEIT am 11.11.2004
unter der Überschrift
»Die Entmachtung der Arbeiter«





Eine Woche wilder Streik in Bochum

Allein gegen alle

Angst um den Arbeitsplatz, Verlagerungsdrohungen, Arbeitsplatzabbau, Lohnverzicht und verschärfter Arbeitszwang führten laut Zeit zur »Entmachtung« der ArbeiterInnen. Stimmt das? Zeigt der Streik nicht das Gegenteil? Ein paar hundert ArbeiterInnen organisieren sich unabhängig von der Gewerkschaft in dem genauen Wissen, dass – und wie! – sie Opel europaweit in die Knie zwingen können. Das hat hunderttausenden ArbeiterInnen imponiert, den ArbeiterInnen bei VW einen wesentlich besseren Abschluss verschafft als Personalchef Hartz das vorhatte, und der zaghaften Diskussion um die Montagsdemos neue Dynamik gegeben. Der Streik in Bochum kam jeden Tag als erste Meldung in den Nachrichten, im Bundestag fand deswegen eine Sondersitzung statt....

Koloss auf tönernen Füßen

»Wir bleiben drin!«

April2004 Opel-Chef Forster erteilt weiteren Arbeitsplatzgarantien in der bisherigen Form eine Abfuhr.
Sommer 2004: Der neue MiniVan (Nachfolger von Zafira) soll teilweise in Gliwice statt in Bochum produziert werden.
September: Eröffnung der »Standortschlacht« zwischen dem schwedischen Trollhättan und Rüsselsheim um die gemeinsame Plattformproduktion der nächsten Generation von Opel Vectra und Saab 9.3. Die Entscheidung soll Anfang 2005 erfolgen. Geschäftsleitung und Betriebsrat verhandeln über einen Standortsicherungsvertrag (Durch Verzicht bei Weihnachts- und Urlaubsgeld, beim Prämienlohn und durch Aussetzung von Lohnerhöhungen bis 2009 sollen die Arbeitsplätze gesichert werden).
12. Oktober: Die GM-Führung kündigt das »radikalste Sparprogramm in der 80-jährigen Geschichte des amerikanischen Autoherstellers in Europa« an: 500 Millionen Euro Einsparungen, Abbau von 12000 Stellen in Europa. Die FAZ zitiert einen GM-Manager: »Wenn man alle Fakten in Betracht zieht, müssten wir Bochum schließen. Aber wie sollen wir das anfangen?« Offizielle Informationen soll es mit dem Quartalsbericht am Donnerstag geben.

General Motors ist mit ca. 5,5 Millionen produzierter Fahrzeuge nach wie vor größter Autoproduzent – und besonders schwer von der weltweiten Absatz- und Überproduktionskrise getroffen. Die Rabattschlacht in den USA und Kanada (wo 50 Prozent der Fahrzeuge hergestellt werden) hat dazu geführt, dass GM bei jedem verkauften Auto draufflegt. Über 1000 Dollar pro Auto entfallen auf die Rentenzahlungen, Ausdruck der (vergangenen) Arbeitermacht in den USA. GM ist deshalb von den einbrechenden Absätzen besonders betroffen – und die Opel-Neuzulassungen auf dem deutschen Markt gingen überdurchschnittlich zurück. Das Geschäftsjahr 2003 wies für Europa einen Verlust von 286 Millionen Dollar aus. Der Jahresgewinn von 3,8 Milliarden Dollar im Gesamtkonzern basiert letztlich auf Gewinnen im Finanzsektor (eine ähnliche Entwicklung hatten wir für Ford in *Wildcat* 68 beschrieben). Dem steht eine Unterdeckung der Pensionsfonds von 15,5 Milliarden Dollar gegenüber.

Automobilproduktion ist erst bei einer hohen Stückzahl pro Fabrik möglich, dies bedeutet einen hohen Kapitaleinsatz und eine starke Bindung an den Standort. Die Autoindustrie hat auf die Krise der letzten drei Jahrzehnte mit immer weiteren Rationalisierungsschüben reagiert: heute entfallen nicht einmal zehn Prozent der Gesamtkosten auf die Löhne. Die weltweiten Überkapazitäten drücken auf die Preise – dem versuchten sich die Autokonzerne durch immer schnellere Produktzyklen und das Lancieren neuer Autotypen (Stadtauto, SUV, Van, Mini-Van, Funcar) zu entziehen, um in der Konkurrenz einen kurzfristigen Vorteil zu erlangen. Das Gejammer um »Managementfehler« meint, dass Opel zu lange keinen »Renner« mehr in der Modellpalette hatte, doch dahinter verbirgt sich das grundsätzliche Problem: die Autoindustrie befindet sich in einer Überakkumulationskrise. Es stecken viel zu hohe konstante Kosten in den Fabriken. Und »konstant« sind nicht nur Kosten, die in Maschinerie gesteckt werden, »konstant« sind auch Löhne und Rentenfonds, die nicht abgebaut werden können.

Das Jammern über Managementfehler deckt ein zweites Problem auf: Seit über einem Jahrzehnt fällt den Autokonzernen nichts anderes mehr ein, als immer wieder neue Kostensenkungsprogramme aufzulegen. Auslagerungen führen zu einem überproportionalen Anwachsen der Zulieferindustrie. Der Kostendruck der Konzerne zwingt die Zulieferer zu einem Konzentrationsprozess – zukünftig werden weltweit 30-50 Zulieferergiganten (*mega supplier*) übrigbleiben.
Kostensenkung und Elektronifizierung der neuen Modelle führten zu Qualitätseinbußen, die sich in erhöhten und kostenintensiven Rückrufaktionen ausdrückten. Trotzdem werden gerade Forschungs- und Entwicklungsabteilungen abgebaut (Synergieeffekte). Senkung und Abbau allein vermitteln jedoch ein falsches Bild: Die Beschäftigtenzahl im Automobilbau in Deutschland ist seit dem Tiefstand 1994 um 130000 auf derzeit ca. 775000 ArbeiterInnen (plus 1 Millionen in vorgelagerten Bereichen) gestiegen, wobei entsprechend zum Fertigungsanteil, der jetzt schon bei 75 Prozent liegt, die Zuliefererindustrie die meisten Einstellungen vermeldet. Die Automobilproduktion ist die effektivste Branche in Deutschland und trotzdem nicht mehr in der Lage, genügend Mehrwert zu akkumulieren.

Die Just-in-time-Stategie ist an ihre Grenze gestoßen: Erst sollte der Produktionsverbund Streiks ins Leere laufen lassen; dann haben die ArbeiterInnen ihre gewachsene Macht in diesem Produktionsverbund entdeckt. Wenn nun die Alleinfertigung der Modelle als Allheilmittel angepriesen wird, schaffen sich die Automobilkonzerne mit diesen »Optimierungsprozessen« neue Nadelöhre und machen sich potentiell angreifbarer durch kollektive Aktionen der ArbeiterInnen. Falls der Astra nur noch in einem Werk gebaut wird, kann bei einem Streik die Produktion nicht kurzfristig verlagert werden.

Hier zeigt sich das grundsätzliche Problem der fortgeschrittensten kapitalistischen Produktionsweise: entweder sie schafft Flexibilität und es wird teuer, oder sie schafft Abhängigkeiten und es ist gefährlich. Die ca. 7600 ArbeiterInnen, die in Bochum die Modelle Astra und Zafira fertigen, sind durch ihre KollegInnen in Ellesmere Port und Antwerpen, wo auch der Astra hergestellt wird, bzw. Gliwice, wo das Zafira-Nachfolgemodell montiert

werden soll, kurzfristig zu ersetzen. Die Parallelfertigung ist jedoch kostenintensiv und gegenwärtig Bestandteil der Verhandlungen.

Die aktuelle Macht der Bochumer ArbeiterInnen liegt im Bereich der Komponentenwerke Achsen, Getriebe und Presswerk. Als Teil der internationalen Verbundproduktion sind die Werke in Antwerpen (Belgien), Rüsselsheim und Ellesmere Port (GB) direkt von dem »Nadelöhr« Bochum und den rund 2000 ArbeiterInnen abhängig.

Dieser Schlüsselstellung waren sich die ArbeiterInnen in Bochum genau bewusst. In dem verzweifelten Versuch des Kapitals, der Profitklemme zu entgehen, ist die Möglichkeit der ArbeiterInnen, die internationale Verbundproduktion wirksam zu unterbrechen, noch weiter angewachsen. Von dieser Macht berichten die Medien nicht gerne, denn sie hat so gar nichts von »Entmachtung« an sich.

In Bochum wurde die Belegschaft von 19200 im Jahr 1992 auf 14200 (September 1999) und nun 9700 »sozialverträglich« halbiert. Der Produktivitätssprung führte dazu, dass heute dennoch mehr Autos produziert werden (können). Die Gewerkschaft moderierte Stellenabbau und Arbeitsverdichtung. Als Gegenleistung gab es entsprechende Tarifanpassungen. Früh verrentete Altersteilzeitler, IGM und Betriebsrat waren glücklich. Das Kapital allerdings schon lange nicht mehr, bei Opel lief alles viel zu langsam, der soziale Frieden wurde zu teuer erkauft. Auch der 2001 aus dem BMW-Vorstand geholte Forster blieb trotz seines Sparprogramms *Olympia*, welches bis Ende 2003 zwei Milliarden Euro an Kosten- und Umsatz»verbesserungen« brachte, hinter seinen gesteckten Zielen zurück. Der Gesamtbetriebsrat war immer verhandlungsbereit. Im November 2003 kam in Rüsselsheim wegen Unterbeschäftigung das Programm *30 plus* dazu, das die Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden verkürzte – bei geringem Lohnausgleich für die ArbeiterInnen. 2004 werden trotz all dieser Fortschritte und trotz Eisenach 400-500 Millionen Euro Verluste im Europa-Geschäft erwartet – und der Verkauf von Neuwagen ist in den USA im Herbst 2004 noch weiter eingebrochen.

Opel hatte somit viele Gründe, sich dem Frontalangriff von Siemens, DaimlerChrysler, Karstadt-Quelle anzuschließen. Und für die ArbeiterInnen schien die Zeit des sozialverträglichen Abbaus vorbei: *»Entweder streiken wir – oder Hartz IV!«*

Donnerstag, **14. Oktober**: Als die ersten Presseberichte bekannt werden, hält die Frühschicht im Bochumer Opel-Wert ein Beratungstreffen von 45 Minuten ab. Die Nachrichten konkretisieren sich: 10 000 Arbeitsplätze sollen in Deutschland wegfallen, davon 4000 in Bochum, 3500 schon 2004. Die Mittagsschicht im Werk 1 stimmt ab, die Arbeit niederzulegen, Werk 2 und 3 ziehen nach. Um 16.32 Uhr steht Bochum still und die Tore sind blockiert. Andere ArbeiterInnen ziehen durchs Werk, um noch vereinzelt arbeitende KollegInnen in Lackiererei oder Presswerk zum Streik aufzufordern, was größtenteils gelingt. Gewerkschaft und Gesamtbetriebsrat warnen die ArbeiterInnen vor »unüberlegten Handlungen« und versuchen stattdessen, auf einen internationalen Aktionstag am Dienstag, 19. Oktober zu vertrösten. Sie schüren immer wieder Gerüchte, dass wieder gearbeitet würde. Doch jede Schichtversammlung stimmt für die Fortführung des Streiks.

Am **Samstag** versuchen Meister und Werkschutz, Teile aus dem Werk zu schmuggeln, was aufmerksame Streikposten verhindern können. Gerüchte, in Werk 2 und 3 drohe die Aussperrung, schlagen so hohe Wellen, dass die Bochumer Polizei erklärt, derzeit von einem Einsatz Abstand zu nehmen. Vor Werk 2 findet ein »Familientag« statt, der die breite Unterstützung durch Bevölkerung, Montagsdemo-AktivistInnen und viele ArbeiterInnendelegationen aus anderen Betrieben zeigt.

Am **Wochenende** stellt IGM-Vize Huber die Gewerkschaftslinie klar: *»Ich erwarte trotzdem, dass am Montag wieder geordnete Arbeitsverhältnisse eintreten. Andernfalls können wir nicht zielführend mit General Motors verhandeln...«.*

Eisenach:

Das Werk für Experimente an lebenden ArbeiterInnen

Ein Beispiel für Produktivitätssteigerung und Kostensenkung ist das Opel-Werk in Eisenach, das am 23. September 1992 eröffnet wurde. In den folgenden acht Jahren wurden zwei Milliarden Mark investiert. Die Fertigungskapazität liegt bei 178000 Fahrzeugen im Jahr mit ca. 2000 ArbeiterInnen. Betriebsratschef Harald Lieske gibt damit an, dass im Gegensatz zu anderen deutschen Opel-Werken drei Stunden länger gearbeitet und 25 Prozent weniger verdient wird. Im November 2003 wurden für absatzschwache Zeiten sogenannte »Korridortage« vereinbart: alle ProduktionsarbeiterInnen verzichten auf eine Schicht (acht Stunden). Im Gegenzug erhielt die Eisenacher Belegschaft eine Beschäftigungssicherung bis zum Jahr 2007. Schon 2001 gab es immer wieder Kurzarbeit, die Jahresproduktion lag bei nur 137000 Autos. Um wenigstens die zu erreichen, wurde neben dem Corsa noch die Astra-Produktion kurzfristig nach Eisenach geholt. Diese wurde im Sommer 2003 jedoch wieder abgegeben. Für 2004 wird eine Produktion von 158000 bis 160000 Corsa angenommen. Im Moment arbeiten 1800 ArbeiterInnen im Werk (die versprochenen 2000 wurden nie erreicht). Dies wird sich auch nach den Verhandlungen nicht ändern.

»Opel Eisenach hat im Vorjahr das zehnjährige Bestehen gefeiert. Die Medien berichteten euphorisch über das modernste Autowerk Europas. Dass wir die Versuchskaninchen für neue Fertigungsmethoden von General Motors waren, die jetzt in anderen Opelwerken zum Teil durchgepeitscht werden, darüber wurde nichts gesagt. Heute sind wir absolut verschlissen durch die massive Belastung am Band. Viele Kollegen haben Beschwerden an der Wirbelsäule, leiden unter Rücken- und Gelenkschmerzen.

Der Hartz'sche Geist macht sich auch bei uns bemerkbar – man verlangt die totale Flexibilität aller Mitarbeiter. Als im vergangenen Jahr die Auftragslage ungünstig war, wurden mehrfach Schichten unbezahlt abgesagt. Seit etlichen Jahren gilt ein Einstellungsstopp, selbst Fluktuation wird nicht mehr ausgeglichen. Die Folge ist ein katastrophaler Personalrückstand. Wenn gar nichts mehr geht, werden Leiharbeiter für 5,80 Euro die Stunde herangeholt. Dass sie Mitarbeiter zweiter Klasse sind, drückt sich sogar in ihrer Arbeitskleidung aus. Werden sie krank, entlässt sie ihre Leiharbeitsfirma sofort.«

aus dem *Freitag* vom 14. Februar 2003
http://www.freitag.de/2003/08/03080601.php

Selbstorganisiert – gegen Gewerkschaft und Geschäftsleitung

Im Bochumer Opelwerk ist seit langem die Gruppe *Gegenwehr ohne Grenzen* (GOG) aktiv, die in den 70er Jahren als gewerkschaftsoppositionelle Liste weder der ideologischen Parteipolitik noch der betriebsblinden Moderatorenposition verfiel. 1973 wurden Informationstreffen zwischen BR und Vertrauensleuten erkämpft, um einen permanten Informationsfluss zu den ArbeiterInnen in den Abteilungen durchzusetzen. Doch der Klassenkampf 2004 geht über solche Institutionen hinaus: ein 35 jähriger Lagerarbeiter wird zu einem der Sprecher der ArbeiterInnen und gibt sich dabei ebenso professionell wie bescheiden: »Dies könnte jeder andere meiner Kollegen auch machen«. Die ArbeiterInnen wollen keine Streikleitung, sondern halten alle zwei Stunden Versammlungen ab, auf denen sie Informationen austauschen und Entscheidungen fällen.

In einem spontanen Streik 2000 hatten die ArbeiterInnen nach zwei Tagen durch fehlende Teile in den anderen Werken den Dominoeffekt ausgelöst. Auf der Erfahrung dieses Streiks und zweier weiterer spontaner Aktionen seitdem, baute die Taktik im Streik 2004 auf. Den AktivistInnen im Streik war klar, dass ihre Macht in der Fabrik und im Produktionszusammenhang mit den anderen Werken lag. Die Tore wurden sofort und durchgängig blockiert, um das Ausliefern von vorproduzierten Teilen zu verhindern. Ganze Trupps zogen durch die Abteilungen, um arbeitende KollegInnen von der Notwendigkeit des Streiks zu »überzeugen«. 1000-2000 ArbeiterInnen waren aktiv an den Torblockaden beteiligt. Sie gingen sechs Tage lang nur zum Schlafen nach Hause, diskutierten, gaben Interviews und knüpften sowohl fabrik- als auch konzernweit neue Kontakte. Durch die Werksbesetzungen wurde die bisherige Schwäche des »streikfreien« Wochenendes umgedreht: Samstag und Sonntag öffneten den Streik nach außen, zu den »Familientagen« kamen nicht nur Verwandte und Angehörige, viele ArbeiterInnen anderer Betriebe kamen um ihre Solidarität zu bekunden. Das Gefühl, sich als Fisch im Wasser zu bewegen, drückte sich auch auf der Demo aus. Kollegen, die sich tagelang nicht im Werk hatten blicken lassen, jetzt aber mit IGM-Mützchen auf der Demo posierten, wurden selbstbewusst angemacht.

Die Geschäftsleitung reagiert nun mit Kündigungen und Abmahnungen. Eine Liste mit 20-25 Rädelsführern liegt vor, doch vorerst haben sie sich einen unbeteiligten Arbeiter und einen aktiven Betriebsrat für Kündigungen rausgegriffen, und dem oben erwähnten Sprecher mehrere Abmahnungen geschickt. Diese Drohungen könnten neue Reaktionen provozieren. »Entmachtung« der ArbeiterInnen oder neue Arbeiterautonomie?

Gewerkschafter, Bullen, Pfaffen

Während des Streiks wagten es die IGM-treuen Betriebsräte nicht, offen dagegen aufzutreten, aber sie rächten sich, indem sie dafür sorgten, dass die Streikaktivisten aus dem Vertrauensleutekörper abgewählt wurden. Auch nutzten sie die regelmäßigen Informationsveranstaltungen im Werk, um die nicht an den Blockaden beteiligten ArbeiterInnen zu manipulieren.

Als am sechsten Streiktag endlich die anderen Werke stillstanden, kam die offizielle Gewerkschaftsantwort mit dem *Internationalen Aktionstag*. Bei der Kundgebung in Bochum wurden Pfaffen, Bürgermeisterin, Parteien- und GewerkschaftsvertreterInnen gegen die Streikenden aufgefahren. Alle RednerInnen traten mehr oder weniger offen für einen Streikabbruch ein. StreikaktivistInnen wurden von der Bühne fern gehalten und erhielten kein Rederecht. Endgültig durchsetzen konnte sich die IGM auf der Belegschaftsversammlung am folgenden Tag. Neben einem manipulierten Stimmzettel, setzte sie auf Ausweiskontrollen durch den Werkschutz, Security an der Bühne und fehlende Saalmikrofone.

Die Gewerkschaft umgab sich mit predigenden Pfaffen und kurzgeschorenen Security-Männern, um den ArbeiterInnen gegenüber zu treten. Sie konnten diesmal noch den Auftritt an der Seite der Bullen umgehen, der angeblich bei einer Streikfortführung angedroht war.

Beschäftigungssicherung

Auch bei den Opelverhandlungen ist das Einsparvolumen von 500 Millionen Euro nicht verhandelbar, nur der Weg dahin. Und wie dieser Weg aussieht, gab IGM Huber schon zu Beginn des wilden Streiks vor: *FAZ: Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerung, übertarifliche Leistungen. Was opfern Sie? IGM-Huber: Arbeitszeitverlängerung scheidet bei mangelnder Kapazitätsauslastung von selbst aus. Und Lohnverzicht allein hilft nie. Ich verrate aber kein Geheimnis, wenn ich sage, daß wir uns die übertariflichen Bezahlungen bei Opel anschauen werden.*

Am **Montag** wird um 6 Uhr morgens für die Fortführung des Streiks gestimmt, die anderen Werke stehen immer noch nicht still. Die Geschäftsleitung hatte sich auf einen Streik vorbereitet. Die Läger sind durch Sonderschichten vorher gefüllt worden. In *Eisenach* wurden schon im August für die Streikwoche 11 Korridortage mit dem BR vereinbart worden, in *Rüsselsheim* werden die ArbeiterInnen in der Produktion (außer dem Presswerk) am Donnerstag über Minusstunden nach Hause geschickt.
Endlich fehlen in *Antwerpen* in der Spätschicht Teile. Der Streik beginnt, richtig weh zu tun. Doch in *Trollhättan* und *Antwerpen* regiert bei den Gewerkschaften die Standortlogik: sie verhindern ein Überspringen des Streiks. In *Ellesmere Port* spekuliert der Gewerkschaftssekretär auf einen Wettbewerbsvorteil durch den Bochumer Streik und informiert die KollegInnen nicht. Dies holen glücklicherweise Flugblätter einer trotzkistischen Gruppe nach.

Antwerpen und *Rüsselsheim* stehen seit **Dienstag** still, *Ellesmere Port* folgt am Nachmittag und für *Kaiserslautern* rechnet man für Donnerstag mit einem Produktionsstopp.

Am *Internationalen Aktionstag* am **Dienstag** tritt der ganze europäische Gewerkschaftsapparat in Aktion: Demo, Anti-Amerikanismus, Arbeiterstolz, Opel-Ideologie, aber nichts darf nach Streik riechen. In Bochum werden sämtliche bürgerlichen Figuren und Institutionen in Bewegung gebracht, die Bürgermeisterin, die Pfaffen, die Gewerkschaftsfunktionäre, die Medien, die Geschäftsleitung, der Superminister und sein Bundeskanzler. Selbst der Bundestag trifft sich zu einer Sondersitzung. Eine geschlossene Front stärkt die IGM, um die »wild ge-

Am 9. Dezember 2004 wurde das vorläufige Verhandlungsergebnis präsentiert: zwischen 8500 und 10000 Stellen sollen bundesweit durch Abfindungen, Vorruhestandsregelungen, Auslagerungen von Firmenteilen sowie den Wechsel von Arbeitern in Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften abgebaut werden – ein Drittel der Belegschaft! In Bochum sollen sich bis Ende Januar 2900 ArbeiterInnen »freiwillig« gefunden haben, die mit Abfindungen versehen in die Transfergesellschaft wechseln. Die Mehrkosten von einer Milliarde soll die verbliebene Belegschaft durch Verzicht auf übertarifliche Leistungen (siehe Huber) mittragen. Über 60 Prozent der Lohnkosten in der Transfergesellschaft werden von die Bundesagentur für Arbeit übernommen.

Doch entgegen ihren Verlautbarungen geht auch die IGM davon aus, dass kaum genug »Freiwillige« zu finden sein werden, deshalb wurde auch gleich eine sogenannte »Einigungsstelle« gegründet. Deren Ziel ist es, nach »industrieüblichen Standards« für jede Abteilung »Abschusslisten« zu erstellen. Auch einige Musterprozesse sind geplant, deren Zweck aber nicht der Kündigungsschutz, sondern das genaue Gegenteil sein wird. Es sollen Kriterien etabliert werden, die Vorbild für weitere Kündigungen sein werden und somit Einsprüche verunmöglichen.

In den weiteren Verhandlungen geht es um die mögliche Ausgliederung von Werksteilen (Ersatzteillager und Achsen), Lohnkürzungen und irgendwann vielleicht um die Beschäftigungssicherung bis 2010.

Die Verhandlungsergebnisse von Daimler-Chrysler und Volkswagen geben einen Vorgeschmack: Eine tatsächliche »Sicherheit« ist natürlich per Vertrag ausgeschlossen, dafür ist die Bedeutung der Gewerkschaft als Verhandlungspartner festgeschrieben. Das gewerkschaftliche Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« gilt nicht mehr: Neueingestellte verdienen dauerhaft weniger. Dienstleistungsbereiche werden schlechter gestellt. Die Kernbelegschaften lässt man weitgehend in Ruhe, umstellt sie aber zunehmend mit LeiharbeiterInnen, FremdfirmenmitarbeiterInnen und nun auch Neueingestellten, die weniger verdienen. ArbeiterInnen mit langjähriger, ununterbrochener Betriebszugehörigkeit sind mittlerweile zur Minderheit geworden, für viele ArbeiterInnen gehören ein paar Monate/Jahre Arbeitslosigkeit ebenso dazu wie Schwarzarbeit, Leiharbeit und Auslandsreisen.

Die Gewerkschaften versuchen, ihre schwindende »sozialpartnerschaftliche« Rolle neu zu definieren. Wie die Faust aufs Auge, wie Flexibilisierung zu 35-Stundenwoche, so passt »Beschäftigungssicherung« zu Lohnabbau und Arbeitsverdichtung. Somit bekamen die »Tarifpartner« die Möglichkeit, die gewünschten Kosteneinsparungen und Lohnkürzungen »sozialpartnerschaftlich« durchzusetzen. Das heißt vor allen Dingen erstmal, den ArbeiterInnen die Bestimmung über die Zeit aus der Hand zu nehmen. Statt eines Heißen Herbstes erlebten wir aufeinanderfolgende Konflikte und Verhandlungen, in denen darauf geachtet wurde, dass KarstadtQuelle zu Beginn des Konflikts um Opel abgeschlossen wurde, der Opel-Streik schnell abgewürgt wurde, als VW in die heiße Phase ging usw.. Denn die größte Gefahr wäre ein Überspringen der Kämpfe – Bochum und Wolfsburg gleichzeitig im wilden Streik – nicht auszudenken!

Im IGM Blättchen war der Opelstreik-Artikel mit »kämpfen und verhandeln« überschrieben. Die Gewerkschaft kämpft um ihre Funktion im Kapitalismus und damit gegen die ArbeiterInnen. Wie es der Lohn- und Tarifexperte Hagen Lesch vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft formulierte: *»Das ist ja auch die Aufgabe der Gewerkschaft, radikale Entwicklungen einzufangen«.*

> *»Wir sollten die Produktion bei GM in ganz Europa lahmlegen, sonst spielen uns die Bosse gegeneinander aus« (Arbeiter von Vauxhall)*

Von den kalt abservierten Siemens-ArbeiterInnen, über die B10-Besetzung der Mettinger Daimler-Arbeiter zum sechstägigen wilden Streik in Bochum ... Die Fabrik ist nach wie vor der konzentrierteste Ausdruck des kapitalistischen Widerspruchs, nicht nur Ort der Mehrwertproduktion, sondern auch Ort des Klassenkampfs – beim Streik zeigt sich durch selbstorganisiertes Zusammenkommen und Kollektivität in der Fabrik der Hauch einer neuen Gesellschaft. Diese Erfahrung könnte ähnlich wichtig für die weitere Klassenauseinandersetzung werden wie die wilden Streiks der 70er Jahre. Doch die Bedingungen haben sich grundlegend gewandelt, die Krise des Kapitals dauert seit 35 Jahren an und die Klasse muss sich aus der gemeinsamen Abwärtsspirale befreien. Nur in einer neuen selbständigen Bewegung kann sie die notwendigen Erfahrungen machen und neue Möglichkeiten entdecken.

Eine Fortführung des Streiks in Bochum hätte unmittelbar zehntausende weitere ArbeiterInnen bei Zulieferern und im europäischen GM-Konzern in die Auseinandersetzung hinein ziehen können. ArbeiterInnen die, von unzähligen Solidaritätserklärungen abgesehen, selbst still hielten und sich dem Streik nicht anschlossen. Noch ist die offen auftretende ArbeiterInnenmacht politisch in wenigen Werken isoliert, die jedoch über den Produktionsprozess längst zusammen geführt sind. Dies kann konzernweit oder über die Zuliefererkette

wordenen« ArbeiterInnen wieder einzufangen. Geschäftsleitung und Gesamtbetriebsrat versprechen in einer gemeinsamen Erklärung, *»nach Lösungen zu suchen, um die Personalanpassungen im Rahmen der geplanten Restrukturierung sozialverträglich zu gestalten«*. Die Geschäftsleitung hat bereits am frühen Morgen den »Rädelsführern« des Streiks mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht.

Nach der Demonstration ist die Stimmung vor den Toren entsprechend aufgeladen, während die Gewerkschaft die Grundlage für neue Verhandlungen gegeben sieht und die Beendigung des Streiks fordert. Dennoch stimmen die Streikversammlungen nachmittags und abends für seine Fortführung.

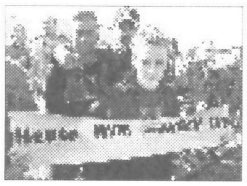
Die Gewerkschaft akzeptiert scheinbar die Forderung der AktivistInnen nach einer Vollversammlung aller drei Schichten und mietet für **Mittwoch** vormittag das RuhrKongressZentrum an. Doch statt einer basisdemokratischen Versammlung gibt es dort Werksausweis- und Taschenkontrollen, keine Saalmikrofone und ein durch Security geschütztes Podium, auf dem nur BR- und IGM-Vertreter reden dürfen. Keine Diskussion, sondern geheime Abstimmung: *»Soll der Betriebsrat die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung weiterführen und die Arbeit wieder aufgenommen werden? Ja oder Nein«*. Das kämpfende Kollektiv der ArbeiterInnen wird zu vereinzelten bürgerlichen Wählern gemacht. Trotzdem sprachen sich immerhin noch 1769 ArbeiterInnen (über ein Viertel der VersammlungsteilnehmerInnen) für die Fortführung des Streiks aus. Aber die Mehrheit (4673 ArbeiterInnen) stimmte dagegen.

»Jetzt wo wir 2:0 führen, werden die besten Spieler rausgenommen ...«

»Die künftigen Kämpfe werden die internationale Verbundproduktion noch viel empfindlicher treffen, als wir das gezeigt haben, da bin ich ganz optimistisch.«

umgedreht werden. In kleinen und mittleren Unternehmen bedarf es einiger weniger ArbeiterInnen, die sich vertrauen, um viel zu bewirken.
Die IGM und ihre BR-Struktur blieben bei der Organisierung des Streiks außen vor, auch dies deutet auf eine neue Qualität in der Klassenauseinandersetzung hin. Es gab einzelne KollegInnen mit Funktionen, die sich in dem Streik solidarisch verhielten, doch für viele AktivistInnen ist klar, dass die Funktionäre ihrem Kampf nur im Weg gestanden haben und beim nächsten Mal »ausgeschlossen oder weggesperrt« gehören. Auch die erkämpften Informationsveranstaltungen können nur ein Zwischenschritt zu autonomen ArbeiterInnenversammlungen gewesen seien.

Trotz der selbständigen Organisation und Durchführung des Streiks blieben die Forderungen defensiv: »Keine betriebsbedingten Entlassungen«, »Gegen die Zerschlagung der Werke I, II und III«. Hier konnte die IGM mit ihrem Verhandlungskonzept zur »Beschäftigungssicherung« andocken. Trotz des eigenen Kampfs gegen Geschäftsleitung und Gesamtbetriebsrat setzte man im weiteren auf Verhandlungen gerade dieser beiden. Die ArbeiterInnen, die den Verhandlungen erstmal eine Chance geben wollten und für die Beendigung des Streiks gestimmt haben, sind jetzt mit einem Zwischenergebnis konfrontiert, das das Bedrohungsszenario, welches zum Streik geführt hat, konkretisiert und bestätigt.



An dem Streik zeigt sich die gegenwärtige Grenze in der Klassenauseinandersetzung. Die Gewerkschaften versuchen, sich selbst zu retten und ihre Rolle zu bestätigen – die ArbeiterInnen können nur sich selbst vertrauen und müssen ihr zukünftiges Handeln daran ausrichten.

Die aktuelle Klassenkonstellation lässt Raum für eine neue ArbeiterInnenautonomie. Diese kann nur in einem Kampf erlebt werden, und um erfolgreich zu sein, muss sie diesen auch gegen die Verhandler führen. Der wilde Streik in Bochum hat wieder gezeigt: Klassenkampf ist keine institutionelle, demokratische Veranstaltung, sondern eine lebendige Auseinandersetzung, die einen entschlossenen und aktivistischen Kern braucht, an dem sich

»Diese Solidarität lässt hoffen, auch eine längere Auseinandersetzung zu bestehen«

Aus einem Interview mit Manfred Strobel *

***Erschienen im** *express, Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit,* 10-11/04

Manfred Strobel ist langjähriges Mitglied der Autokoordination, einem Zusammenschluss kritischer Automobilarbeiter, und der seit 1972 bestehenden GoG – und wegen Kandidatur auf einer ›gewerkschaftsfeindlichen‹ Liste zur Betriebsrats-Wahl seit 1984 aus der IGM ausgeschlossen.

»Die Menschen sind eben nicht immer so, wie Mensch sie gerne hätte. Mangelndes Bewusstsein ist keine Niederlage, sondern Anknüpfungspunkt für den weiteren politischen Kampf. Mangelndes Bewusstsein hat seine Ursachen vielleicht auch in den Fehlern der »Linken«, der »linken Co-Manager«. In sieben Tagen kann Mensch die Entpolitisierung durch die politische Klasse, die Kirchen, die Gewerkschaften etc. nicht aufbrechen. Bewusstsein kann Mensch eben nicht verordnen, diktieren oder befehlen. Es entwickelt sich durch Verstehen und Lernen in der Auseinandersetzung, auch unter dem Gesichtspunkt einer möglichen weitergehenden Perspektive. Die Kritik der bürgerlichen Ökonomie ist das eine und wichtig, die Entwicklung einer wenigstens denkbaren postkapitalistischen Vision das Andere und dünn. Und: der Streik in Bochum – mit Ansätzen einer Betriebsbesetzung – war zunächst ein Abwehrkampf, und keiner, der das System angreift. [...]

[Aber er war] eine kleine emanzipatorische Rückeroberung: Hier hat sich die Belegschaft selbst organisiert. Von Donnerstag an stand fest, die Belegschaft handelt und entscheidet gemeinsam jeden Schritt und jede Aktion. Ohne großartige Abstimmungen wurden die Tore besetzt, um zu verhindern, dass LKWs mit Ladung das Werk verließen – leer konnten sie fahren. Im BR-Büro lagen Listen aus, in die sich Mensch mit Vorschlägen eintragen konnte. Versorgungstechnisch bekamen wir schnell das Notwendige hin. In regelmäßigen Inforunden wurde der aktuelle Stand der Dinge bekannt gegeben und diskutiert. Das Mikro war offen für Jede und Jeden – mit einer Einschränkung allerdings: keine parteipolitischen Agitationen. Das und mehr klappte erstaunlicherweise sehr gut und stellte sich nicht als besonders schwierig heraus, mal abgesehen von wenig bis ganz wenig Schlaf, den der ein oder andere in dieser Zeit hatte. Die Belegschaft war sicherlich keine homogene Gemeinschaft, aber eine solidarische; auch mit vielen, vielen unterschiedlichen Meinungen und Vorstellungen. Ich denke, dass viele den Eindruck hatten, dieses Ding kommt von uns und nicht von oben. Das war unsere Stärke und Kraft. Eben Selbstorganisierung – und das trotz IGM und Co-Managern, [die] sich ja lauthals in der Öffentlichkeit gegen diese Form der Auseinandersetzung zu Wort gemeldet [haben]... Aber was soll Mensch schon von diesen Hubers und Franzens erwarten? Es war ja auch unser Ding!

Aus Bochum und überhaupt kamen viele, viele Spenden in geldlicher und dinglicher Form. Für das leibliche Wohl war mehr als gesorgt. Für die finanzielle Unterstützung richteten die Menschen ein Konto ein. Diese Solidarität lässt hoffen, auch eine längere Auseinandersetzung zu bestehen. Keiner konnte ja einschätzen, wie lange das dauern wird. Gemessen an den angedrohten Maßnahmen diskutierten wir über eine lange – bis mehrere Wochen – andauernde Auseinandersetzung.« [...]

die vorsichtigeren ArbeiterInnen orientieren können. Beide müssen nun Verhandlungsergebnis und Streik verarbeiten.

Bis Ende Januar sollen sich die »Freiwilligen« gefunden haben, dann erwarten alle Seiten eine Fortführung der Auseinandersetzung. Das Niveau wird zwangsläufig ein höheres sein müssen, so meinte ein Aktivist auf einer Veranstaltung: *»Jetzt nachzugeben, jetzt ein Schritt zurück wäre heftig, der Schritt vorwärts wird allerdings ebenso heftig!«*. Den nächsten Schritt einer aufkommenden ArbeiterInnenautonomie – gegen die »Entmachter« und »Verhandler« – sollten wir unterstützen!

Volkswagen

In den europäischen Opel-Werken läuft nach dem Streik in Bochum die Produktion noch nicht wieder voll, da beginnt bei VW mit der zweiten Verhandlungsrunde am 28. Oktober die »heiße« Phase der Tarifrunde.

Auch der VW-Konzern macht 2004 Verluste im Bereich Automobile (38 Millionen Euro in den ersten neun Monaten) und muss diese durch Gewinne der Sparte Finanzdienstleistungen ausgleichen. Personalchef Hartz will Personalkosteneinsparungen von 30 Prozent bis 2011. Einstieg dazu sollen eine zweijährige Nullrunde bei den Löhnen und niedrigere Einstiegslöhne sein, um den um 20 Prozent höheren VW-Tarif an den niedersächsischen IGM-Flächentarif anzugleichen. Betriebsrat und IGM gehen schon vor der zweiten Verhandlungsrunde von ihrer 4 Prozent-Forderung auf 2 Prozent zurück und zeigen sich auch über niedrigere Einstiegslöhne verhandlungsbereit, wenn es zu Beschäftigungsgarantien komme.

Für VW-Verhältnisse sind die ArbeiterInnen sehr kampfbereit. Bereits zur ersten Verhandlungsrunde am 11. Oktober legen in Emden und Kassel 7000 die Arbeit nieder. Eine Delegation besucht die streikenden Opel-ArbeiterInnen. Auch wenn der Autokorso mehrerer tausend VW-ArbeiterInnen am 28. Oktober während der Verhandlungen in Hannover über Stunden den Verkehr lahm legte und die Informationsveranstaltung im Forschungs- und Entwicklungswerk die LKW-Einfahrt blockierte, erlangten sie nie die Selbstständigkeit wie in Bochum. In Emden, Kassel, Braunschweig und Salzgitter kam es wiederholt zu Warnstreiks und Demonstrationen mit jeweils mehreren tausend Beteiligten. Nach Ablauf der Friedenspflicht wurde am 1. und 2. November in allen VW-Werken gestreikt – es war der erste (Warn-)Streik in Wolfsburg seit 20 Jahren. Mit 50 000 beteiligte sich fast die gesamte in den Betrieben anwesende Belegschaft. Vor dem Verhandlungsort in Hannover kam es zu großen Demonstrationen.

Die Aktionen, die die IGM zum Ende der Friedenspflicht organisierte, zeugten sowohl von der Kampfbereitschaft in den Werken, als auch von der Lehre aus Bochum, mit gezielten, kontrollierten Warnstreiks und Infoversammlungen die Unzufriedenheit im Zaum zu halten. Die Mobilisierung hielt IGM und Gesamtbetriebsrat davon ab, eine Urabstimmung über einen Streik durchzuführen, deren Ergebnis nicht einzuschätzen gewesen wäre. Stattdessen lag dann am 2. November plötzlich ein Ergebnis vor.

28 Monate Nullrunde bei den Löhnen, das liegt noch ein halbes Jahr höher als vom VW-Vorstand ursprünglich gefordert. Die jährliche Bonuszahlung wird abgeschafft und ab 2006 durch einen ergebnisorientierten Bonusplan ersetzt. 2005 gibt es eine einmalige Zahlung von 1000 Euro. Die Arbeitszeitkonten werden auf plus/minus 400 Stunden erweitert und die mögliche wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden erhöht. Um den ArbeiterInnen ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben zu ermöglichen, können sie jährlich 66 Stunden auf einem Lebensarbeitszeitkonto ansammeln. Damit erhöht sich die wöchentliche Arbeitszeit um weitere 2,6 unbezahlte Stunden.

Die Ausbildungsvergütung wird gekürzt und es werden nur noch 85 Prozent aller Azubis übernommen. Die restlichen 15 Prozent werden von der VW-Tochter AutoVision übernommen, wo auch zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Hier gelten niedrigere Tarife als bei VW. Die Beschäftigungsgarantie bis 2011 enthält eine Revisionsklausel.

Von einem Durchmarsch der Unternehmer kann dennoch nicht gesprochen werden. Die Löhne der Stammbelegschaften bleiben bestehen. Mit den niedrigeren Einstiegslöhnen entsteht aber eine zweigleisige Bezahlung und gespaltene Belegschaften. Das Lohnniveau wird auf Dauer abgesenkt. Finanziell direkt getroffen wird die Stammbelegschaft durch Kürzung der Bonuszahlung und den Verlust von Überstundenzuschlägen. Die Ausweitung der Flexibilisierung der Arbeitszeiten wird die Verfügungszeit über das eigene Leben weiter einschränken.

Obwohl große Teile der ArbeiterInnen »stinksauer« sind, hat das Signal aus Bochum nicht gezündet. Dies liegt auch daran, dass in dem sozialpartnerschaftlichen Vorzeigebetrieb VW die hohen Löhne nicht in selbständigen Kämpfen errungen wurden, sondern Verhandlungsergebnisse waren. Aber gerade das, die Befriedung der großen VW-Belegschaft über fette Tarifverträge, ist nun auch in die Krise gekommen. Diesmal hat es noch funktioniert – aber die Legitimation von Betriebsrat und Gewerkschaft hat Risse bekommen. ■

»Es müsste viel härter sein. So wie bei Opel mal alles dicht machen. Damit die wissen, was hier los ist.«
(Ein VW-Arbeiter am 28. Oktober in Hannover)

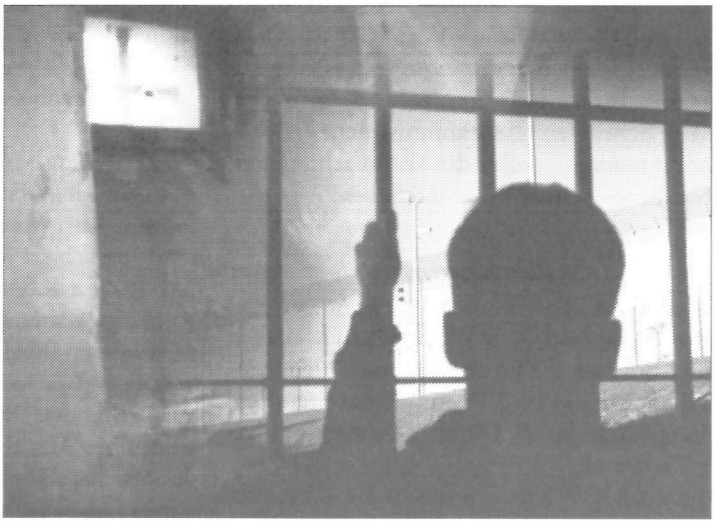
Revisionsklausel

§ 6 Revisionsklausel
»Bei wesentlichen Änderungen der Grundannahmen oder der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gilt folgendes Verfahren:
6.1 Die Tarifvertragsparteien verpflichten sich zu einem Überprüfungsgespräch. Voraussetzung ist, dass eine Partei das Überprüfungsgespräch beantragt und betriebliche Reaktionsmechanismen wie Reduzierung von Mehrarbeit, Abbau von Fremdleistungen, Nutzung standortübergreifender Mobilität sowie standortübergreifende Verlagerung von Produktionsumfängen wirtschaftlich nicht darstellbar oder ausreichend sind. Ziel des Überprüfungsgesprächs ist eine einvernehmliche Anpassung des § 4.

6.2 Kann ein Einvernehmen zwischen den Tarifvertragsparteien nicht erzielt werden, kann die Allgemeine Schlichtungsstelle gemäß Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung angerufen werden.

6.3 Führt auch dieses Verfahren zu keinem Ergebnis, kann dieser Tarifvertrag mit einer Frist von 3 Monaten zum 30. Juni oder 31. Dezember eines Jahres gekündigt werden. Der Tarifvertrag wirkt nach einer Kündigung nicht nach.
6.4 Wird der Tarifvertrag gekündigt, so ist damit gleichzeitig die Vereinbarung zur Sicherung der Standorte und der Beschäftigung vom 28. September 1995 in ihrer jeweils gültigen Fassung zu diesem Zeitpunkt gekündigt.«

Prekarisierung und Masseninhaftierung



Italien

Ab Mitte Oktober 2004 gab es in verschiedenen Knästen in Italien wochenlange Proteste. Die Gefangenen kämpfen gegen Überfüllung, schlechte hygienische Bedingungen, dagegen, dass sie in der Regel so weit wie möglich von ihrem Wohnort eingesperrt werden, und gegen die »Präventivhaft« (extrem verlängerte Untersuchungshaft).
In Italien gibt es momentan ca. 56000 Gefangene, davon sind ein Drittel MigrantInnen. Diese haben im Gegensatz zu den anderen Gefangenen grundsätzlich nicht die Möglichkeit, außerhalb der Knäste zu arbeiten oder ihre Strafe im Hausarrest abzusitzen, da sie keine Aufenthaltserlaubnis haben, also keinen festen Wohnsitz. In der Regel teilen sich die Gefangenen eine 16m² Zelle zu fünft, manchmal auch zu siebt. Die Klos sind oft in der Zelle und die hygienischen Bedingungen sind so beschissen, dass die Gefangenen in Nuoro (Sardinien) Krätze gekriegt haben.
Gegen diese Bedingungen kam es zu Massenprotesten (z.B. haben sich in Rom im Regina Coeli Knast 940 Gefangene daran beteiligt). In verschiedenen Knästen wurde täglich abends für eine Stunde gegen die Gitterstäbe gehämmert oder in Kleingruppen abwechselnd ein einwöchiger Hungerstreik organisiert – außerdem gab es auch Arbeitsverweigerungen.
Von diesen Kämpfen ist kaum was nach außen gedrungen. Die offiziellen Tageszeitungen haben nur am ersten Tag davon berichtet, dann war Stille. Auch scheint es wenig Unterstützung von außen gegeben zu haben. In Genua gab es auf jeden Fall Soliaktionen vor dem Marassigefängnis.

Parallel zum Abbau der sozialen Sicherungssysteme wird seit Mitte der 90er Jahre das Gefängniswesen massiv ausgebaut. Die Kriminalisierung des Elends ist das Gegenstück zu Prekarisierung und restriktiver Sozialpolitik. Trotz sinkender Kriminalität ist die Belegung deutscher Justizvollzugsanstalten (JVA) von 1993 mit durchschnittlich 41 000 Strafgefangenen auf aktuell rund 61 000 angewachsen und die Inhaftierungsquote damit in einem Zeitraum von nur zehn Jahren um fast 50 Prozent gesteigert worden.

Neben der Zunahme von »Ersatzfreiheitsstrafen« infolge nicht gezahlter Geldstrafen, dokumentieren die Strafverfolgungsstatistiken der Länder eine deutliche Tendenz der Gerichte, mehr und höhere Haftstrafen zu verhängen. In Rheinland-Pfalz etwa haben die verhängten Freiheitsstrafen in den letzten zehn Jahren um mehr als 20 Prozent zugenommen, längere Haftstrafen von über einem Jahr sogar um über 55 Prozent.

Die meisten Knackies sitzen wegen Einbrüchen, Diebstählen, Rauschgift oder Gewalttätigkeiten, also den entscheidenden Auswegsversuchen einer prekarisierten Arbeiterklasse, die dem Diktat flexibilisierter Lohnarbeit und deregulierter Sozialsysteme unterworfen werden soll. Etwa zwei Drittel der Gefangenen haben keinen qualifizierten Berufsabschluss.

Eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten belegen einen engen Zusammenhang zwischen verschlechterten Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt und ansteigenden Inhaftierungen. Von den Gerichten werden Arbeitslosigkeit und Prekarität im Einzelfall streng beurteilt, so dass sich auch bei gleichartigen Delikten eine deutlich stärkere Bereitschaft zur Verhängung von (höheren) Haftstrafen feststellen lässt. »Mangelhafte berufliche Einbindung« verlängert zudem die effektive Haftzeit, da die Wahrscheinlichkeit einer Strafaussetzung oder vorzeitigen Entlassung deutlich verringert ist. Diese in der bürgerlichen Rechtsprechung angelegte Tendenz, überzählige Arbeitskraftreserven in Knästen zwischenzulagern, wird seit Ende der 90er Jahre noch durch Veränderungen der Gesetzgebung zugespitzt.

Veränderte Gesetzgebung

Das 1998 in Kraft getretene *Sechste Gesetz zur Reform des Strafrechts* bildet den massivsten Eingriff in das Strafrecht seit dem Nationalsozialismus: Für mehrere Tatbestände wurde die Versuchsstrafbarkeit eingeführt und bei zahlreichen Delikten der Strafrahmen drastisch erhöht. In schnellen Schritten wurde dann auch die mit dem *Gewohnheitsverbrechergesetz* vom 24. November 1933 eingeführte »Sicherungsverwahrung« (SV) deutlich ausgeweitet. Das im bürgerlichen Recht althergebrachte Verbot einer Doppelbestrafung wurde durch den Kunstgriff umgangen, die SV sei keine Strafe, sondern eine »Maßregel« zum Schutze der Allgemeinheit. Bei Verbüßung mehrerer hoher Haftstrafen und der gutachtlichen Feststellung eines »Hangs zu erheblichen Straftaten« konnte neben dem Urteil eine weitere Inhaftierung bis zu zehn Jahren richterlich angeordnet werden. Von 1934 bis 1943

wurde gegen rund 16 000 Personen »Sicherungsverwahrung« angeordnet. Vollstreckt wurde sie in Konzentrationslagern.

Nach 1945 blieb die Möglichkeit des »Maßregelvollzugs« nahezu unverändert in Kraft. Seit 1998 können auch »Ersttäter« der Sicherungsverwahrung unterworfen werden, die Höchstdauer von zehn Jahren wurde aufgegeben. Im April 2004 wurde die SV unter bestimmten Voraussetzungen auf 18 bis 21-jährige Heranwachsende ausgedehnt. Ende September 2004 trat ein Gesetz in Kraft, wonach Sicherungsverwahrung auch nachträglich angeordnet werden kann, wenn sich Anhaltspunkte für eine »Gefährlichkeit« erst nach einer Verurteilung ergeben. Wer sich nicht fügt oder sonstwie gegen Sicherheit und Ordnung in der Anstalt verstößt, muss künftig mit einer lebenslangen Internierung ohne Urteil rechnen.

Nicht mehr die in der Tat begründete »Schuld« wird sanktioniert, sondern in der vermeintlichen Persönlichkeit des Täters angelegte »Verhaltensdispositive«, was Vorstellungen von angeborener oder erworbener Minderwertigkeit voraussetzt. Die Hinwendung zu »Täterpersönlichkeit« und »Sicherung« als Vollzugsziel steht für eine Tendenzwende zu einem härteren Strafklima. Das zeigt sich auch in den jüngsten Versuchen, neben der »Resozialisierung« den »Schutz der Allgemeinheit« als gleichrangiges Vollzugsziel im Strafvollzugsgesetz zu verankern. Im Februar 2003 hat der Bundesrat einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen, der dem Rechtsausschuss des Bundestages vorliegt. Sollte er durchkommen, wäre mit einem steilen Anstieg verhängter Haftstrafen zu rechnen und das Knastregime würde zum prägenden Bestandteil gesellschaftlicher Realität.

Ausbau des Vollzugssystems

Seit Mitte der 90er Jahre und insbesondere seit der Jahrtausendwende wird die drastische Zunahme der Knastbevölkerung durch den Aus- und Neubau von Gefängnissen begleitet. So wurden etwa in Nordrhein-Westfalen seit 1995 1700 neue Haftplätze in Betrieb genommen und bis 2007 sollen nochmal insgesamt 1040 entstehen. In Hessen wurden 1999 rund 700 Haftplätze fertiggestellt – bis 2009 sollen rund 1400 weitere folgen. Insgesamt beläuft sich die Anzahl der durch den Aus- und Neubau von Knästen seit Mitte der 90er Jahre in Deutschland errichteten und bis 2010 voraussichtlich fertiggestellten Haftplätze auf schätzungsweise 15 000!

Parallel hierzu werden in vielen Haftanstalten elektronisch gesicherte Zäune und modernste Sicherheitszentralen errichtet, um den Personaleinsatz effizienter zu gestalten und die Kosten zu senken. Darüber hinaus wird zunehmend auf die Arbeitskraft der Gefangenen zurückgegriffen, um die Aufwendungen für das Knastregime zu vermindern. Weitere Einsparungen soll die teilweise Privatisierung von Planung, Errichtung und Betrieb der JVA bringen.

Wohin die Entwicklung geht, lässt sich am deutlichsten am Beispiel der USA zeigen, wo der Wandel vom Sozialstaat zum Strafstaat, der sich jetzt bei uns andeutet, bereits in den 80er Jahren eingeleitet wurde.

Vom Sozialstaat zum Strafstaat

Die Inhaftierungsrate in den USA sank während der 60er Jahre um etwa ein Prozent jährlich und erreichte 1975 mit 380 000 Strafgefangenen ihren Tiefststand. Seitdem stiegen die Häftlingszahlen aber deutlich an, so dass es zehn Jahre später bereits 740 000 Strafgefangene gab. Im Jahr 1995 waren es 1,5 Millionen und Ende 1998 schließlich zwei Millionen, während die Kriminalitätsrate in den vorhergegangenen 15 Jahren zunächst weltweit konstant blieb und später sogar abnahm. Trotz des weiteren Absinkens der Kriminalität befinden sich aktuell 740 von 100 000 Einwohnern der USA im Knast. Einschließlich der Verurteilten mit bedingter Strafaussetzung und Bewährungsstrafen stehen aktuell mehr als 6,9 Millionen Amerikaner unter Aufsicht der Strafjustiz, also unglaubliche 3,2 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Zwei Drittel der Strafgefangenen stammen aus Haushalten, die weniger als die Hälfte der als »Armutsschwelle« definierten Einkommen zur Verfügung haben und die von den Verschärfungen im Bereich der Lohnarbeit und des sozialen Netzes besonders betroffen sind.

Die steigenden Ausgaben für Gefängnisse wurden auf Kosten der Budgets für soziale Dienstleistungen, Gesundheit und Bildungswesen aufgebracht: In den 80er Jahren wurde die Sozialunterstützung um 41 Prozent gekürzt, während die Mittel für den Strafvollzug um 95 Prozent erhöht wurden. Die drastische Verschlechterung des Lebensstandards der Knackies und Kürzungen bei »Resozialisierungsmaßnahmen« sollen die Kosten senken, der Einsatz modernster Technik die Effizienz des Wachpersonals steigern. Daneben wird versucht, den Häftlingen einen Teil der Haftkosten aufzubürden. Durch die massive Ausweitung unqualifizierter Arbeit in den Knästen sollen sie ihre Haft wenigstens mitfinanzieren. Eine letzte Methode zur Verringerung der immensen Kosten für die Ausdehnung des Knastregimes besteht in der Privatisierung des Strafvollzugs. Die Anfang der 80er Jahre in den USA entstandene Gefängnisindustrie ist bereits für mehr als zehn Prozent aller

Konsequenzen bei Arbeitsverweigerung im Knast

von Thomas MEYER-FALK,
z.Zt. JVA-Z.3117,
Schönbornstr.32,
76646 Bruchsal

www.freedom-for-thomas.de

Im Knast besteht für Strafgefangene in Sicherungsverwahrung prinzipiell Arbeitspflicht; das Grundgesetz spricht in Artikel 12 davon, dass bei richterlich angeordneter Freiheitsentziehung »Zwangsarbeit« (steht so im GG) nicht verboten sei. Was sind die Folgen wenn sich ein(e) Gefangene(r) diesem Zwang verweigert? Zum einen fehlen alle Einkünfte, so dass er/sie sich keinen Kaffee/Tabak, aber auch sonst nichts kaufen kann, denn die Anstalten erlauben z.B. den Kauf von Musik-CDs *nur* vom Arbeitslohn. Kein Lohn = Keine Musik-CDs. Ferner können der Fernseher, der Radio-Recorder weggenommen werden, denn wer die Stromkosten nicht vom Arbeitslohn zahlen kann, darf diese Geräte nicht betreiben. So sollen die Arbeitsverweiger(innen) diszipliniert werden. Als wäre dies nicht genug, erhält mensch monatlich eine Haftkostenrechnung über 350 Euro (190 Vollverpflegung, 160 die Zelle). Diese aufgelaufenen Haftkostenschulden können nach der Haft oder wenn wieder im Knast gearbeitet wird, gepfändet werden – bis auf knapp 30 Euro. Dies wird von Knast zu Knast unterschiedlich gehandhabt und gilt meist für die offenen Arbeitsverweigerer. Wer sich subtil dem Arbeitszwang zu entziehen versucht, findet sicher Möglichkeiten, denn es gibt immer Gefangene. die arbeiten »wollen«, es aber wegen Arbeitsmangel nicht können. Ich selber ziehe vor, offen aufzutreten und mich dem Arbeitszwang offensiv zu widersetzen, selbst wenn dies gewisse Konsequenzen hat (neben o.g. Maßnahmen wird mir beispielsweise ein Fernstudium verboten, da es nicht angehe, dass ich mich geistig mit Uni-Stoff befasse, während andere Gefangene arbeiten.)

Häftlinge zuständig. Betrieben werden die Privatknäste von insgesamt 14 Firmen, wobei die beiden Marktführer, die 1983 mit dem Kapital der *Kentucky Fried Chicken* gegründete *Correction Corporation of America* (CCA) und die *Wackenhut Corrections Corporation* (WCC) zusammen 78 Prozent des Marktes beherrschen. Die Unternehmen der Gefängnisindustrie sind börsennotiert und mit jährlichen Wachstumsraten von 45 Prozent die Lieblinge der *Wall Street*. Die Aktien der CCA verzeichneten Anfang der 90er Jahre zeitweise sogar um die 1000 Prozent Wertzuwachs.

Die *New Economy* der USA besteht nicht nur aus Internet und Informationstechnologie, sondern auch aus einer Straf- und Überwachungsindustrie. Schon 1993 wurden im gesamten Strafvollzug der USA mehr als 600 000 Beschäftigte gezählt, womit die gesamte Gefängnisindustrie knapp hinter dem umsatzstärksten Weltunternehmen *General Motors* und dem Supermarktriesen *Wal-Mart* der drittgrößte private Arbeitgeber des Landes wäre.

Public Private Partnership

Seit Mitte der 90er Jahre deutet sich auch in Deutschland der Versuch an, den explodierenden Inhaftierungsraten mit einer möglichst schnellen und billigen Realisierung von Bau und Betrieb von Haftanstalten durch Privatisierung zu begegnen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden die JVA Waldeck und die JVA Neustrelitz durch private Investoren errichtet und dann an das Land verpachtet. Die Firma *Rohloff GmbH* hat 1993 Abschiebeknäste in Wuppertal und Glasmoor gebaut. Seit 1994 werden im Abschiebeknast Büren in NRW neben 68 Vollzugsbediensteten 80 private Wachleute der Firma *Kötter-Justiz GmbH* eingesetzt.

Im Sommer 1999 hat das Hessische Justizministerium eine Arbeitsgruppe »Modellprojekte zur Privatisierung im Strafvollzug« aus Politikern, Fachleuten und Juristen eingesetzt, um »die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen« zu prüfen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Der Abschlussbericht vom Dezember 1999 kam zu dem Ergebnis, dass eine Vollprivatisierung des Strafvollzuges gesetzlich nicht möglich sei, jedoch privat errichtete Gefängnisbauten durch den Staat gemietet und private Wachleute ohne Eingriffsbefugnisse gegenüber Gefangenen eingesetzt werden könnten. Das hierbei entwickelte Modell trägt den Namen »Public Private Partnership«. Nach Berechungen des hessischen Justizministeriums führt die Teilprivatisierung einer JVA zur Senkung der Betriebskosten um 15 Prozent.

Nach Anlaufschwierigkeiten wurde im Dezember 2001 in Hünfeld bei Fulda mit Planung und Vorarbeiten für den Bau einer JVA mit 502 Haftplätzen begonnen. Im Juli 2003 erhielt die Züblin AG den Zuschlag, die JVA Hünfeld zu einem vorher vereinbarten Festpreis zu errichten. Die Baukosten belaufen sich auf 100 000 Euro pro Haftplatz gegenüber 250 000 Euro in der noch durch das Land fertiggestellten JVA Weiterstadt.

Im August 2003 wurden insgesamt 42 Prozent aller in der JVAHünfeld anfallenden Arbeiten, der Gefangenentransport und die medizinische, psychologische und pädagogische Betreuung der Häftlinge, zur Privatisierung ausgeschrieben. Insgesamt sollen neben 132 staatlichen 99 Bedienstete eines Privatunternehmers tätig werden.

Im November 2004 hat die hessische Landesregierung mit der *Serco GmbH & Co KG* aus Bonn einen zunächst auf fünf Jahre befristeten Betreibervertrag mit einem Volumen von 5,7 Millionen Euro pro Jahr abgeschlossen. *Serco* will Teile der JVA-Hünfeld mit Billigarbeitskräften betreiben, darüber hinaus sollen die Arbeitsbetriebe der Anstalt eine weit überdurchschnittliche Auslastung erreichen, indem zur Zwangsarbeit verpflichtete Gefangene dort im Zwei-Schicht-Betrieb ausgebeutet werden. Die Bonner *Serco Gmbh & Co KG* ist eine Tochterfirma des 1988 gegründeten britischen *Serco*-Konzerns, der weltweit 35 000 Beschäftigte hat und 2003 2,3 Milliarden Euro umsetzte. In Großbritannien betreibt eine Tochterfirma, die *Premier Custodial Group* fünf vollprivatisierte Gefängnisse und zwei Abschiebeknäste sowie einen Gefangenentransportdienst, der 250 000 Personen jährlich befördert. Daneben hält die Firma 50 Prozent Marktanteile bei dem in England stark verbreiteten Einsatz elektronischer Fußfesseln zur Kontrolle von Hausarrest-Auflagen.

Auch in Nordrhein-Westfalen soll ein erster Knast in »Public Private Partnership« errichtet und betrieben werden. Ein Gefängnisneubau in Ratingen bei Düsseldorf soll ab 2007 die JVA Düsseldorf-Derendorf und zwei kleinere Zweiganstalten der JVA Duisburg-Hamborn ersetzen. Die JVA Ratingen ist als »geschlossener Vollzug« für 850 Kurzzeit-Häftlinge und Untersuchungsgefangene vorgesehen. Private Kräfte sollen etwa 22 Prozent der anfallenden Arbeiten übernehmen. Im Rahmen eines Modellversuchs sollen darüber hinaus bereits ab 2005 auch in der JVA Attendorn und der JVA Wuppertal anderthalb Jahre lang 10 bis 20 Prozent des Personals durch private Dienstleister gestellt werden.

Neben den Pilotprojekten in Hessen und NRW werden auch in anderen Bundesländern teilprivatisierte Knäste geplant, z.B. die JVA-Großbeeren in Brandenburg, eine neue Frauenabteilung mit 150 Haftplätzen in München, eine Jugendarrestanstalt mit 60 Plätzen ebenfalls in München. Im November 2004 ist *Vinci Deutschland*, eine Tochterfirma

Großbritannien

In den letzten zehn Jahren ist die Knastbevölkerung in England und Wales rapide gewachsen. Da die Regierung mit dem Zustrom von Gefangenen nicht fertig wird und sie nicht einmal mehr unterbringen kann, soll wieder mal die Privatisierung die Rettung bringen. Einkerkerung ist jetzt ein großes Geschäft für die neugeschaffene Bewachungsdienstleistungsindustrie, mit Konzernen wie *Group 4* und *Premier* als Pionieren privat betriebener Gefängnisse und *Securicor*, die Gefangenentransporte zwischen Gefängnissen und zum / vom Gericht macht.
Aber es gibt eine weitere, dunklere Seite: Die drei Hauptakteure sind drauf gekommen, dass sie nicht nur mit Einsperren und Bewachen Geld verdienen können, sondern auch mit den Gefangenen selber. Rehabilitations- und Ausbildungsprogramme wurden gestrichen, qualifizierte Handwerkskurse sind Vergangenheit. Stattdessen wurden Produktions- und Verpackungslinien eingerichtet, mit Bezahlung und Arbeitsbedingungen, die an Sweatshops in der Dritten Welt erinnern.
Der private Sektor will Gefangene ausbeuten und wird dabei unterstützt von Gefängnisordnungen, die alle verurteilten Gefangenen zur Arbeit verpflichten. Da zwischen Gefängnis und Gefangener/m kein Arbeitsvertrag besteht, hat der/die Gefangene auch keinen Anspruch auf Lohn. Stattdessen erhalten Gefangene gewöhnlich nur ein paar Pfund pro Woche, die vom Gefängnis als »Geschenk« definiert werden.
Da sie die Arbeitskraft fast nichts kostet, können Konzerne wie *Group 4* und *Premier* leicht Mitbewerber unterbieten und Aufträge an Land ziehen, die sonst nach Übersee gehen würden.
Aufgrund dieser Schlupflöcher floriert die Sklavenarbeit in britischen Gefängnissen.

Kontakt:
againstprisonslavery@mail.com

Aus: *Direct Action* Nr. 30

des französischen *Vinci*-Konzerns, mit einem Konzept für die Teilprivatisierung von Berliner Gefängnissen an die Senatsjustizverwaltung herangetreten. Zunächst soll eine Vollzugsanstalt für Kurzzeit-Häftlinge errichtet werden, da hier die verminderte Fluchtgefahr auch geringere Ausgaben für Sicherungsmaßnahmen erfordert.

Zwangsarbeit

Profite winken aber nicht nur den Unternehmen, die direkt in den Bau und Betrieb von Knästen investieren. Zunehmende Bedeutung erlangt auch die Ausbeutung der Arbeitskraft von Gefangenen. Das Grundgesetz hält bei gerichtlich angeordnetem Freiheitsentzug »Zwangsarbeit« für zulässig. Die gesetzlich festgelegten Stundenlöhne bewegen sich zwischen 1,02 Euro und 1,69 Euro. Nur über drei Siebtel der Bezüge dürfen die Zwangsarbeiter frei verfügen, die in der Regel in überteuerten, anstaltseigenen Läden wieder abgeschöpft werden. Die von Gefangenen verrichteten Arbeiten dienen dem Bedarf und der Aufrechterhaltung des Anstaltsbetriebes, umfassen aber auch zunehmend Arbeiten für meist mittelständische Unternehmer. Aktuell werden bereits rund 40 Prozent der arbeitsfähigen Gefangenen als Zwangsarbeiter von Privatunternehmern ausgebeutet.

Trotz kaum zu unterbietender Sklavenlöhne wird nur ein Teil der Häftlinge zur Arbeit herangezogen, da in den Knästen häufig schlicht zu wenig Platz für weitere Fertigungsstätten ist, aber auch weil die Vollzugsverwaltungen erst seit kurzem aktiv Auftragsakquisition betreiben.

In Berlin liegt die Beschäftigungsquote aktuell bei rund 60 Prozent, soll aber noch weiter gesteigert werden. In den letzten Jahren ist in der JVA Tegel, dem größten deutschen Knast, ein Modellprojekt mit dem Ziel der betriebswirtschaftlichen und einnahmeorientierten Ausrichtung der Betriebe durchgeführt worden. Bereits im ersten Jahr wurden die Einnahmen um rund 30 Prozent gesteigert, so dass nun auch die Zahl der arbeitenden Häftlinge erheblich vergrößert werden soll.

Trotz oder gerade wegen der Krise wurde in Baden-Württemberg die Beschäftigungsquote der Gefangenen von 57 Prozent im Jahre 1996 auf über 60 Prozent im Jahre 2003 gesteigert. Die Zwangsarbeit von etwa 5000 Häftlingen brachte dem Land zuletzt mehr als 25 Millionen Euro ein.

Die Einnahmen der Arbeitsverwaltung des bayerischen Justizvollzugs wurden von etwas mehr als 36 Millionen Euro im Jahre 1993 auf zuletzt mehr als 43 Millionen Euro erhöht. Da aber zum Beispiel in der größten bayerischen JVA in München-Stadelheim von aktuell 1700 Gefangenen gerade einmal 170 zur Arbeit herangezogen werden, sind die Kapazitäten bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Justizverwaltung hat daher erhebliche Investitionen getätigt und errichtet neue Arbeitsbetriebsgebäude in den JVA Aichach, St. Georgen-Bayreuth, Hof und Traunstein. Weitere Werkstätten und Arbeitsbetriebsgebäude sind für die JVA Aichach, Bernau, Amberg, St. Georgen-Bayreuth, Memmingen und München geplant.

Fazit

Die Neuordnung der Arbeitsverhältnisse und sozialen Sicherungssysteme wird von einer Neuordnung des Strafwesens begleitet, wobei die Knäste als Einfassung und Überlaufbecken des Arbeitsmarktes dienen. Es geht darum, die widerspenstigen Fraktionen der lohnabhängigen Klassen in unsichere und unterbezahlte Ausbeutungsverhältnisse zu pressen, den Imperativ der Arbeit zu unterstreichen und schließlich überzählige Bevölkerungsteile, zeitweise oder lebenslänglich hinter Gittern zu lagern.

Trotz der Ausweitung der Zwangsarbeit in den Haftanstalten, handelt es sich dabei zwar für einzelne Kapitalisten, keineswegs aber gesamtwirtschaftlich um eine profitable Form der Ausbeutung. Die Masseninhaftierung hat vor allem eine *indirekte* ökonomische Funktion: Sie soll die nicht fügsamen Teile der prekarisierten Arbeiterklasse disziplinieren, indem sie den Preis für Strategien des Abwartens oder Ausweichens in informelle und illegale Sektoren erhöht. Das Knastsystem trägt mehr als alle Verwaltungsregelungen und Kürzungen im Sozialbereich direkt zur Zurichtung der unteren proletarischen Schichten bei.

Durch die vermehrte Freisetzung von Arbeitskräften, die aufgrund ihres negativen Status als ehemalige Strafgefangene fast nur noch miese, unterbezahlte Jobs finden, beschleunigt die Masseninhaftierung darüber hinaus die Ausweitung prekarisierter Arbeitsplätze. Daneben senkt sie künstlich die Arbeitslosenquote, weil ein anwachsendes Heer von Strafgefangenen nicht mehr als »Arbeitssuchende« in der Statistik erscheint und weil neue, meist unsichere und miserabel bezahlte Arbeitsplätze in der Gefängnisindustrie geschaffen werden. Die US-amerikanische Arbeitslosenquote soll allein durch den Strafvollzug während der 90er Jahre um zwei Prozentpunkte gesunken sein. Ein sicherlich nicht zu unterschätzender Nebenaspekt besteht darin, dass – um beim Beispiel der USA zu bleiben – hier 600 000 größtenteils unterbezahlte und unsicher beschäftigte Arbeiter zwei Millionen andere Angehörige der lohnabhängigen Klassen bewachen und disziplinieren.

Wilhelm Voigt

Griechischer Justizminister nach Massenprotesten in den Gefängnissen zum Handeln gezwungen

»Die Forderungen der Häftlinge sind auch die meinen.« Mit diesen Worten versprach der griechische Justizminister am Montag die »Verbesserung der Haftbedingungen«. Die Zustände in den völlig überbelegten griechischen Gefängnissen – auf 5284 Plätze kommen 8854 Gefangene – waren der Öffentlichkeit in den letzten Wochen durch die massiven Proteste und Hungerstreiks von acht politischen sowie etwa 800 anderen Gefangenen ins Bewusstsein gebracht worden. Dabei traten die sogenannten sozialen Gefangenen vor allem für die Umsetzung bereits angekündigter Maßnahmen zur Verbesserung der Haftbedingungen ein. So gibt es nach dem griechischen Gesetz die Möglichkeit zum sogenannten halboffenen Strafvollzug... Da für die vom Gesetz vorgeschriebene getrennte Unterbringung der Freigänger kein Platz vorhanden ist, existiert der halboffene Strafvollzug nur auf dem Papier. ... Weil beispielsweise die Mittel für Bewährungshelfer und Betreuer fehlen, wird kaum ein Häftling in das Programm zur Umwandlung von Haftstrafen in gemeinnützige Arbeit oder zur Freilassung auf Bewährung eingegliedert. Am schlimmsten trifft es die wegen Drogendelikten eingesperrten Süchtigen, immerhin etwa 40 Prozent aller Gefängnisinsassen...
Die politischen Gefangenen fordern nach wie vor die Aufhebung der Sonderhaftbedingungen. Zwar können sie zumindest beim Hofgang inzwischen – nach Öffnen einer Überdachung – ein Stück Himmel sehen, andere Forderungen blieben allerdings unerfüllt. So wird ihnen der Zugang zu Gefängnisbibliotheken ebenso verwehrt wie der Besuch ohne Trennscheiben

junge Welt vom 17.11.2004
http://www.jungewelt.de/2004/11-17/008.php

ArbeitsmigrantInnen in Tschechien

Zwischen Repressionen und Mafia

Mit der Veränderung der Kapitalzusammensetzung in Tschechien nach 1989 ändert sich auch die Zusammensetzung der Klasse. Der starke Zufluss von ArbeitsmigrantInnen ist ein Teil dieses Prozesses. Man kann sie überall sehen – auf Baustellen, in der Automobilindustrie, in Krankenhäusern, im Einzelhandel, bei Reinigungsfirmen, in der Touristikbranche usw..

In Tschechien leben heute ungefähr 162 000 »legale« ArbeitsmigrantInnen.[1] Mindestens doppelt so viele sind »illegal« hier, es wird geschätzt, dass in Tschechien insgesamt etwa 480 000 ausländische ArbeiterInnen sind, das wären neun Prozent aller Arbeitskräfte. Die Gesamtzahl der ArbeitsmigrantInnen in Tschechien steigt seit 1999 langsam an. Diese Steigerung verläuft parallel zum kräftigen Zufluss ausländischer Investitionen[2], das ist kein Zufall – fast 60 Prozent aller ArbeitsmigrantInnen arbeiten auf dem Bau und in der Fabrik. Und 10 Prozent aller ImmigrantInnen leben in Prag, wo besonders die Bauindustrie in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen hat. Etwa 74 Prozent der ArbeitsmigrantInnen sind Männer zwischen 20 und 39 Jahren.[3]

Im Vergleich zur »einheimischen« Arbeiterklasse haben die ausländischen ArbeiterInnen oft noch prekärere Bedingungen (befristete Arbeitsverträge, niedrigere Löhne, Beschäftigung nur mit Gewerbekonzession als »Selbstständige« usw.) und dienen dem Kapital als Druckmittel gegen die hiesige Arbeiterklasse und zugleich als Versuch, die Klasse nach Herkunft, Sprache und Ethnie zu zerteilen.

Flucht vor der wirtschaftlichen Misere in der Slowakei

Die Mehrheit – über 40 Prozent – der ausländischen ArbeiterInnen in Tschechien kommt aus der Slowakei. Die Arbeitswanderung nach Tschechien ist für Slowaken nichts Neues: bereits während der sogenannten Ersten Republik (1918-1938) war das üblich, und auch während der Ära des Staatskapitalismus (1948-1989) wurde daran nichts verändert. Ihre Beschäftigung wurde schon vor der EU-Erweiterung bedeutend erleichtert, ArbeiterInnen aus der Slowakei unterliegen nicht den starken gesetzlichen Restriktionen wie Leute aus sogenannten »Drittländern«, d.h. aus Nicht-EU-Ländern.[4] Der Arbeitgeber muss lediglich den/die ArbeiterIn aus der Slowakei auf dem Arbeitsamt registrieren lassen; das Arbeitsamt ist dazu verpflichtet, sie sofort zu registrieren.[5] Somit werden die Leute aus der Slowakei meistens legal beschäftigt, und werden deshalb auch nicht in die Hände der verschiedenen Mafias getrieben, wie es bei den ArbeiterInnen aus der Ukraine der Fall ist. Viele slowakische ArbeiterInnen sind bei Leiharbeitsfirmen beschäftigt, sehr oft auf dem Bau, aber auch in der Automobil- (z.B. *Skoda/VW*) und Elektroindustrie (z.B. ehemalige hiesige Produktion von Flextronics) oder im Einzelhandel (*Tesco, Ahold, Billa* etc.). Das Gesundheitswesen ist eine weitere Branche, in der viele Slowaken arbeiten, und zwar sowohl auf der Ebene des mittleren medizinischen Personals, wie auch der Ärzte.

[1] Alle Zahlen, soweit nicht anders angegeben: http://www.migraceonline.cz

[2] Mehr über die Verlagerung und ausländische Investitionen siehe »Investitionen in Tschechien: Aufschwung oder Absturz?« (Wildcat 70/2004)

[3] 27,3 Prozent sind zwischen 20 und 29 Jahre, 32,4 Prozent zwischen 30 und 39 Jahre alt.

[4] Aus »Drittländern« stammen etwa 51 Prozent der ArbeitsmigrantenInnen in Tschechien. Der größte Teil von ihnen sind ArbeiterInnen aus der Ukraine (48 Prozent), an zweiter Stelle stehen die Vietnamesen (25 Prozent), die aber meistens als Kleinhändler arbeiten.

[5] Die ArbeiterInnen aus der Slowakei bilden 89 Prozent aller ArbeitsmigrantInnen aus den EU-Beitrittsländern in Tschechien; die restlichen 11 Prozent sind Polen.

Im Netz der »Klienten«

Mit den ArbeitsmigrantInnen aus der Ukraine (und aus den sogenannten »Drittländern« insgesamt) ist es ein bisschen anders. Die ukrainischen ArbeiterInnen machen 25 Prozent aller ausländischen Arbeitskraft in Tschechien aus. Sie sind noch härterem Druck ausgesetzt als die aus der Slowakei. Sie brauchen eine Bewilligung vom Arbeitsamt, die an ihr Arbeitsvisum gebunden ist. Sie müssen Kranken- und Sozialversicherung bezahlen, aber falls sie ihren Arbeitsplatz verlieren, müssen sie innerhalb einer Woche das Staatsgebiet verlassen und sind somit aus allen Sozialleistungen ausgeschlossen. Diese ArbeiterInnen sollen als reine Arbeitskraft funktionieren, der alle »Errungenschaften« des Sozialstaats vorenthalten werden. Seit Oktober 2004 können die Bullen Baustellen und Betriebe direkt durchsuchen. Gleichzeitig wurden die Bedingungen für die Erteilung der Arbeitsvisa verschärft und ihre Geltungsdauer verkürzt.

Bisher sind die Mehrheit der ukrainischen ArbeiterInnen in Tschechien (ca. 79 Prozent) Männer, die regelmäßig in die Ukraine zurückfahren bzw. ihre Löhne an ihre Familien schicken, die sie dort zurückgelassen haben. Meistens sind das Leute aus dem Arbeitermilieu, nur ein kleiner Teil hat Hochschulbildung. Etwa 60 Prozent dieser ArbeiterInnen wird auf Baustellen beschäftigt, andere in der Landwirtschaft, bei Reinigungsfirmen usw. – kurz gesagt überall dort, wo Hungerlöhne den Begriff 'unqualifizierte Arbeit' rechtfertigen sollen. Diese Leute wohnen gewöhnlich in der Arbeiterherberge, wo sich nicht selten mehrere Arbeiter ein Bett teilen. Einige der ukrainischen ArbeiterInnen bauen sich in der Umgebung von Prag in den Wäldern ihre eigenen provisorischen Behausungen oder besetzen leerstehende Häuser.

Obwohl die Arbeitszeit der Leute aus der Ukraine oft um die 12 Stunden täglich beträgt, verdienen sie weniger als 10 000 Kronen (ca. 323 Euro).[6] Der Reallohn wird bei vielen von ihnen letztlich bei der Hälfte liegen. Denn die ukrainischen ArbeiterInnen werden nicht nur direkt in einem Kapitalverhältnis ausgebeutet, sondern zusätzlich noch im sogenannten »Klientsystem«. Der »Klient« stammt auch aus Ukraine, er (auch hier geht es meistens um Männer) hat aber in Tschechien ein langfristiges und legales Aufenthaltsverhältnis, vor allem aber hat er Kontakte zu den staatlichen Behörden und den verschiedenen Mafias. Der Arbeiter kommt mit ihm schon während der Abwicklung des Arbeitsvisums in Kontakt, wofür der »Klient« oft das Dreifache des üblichen Preises kassiert. Falls die ArbeiterInnen kein Geld haben, kann ihnen der »Klient« die nötige Geldsumme ausleihen und zwar nicht nur für das Arbeitsvisum, sondern auch für die notwendigen Ausgaben für die Reise ins Ausland, für Unterkunft und Essen. Die ArbeiterInnen zahlen ihm dann diese Schuld mit ein oder zwei Monatslöhnen zurück. Der »Klient« – diese mafiose Analogie der Leiharbeitsfirmen – besorgt den ArbeiterInnen einen Arbeitsplatz und er zahlt ihnen auch die Löhne aus. Ein Drittel des Lohns behält er als »Schutzgeld« für sich – angeblich schützt er sie vor der Behörde und der Mafia, aber nicht selten überlässt der »Klient« die ArbeiterInnen auf Gnade und Ungnade der Repression von Mafia und Polizei.

Aus Polen in den Bergbau, aus Nord-Korea hinter die Nähmaschine

Der drittgrößte Teil der ArbeitsmigrantenInnen in Tschechien sind Leute aus Polen (fünf Prozent). Im Vergleich zu den Leuten aus der Slowakei und der Ukraine arbeiten sie aber alle in einer Region und einer Branche, und zwar im Ostrauer Gebiet, wo es Bergbau und einige Stahlwerke gibt. Auch sie werden von Leiharbeitsfirmen beschäftigt, das heißt, wir finden hier das übliche Szenario: wenn jemand entlassen werden muss, sind immer sie als erstes an der Reihe. Und das funktioniert in so empfindlichen Bereichen, wie Bergbau und Stahlwerke es sind, bisher leider sehr effektiv.

Die ArbeiterInnen aus der Slowakei, der Ukraine und Polen sind also die wichtigsten Teile der ArbeitsmigrantenInnen in Tschechien. Über die Anzahl der anderen können wir nur Vermutungen anstellen, da sie oft in geschlossenen Fabriken malochen und fast nicht in Kontakt zur umliegenden Welt kommen. Das ist z.B. der Fall für ein paar hundert Arbeiterinnen aus Nordkorea[7], die in der Textilfabrik der italienischen Firma Kreata und einigen anderen Betrieben arbeiten oder für chinesische MigrantenInnen in Werken, wo unverzollte Zigaretten produziert werden.

Leider kann ich nichts über Kämpfe der ArbeitsmigrantInnen in Tschechien berichten. Es gibt sie nicht oder wir wissen bisher nichts darüber. Der Zusammenhang mit dem Klassenfrieden, der hier herrscht, ist offenkundig; aber auch mit unserer Beschränkung auf Berichte in den Medien – persönliche Kontakte zu knüpfen wäre daher sehr hilfreich! Auf jeden Fall haben bestimmte Kreise Befürchtungen, es könne in diesen Bereichen zu offenen Kämpfen kommen. Das sagte zumindest kürzlich der Kommentar einer tschechischen Zeitung (*Hospodarske noviny*, 30.9.2004), die sich mit ukrainischen ArbeitermigrantInnen beschäftigte: »Es geht nicht um einen dramatischen sozialen Konflikt. Der würde erst ausbrechen, wenn die Ausländer aufhören würden zu arbeiten und sich nur noch für die Höhe der Sozialleistungen interessieren würden.« Es ist an der Zeit! *Solidaritan*

[6] Diese Angabe ist aus dem Jahr 2001, damals haben in einer anonymen Untersuchung 68 Prozent der ukrainischen ArbeiterInnen geantwortet, dass ihr Lohn weniger als 10 000 Kronen (323 Euro) beträgt, 33 Prozent gaben an, dass sie sogar weniger als 8 000 Kronen (ca. 258 Euro) verdienen.

[7] Das Arbeitsregime dieser nordkoreanischen Arbeiterinnen bei Kreata hat fast eine militärische Form: Seit 2001 müssen sie mindestens acht Stunden pro Tag hinter der Nähmmaschine stecken. Nach der Arbeit müssen sie direkt in die nahegelegene Herberge gehen, wo sie unter Überwachung bis zum nächsten Morgen stehen. Diese Arbeiterinnen verdienen angeblich etwa 6000 Kronen (193 Euro).

Hinter der Grenze – **Polen**

Migration, Industrie, Kämpfe...

In den letzten *Wildcats* hatten wir bereits Artikel über die »neuen Beitrittsländer im Osten«. In den nächsten Heften wollen wir uns genauer mit Polen beschäftigen: Klassenkämpfe, Lebenssituation, die politische, wirtschaftliche, kulturelle Lage. Das folgende soll dazu ein Einstieg sein. Am 16. Januar werden wir in Berlin ein offenes Redaktionstreffen zu Polen machen. Wer sich daran beteiligen will, soll uns bitte eine Mail an ***polska@wildcat-www.de*** schicken.

Von Berlin aus ist man in einer Stunde dort, im Supermarkt gibt es Lebensmittel aus Polen, MigrantInnen aus Polen sind allgegenwärtig... – trotzdem gibt es sehr wenige direkte Kontakte (mit Ausnahme vielleicht der Punkszene), die Sprache und die geographische Lage lassen den »Eisernen Vorhang« nur langsam verschwinden. Mit 312 680 km² und 39 Mio. Menschen (davon etwa 14 Millionen »Erwerbstätige«) ist Polen flächen- und bevölkerungsmäßig das bei weitem größte der neuen EU-Länder. Die Kämpfe der Arbeiterklasse haben hier direkt zum Scheitern des »Realsozialismus« beigetragen. Es liegt nahe, mit einem kurzen Rückblick darauf zu beginnen.

Im Juni 1956 entwickelten sich, parallel zum Aufstand in Ungarn, Demos und Streiks, die als »Polnischer Sommer« bekannt wurden. Anlass waren Normerhöhungen in Industrie und Landwirtschaft sowie eine verordnete Preiserhöhung. Die Regierung unterdrückte die Proteste zunächst gewaltsam, ging aber im »Frühling im Oktober« weitgehend auf die Forderungen ein, nahm die Kollektivierung der Landwirtschaft zurück und setzte Arbeiterräte ein.

1968 erreichte die internationale Studentenbewegung auch Polen. Um einen Keil zwischen Studenten und Arbeiter zu treiben, entfachte die Regierung eine antisemitische Kampagne gegen linke Intellektuelle, in deren Folge 15 000 Juden in die Emigration getrieben wurden. Die Studentenunruhen verpufften isoliert, aber bereits 1970 gab es die nächste breite Welle von Streiks von Bergarbeitern und Werftarbeitern gegen einen weiteren Versuch, die Preise zu erhöhen. Wiederum ging die Regierung nach der gewaltsamen Unterdrückung der Bewegung weitgehend auf deren Forderungen ein. In den 70er Jahren nahm sie massenhaft westliche Kredite auf (v.a. in der BRD), um gleichzeitig ihre ehrgeizigen Akkumulationsziele zu erreichen und die Konsumforderungen der ArbeiterInnen zu erfüllen. Dennoch sanken die Reallöhne. 1976 kam es erneut zu Arbeiterunruhen in den Warschauer Ursuswerken und in Radom. Es bildeten sich illegale Oppositionsstrukturen wie Streikkomitees und politische Gruppen wie das trotzkistisch beeinflusste »Komitee zur Verteidigung der Arbeiter« (KOR). Aber auch die katholische Kirche fungierte immer mehr als Sprachrohr für soziale Bedürfnisse.

Nach einer erneuten Streikwelle im August 1980, in der sich das »Überbetriebliche Streikkomitee« (MKS) bildete, griff die Regierung erstmals nicht zu gewaltsamen Maßnahmen, sondern verhandelte mit dem MKS, aus dem dann die unabhängige Gewerkschaft *Solidarność* hervorging. Die Streiks gingen weiter und die wirtschaftliche Krise verschärfte sich. 1981 verhängte die Regierung unter dem Druck der UdSSR das Kriegsrecht und illegalisierte die *Solidarność* mit ihren inzwischen über 10 Millionen Mitgliedern. Damit wurden zwar die Streiks beendet, aber die Gesellschaft politisch tief gespalten. Eine drastische Verknappung des Warenangebots sorgte für leere Regale in den Läden und drängte den Konsum der Arbeiterklasse in kleinbäuerliche Selbstversorgung und einen blühenden Schwarzmarkt.

Mit dem Heranwachsen einer neuen Generation kam es 1988 erneut zu Streiks in den Bergwerksregionen, denen sich schließlich 76 000 Arbeiter im ganzen Land anschlossen. Die Regierung holte die illegale *Solidarność* an den Verhandlungstisch, da sie nur dieser zutraute, die Streiks unter Kontrolle zu bekommen. Der berühmt gewordene *Runde Tisch* ging direkt in eine Regierungsbeteiligung von *Solidarność*-Funktionären und kirchennahen Intellektuellen über. Gegen 300- bis 500-prozentige Preissteigerungen brachen erneut Streiks aus, aber die politischen Forderungen wurden fallen gelassen, nachdem die Staatspartei PVAP die Regierung verließ.

Die innenpolitische Wende wurde von einer außenpolitischen Öffnung gegenüber dem Westen begleitet. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich, die Auslandsverschuldung stieg weiter an, und das geringe Vertrauen in die Produktivität der polnischen Arbeiter machte die Umorientierung des Außenhandels vom RGW-Raum in Richtung Westen nicht einfacher. Die Versorgungslage wurde noch mieser. Die erkämpften Lohnerhöhungen wurden durch die galoppierende Inflation wieder aufgefressen.

Gegen die Lohn-Preis-Spirale wurde eine vom IWF diktierte »Schocktherapie« eingesetzt, die später in anderen Ländern nachgeahmt wurde. Die Deregulierung sämtlicher Preise führte zur Hyperinflation und damit zur Vernichtung der privaten Spareinlagen, die Streichung der meisten staatlichen Subventionen zur Selbstorganisation der Betriebe (»wilde Privatisierung«) und zur Umverteilung des bäuerlichen Besitzes. Die Industrieproduktion ging von 1988 bis 1992 um die Hälfte zurück. Die Auslandsverschuldung - das vorgebliche Ziel der Schocktherapie – sank nicht, sondern stieg bis 2001 um weitere 72 Mrd. Dollar an. Da in der ersten Hälfte der 90er Jahre die Akzeptanz gegenüber der *Solidarność* größere Arbeiterkämpfe hemmte, trieben Inflation und sinkende Löhne viele Menschen in die schon in den 80er Jahren entstandenen Kleinhandels- und Schwarzmarktstrukturen sowie in die Arbeitsemigration.

Den Kern der »Transformation« stellte wie in allen osteuropäischen Ländern nach 1989 der Verkauf von Staatsbetrieben an ausländische Investoren dar. Große Kombinate im Stahl-Metallsektor, Banken, Telekommunikation und die staatliche Fluglinie LOT wurden zum Verkauf angeboten. Bis 1997 war die Privatisierung weitgehend vollzogen. Investoren wurden mit staatlichen Vorleistungen und steuerfreien Sonderwirtschaftszonen gelockt. Eine Lohnwachstumssteuer sollte die Lohnerhöhungen in den staatlichen Betrieben unter die Inflationsrate drücken.

Die Bergwerke werden zunächst ausgepresst (durch billigste Energielieferungen werden Betriebe saniert, um sie verkaufen zu können), danach wird die Macht der Bergarbeiter zerschlagen (mittlerweile sind etwa 300 000 Kumpel aus dem Staatsbetrieb entlassen und auf die Straße gesetzt).

Migration

Schon vor über 100 Jahren wurden in den Bergwerken und Fabriken Westeuropas und Nordamerikas massenhaft polnische Arbeitskräfte ausgebeutet, und die preußischen Junker ließen auf ihren Feldern vor allem polnische SaisonarbeiterInnen schuften, die dann regelmäßig von der kaiserlichen Ausländerpolizei abgeschoben wurden. Polnische Saisonarbeiter gibt es in Westeuropa noch immer, aber seit 1989 sind auch viele Facharbeiter ins Ausland gegangen. Zur Zeit geht die Migration in den hoch qualifizierten Bereichen wieder zurück, weil die Löhne in Polen steigen, aber die allgemeine Arbeitsmigration geht weiter. Gleichzeitig rücken für die polnischen ArbeiterInnen, ohne die die Bauwirtschaft in Berlin und die Landwirtschaft in der Pfalz kaum funktionieren würden, in Polen ArbeiterInnen aus der Ukraine und Weißrussland nach, die dort für noch niedrigere Löhne auf dem Bau arbeiten und die Ernte einbringen. Menschen aus dem asiatischen Raum steigen vermehrt in den Kleinhandel ein, vor allem in den östlichen Teilen Polens.

Industrie

Die Pattsituation im Klassenkampf (von der gescheiterten Normerhöhung 1956 bis zum Ausweichen in Auslandschulden in den 70er Jahren) bremste wie in anderen sozialistischen Ländern die Entwicklung der Produktivität; die polnische Wirtschaft war jahrzehntelang nur bedingt auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Die Stahlwerke in Stalowa Wola, Nowa Huta und Warschau, die Bergwerke in Katowice und Jastrzębie, die Schiffsmaschinenfabrik in Poznań, die Ursus-Traktorenfabrik in Warschau und die Werften in Gdańsk und Szczecin, um nur die größten zu nennen, lieferten bis zur Wende größtenteils verarbeitete, kapitalintensive Güter in den RGW-Raum und Rohstoffe sowie Halbfabrikate in den Westen.

Die größten Branchen sind heute Nahrungsmittel, Metall- und Maschinenbau, Bankwesen, Medien und Telekommunikation, Bau- und Transportwesen, sowie die Versicherungsbranche. Sie arbeiten vorrangig für den EU-Markt. Ähnlich wie vor 40 Jahren im Ruhrgebiet werden im oberschlesischen Kohle- und Stahlrevier Bergbau und Schwerindustrie abgebaut und gleichzeitig die Autoindustrie ausgeweitet. 100 000 Bergarbeiter stellen eine Arbeitskraftreserve für die Automobil- und Zuliefererbetriebe dar.

Nach 1989 beschränkten sich die meisten ausländischen Investitionen zunächst auf Endmontagestraßen zur Umgehung der Importsteuern auf westliche Autos, so übernahm Daewoo z.B. das FSO-Automobilwerk in Warschau. Diese Strategie scheint an ihr Ende gekommen zu sein. Inzwischen folgen andere Firmen dem erfolgreichen Beispiel von Fiat, das seit 1992 in Polen den *Panda* und den *Seicento* für den internationalen Markt fertigt, Opel seit 1998 den *Agila* und den *Astra*. Sowohl das Fiat-Werk als auch das Opel-Werk im oberschlesischen Industrierevier sind brandneu.

Im ebenfalls oberschlesischen Bielsko-Biała produziert ein Joint-Venture von Fiat und GM Motoren für Fiat, Lancia, Opel und Suzuki.

Opel konnte seine 1200 ArbeiterInnen aus über 34 000 Bewerbungen auswählen. Die Arbeitslosigkeit in Polen ist Ende der 90er Jahre von etwa 12 Prozent auf über 20 Prozent gestiegen, und der Durchschnittslohn liegt um die 500 Euro. Dabei ist nach Aussage der Automobilkonzerne die Produktivität und Qualität in ihren polnischen Werken mit denen in Westeuropa vergleichbar. Die Frage ist wohl eher, ob die Werke hunderte Millionen Euro teure Inseln bleiben oder ob es auch in Polen gelingt, ähnlich wie im 30 km von Wien entfernten slowakischen Bratislava Regionen mit einem dichtmaschigen produktiven Gewebe zu entwickeln.

Polens EU-Beitritt im Mai 2004 hat die Investitionsbedingungen nicht grundlegend geändert, sondern den institutionellen Rahmen gefestigt und Entwicklungen festgeschrieben, die früher angefangen hatten. Allmählich verschieben sich die Warenströme zwischen den Ländern. Die positive Handelsbilanz, die Deutschland vor sechs bis sieben Jahren gegenüber Polen hatte, schrumpft ebenso wie die Bedeutung getrennter Märkte.

Landwirtschaft

Knapp 60 Prozent der Fläche Polens werden landwirtschaftlich genutzt. Wie in allen RGW-Ländern wurde nach 1945 im Zuge der Bodenreform der Großgrundbesitz aufgeteilt. Aber in Polen konnte der spätere Zwangszusammenschluss zu Produktionsgenossenschaften nicht gegen den Widerstand der Kleinbauern durchgesetzt werden. Das Kleinbauerntum hielt sich durch die ganze sozialistische Zeit. Auch im Jahr 2004 ist immer noch etwa ein Viertel aller Beschäftigten Polens auf den 2,1 Mio. Höfen tätig. Es sind vor allem Familienbetriebe, die durch eines der niedrigsten Nutzungsniveaus von Chemie im europäischen Raum eine große Vielfalt von Tieren und Pflanzen erlauben. Viele von ihnen wirtschaften für den eigenen Bedarf oder produzieren für den lokalen Markt. Wenn man die Subsistenzwirtschaft mitzählt, lebt etwa die Hälfte aller EinwohnerInnen Polens von der Landwirtschaft. Wegen der in den letzten fünf bis sechs Jahren stark gestiegenen Arbeitslosigkeit steigt die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen aktuell sogar, während die Anzahl derer, die außerhalb ihres Hofes noch Geld verdienen, sinkt. Viele Menschen müssen ausschließlich von den Produkten ihrer kleinen Hofstelle leben.

Neben Betrieben, die im Laufe der Zeit riesige Flächen bis zu 1000 ha erwarben, wächst auch die Zahl der »ökologisch wirtschaftenden« Großbetriebe. Mit durchschnittlich etwa 45 ha übertreffen sie die gängige Größe der polnischen Höfe und werden immer wichtiger für Supermarktketten. Bald könnten bestimmte Bio-Monokulturen die Landschaft regelrecht verwüsten. Die großen Flächen bieten enorme Möglichkeiten für eine Kapitalisierung der Landwirtschaft – nicht nur weil die Hälfte der sechs Mio. deutschen Weihnachtsgänse vor dem Rupfen »Wesołych Świąt« sagten.

Kämpfe

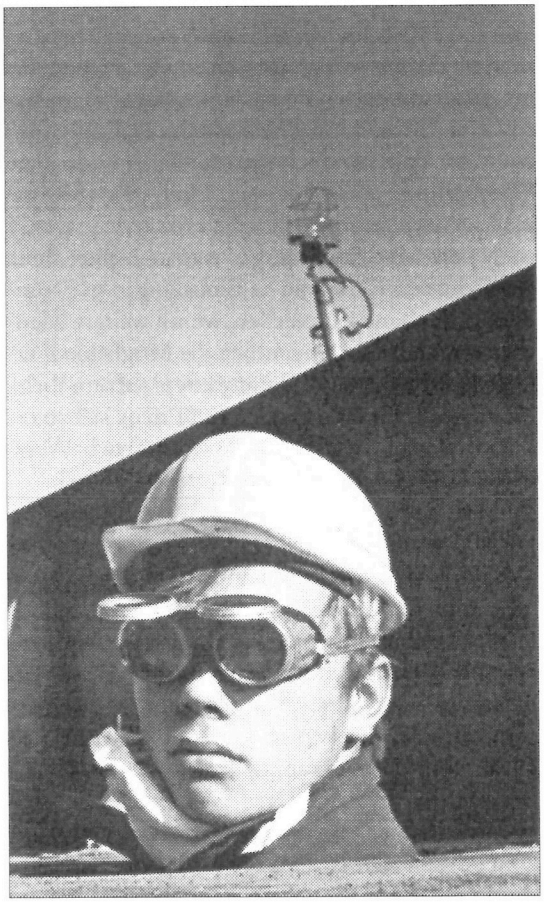
In den übrig gebliebenen Staats- und Großbetrieben gibt es bis heute eine kämpferische Tradition und ein kollektives Gedächtnis an die Kämpfe der letzten Jahrzehnte. Hier sind auch die verschiedenen Gewerkschaftsverbände noch präsent. Landesweite Streikwellen gibt es allerdings nicht mehr. Im Unterschied dazu sind die neuen privatisierten Bereiche bisher praktisch streikfrei. Berichte sprechen von harter Arbeit, langen Arbeitszeiten, unpünktlichen Lohnzahlungen, Mobbing und willkürlichen Rausschmissen. Gerade hier wäre es wichtig zu sehen, ob sich Kämpfe entwickeln und wie sich die (jungen) ArbeiterInnen in diesen Bereichen verhalten.

In einigen Staatsbetrieben konnten Belegschaften, meist gegen die großen Gewerkschaftsverbände, durchsetzen, als Alternative zur Schließung der Betriebe die Produktion in Eigenregie weiter zu führen. Soweit wir von solchen Beispielen aus Städten wie Szczecin, Poznań oder Łòdź gehört haben, scheinen hier die hierarchischen Verhältnisse im Betrieb nicht in ähnlicher Weise aufgehoben zu werden wie z.B. bei Zanón in Argentinien.

Im Jahr 2002 gab es eine Reihe von Protestwellen der ArbeiterInnen vor allem gegen die Schließung von Staatsbetrieben und geplante Reformen im Arbeitsrecht und im Sozialsystem. Wir wissen bisher wenig darüber, inwieweit diese Proteste von unten her organisiert waren. Jedenfalls gelang es den Gewerkschaftsverbänden und Organisationen wie der rechtspopulistischen »Bauernorganisation«/Parlamentspartei *Samoobrona* (Selbstverteidigung), sich an die Spitze zu setzen. Die amtierende, neoliberal ausgerichtete sozialdemokratische Regierung reagierte mit der teilweisen Rücknahme einiger Reformvorhaben und mit massiven Subventionen für die von Schließung bedrohten Großbetriebe, warf also letztlich wie die früheren sozialistischen Regierungen Geld auf die Kämpfe und nahm den Mobilisierungen damit vorerst den Wind aus den Segeln. Dieser Weg dürfte aber durch die mit der EU-Mitgliedschaft verbundenen Defizitgrenzen in Zukunft versperrt sein. ■

Za granica – **Niemcy**

Polnische Schattenwirtschaft in Berlin



Will man etwas über die polnische informelle Ökonomie in Deutschland aussagen, stolpert man schnell über verschiedene Fußangeln. Zahlen gibt es naturgemäß nur wenig, schließlich handelt es sich um illegale oder halblegale Geschäfte, wobei außerdem die Grenzen zwischen informeller und formeller Ökonomie, zwischen Schmuggel und legalen Import-Export-Geschäften etwa, fließend sind. Erschwerend hinzu kommt, dass es auch kaum brauchbare offizielle Zahlen über die Einwanderung aus Polen nach Deutschland gibt, weil die einen als Aussiedler die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und andere gar keine dauerhaften Einwanderer sind, sondern sich offiziell als Touristen im Lande aufhalten.

Die Einwanderung aus Polen nach Deutschland hat bereits eine längere Tradition. Erinnert sei an die »Ruhrpolen«, die sich seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung hauptsächlich im Ruhrgebiet niedergelassen haben. Da sie aus den preußischen Ostprovinzen kamen, besaßen sie die deutsche Staatsbürgerschaft, weshalb man aus nationalstaatlicher Sicht eigentlich gar nicht von Einwanderung sprechen kann. Heute sind deren Nachfahren völlig assimiliert, nur die Nachnamen erinnern noch an ihre polnische Abstammung. Etwa 14 Prozent der deutschen Bevölkerung tragen heute slawische, größtenteils polnische Nachnamen, ohne dass jemand auf die Idee käme, von einem derart hohen Anteil polnischer Bevölkerung in Deutschland zu sprechen.

Die heute auf etwa zwei Millionen geschätzte Zahl dauerhaft in Deutschland lebender polnischsprachiger Zuwanderer kam zum allergrößten Teil erst seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, als die polnische Regierung als Reaktion auf die Streikwelle von 1970/71 Auslandsreisen für Privatpersonen zuließ, und ganz besonders in den 80ern, nach Ausrufung des Kriegsrechts und des sich zuspitzenden Niedergangs der polnischen Wirtschaft. Nur etwa drei Prozent erhielten als politisch Verfolgte Asyl, der Rest wurde entweder als Ostblock-Flüchtling geduldet oder konnte deutsche Vorfahren nachweisen und erhielt als Aussiedler direkt die deutsche Staatsbürgerschaft, ohne seine polnische unbedingt aufgeben zu müssen. Als Aussiedler kamen auch sogenannte »Autochtone«, die jahrhundertelang in den mehrheitlich deutschen Siedlungsgebieten in Schlesien lebten und noch 1919–1921 an den Aufständen für die Befreiung Oberschlesiens von den Deutschen teilgenommen hatten, sich nach dem Zweiten Weltkrieg aber nicht als vollwertige Polen behandelt fühlten.

Der polnische Staat betätigte sich seit den 70er Jahren auch als Sklavenhändler und verlieh seine Arbeiter an verschiedene Länder des Warschauer Pakts, zum Beispiel an die DDR. Diese Vertragsarbeiter verdienten in der Fremde wesentlich mehr als zu Hause. Vor allem aber konnten sie ihren Lohn darüberhinaus noch vervielfachen, indem sie

regelmäßig begehrte und vor allem knappe Waren zwischen Polen und ihren Arbeitsorten hin- und herschleppten. Im Laufe der 80er Jahre entwickelten sich so regelrechte Handelsrouten durch ganz Osteuropa bis in die Türkei, die durch die osteuropäische Mangelwirtschaft sowie Preis- oder Währungsunterschiede den »Europareisenden« immense Gewinnspannen boten.

Besonders extrem waren die Preisunterschiede zwischen West und Ost. Deshalb konnten sich besonders die nach Westdeutschland oder Westberlin Ausgewanderten bereichern, sofern sie im Besitz eines »Konsularpasses« waren und ungestört zwischen Polen und – wegen der Nähe – vor allem Westberlin pendeln konnten. Dazu gehörten insbesondere viele Aussiedler, die sowohl deutsche als auch polnische Staatsbürger waren. Neben ihren Geschäftsreisen konnten sie Einladungen an Freunde und Verwandte ausstellen, womit weitere Menschen wenigstens gelegentlich die Möglichkeit erhielten, ihre kargen Einkünfte etwas aufzumöbeln. Mit diesen Einladungen konnte man selbstverständlich auch handeln. Eine solche nach Westberlin kostete immerhin mindestens 40 Mark.

War in den 80er Jahren das Ausmaß der polnischen Schattenwirtschaft in Westberlin noch vergleichsweise übersichtlich, änderte sich das schlagartig mit der Öffnung der polnischen Grenzen 1989. Westberlin konnte im Gegensatz zu Westdeutschland, aufgrund eines älteren Beschlusses des Alliierten Kontrollrats, von polnischen Staatsbürgern ohne Visum bereist werden und wurde dadurch über Nacht zum »Mekka« für polnische Glücksritter aller Art. Der legendäre illegale »Polenmarkt« auf dem Potsdamer Platz entstand. Dort konnte man alle erdenklichen Schmuggelwaren, besonders aber billige Zigaretten und Schnaps, zu erschwinglichen Preisen erstehen, und in dessen Umfeld breitete sich eine nebenberufliche Prostitution aus.

In der Kantstraße unweit des Bahnhofs Zoologischer Garten schossen die Import-Export-Läden wie die Pilze aus dem Boden. Diejenigen, die bereits in den 80er Jahren nach Westberlin kamen, kauften dort die Waren ihrer polnischen Landsleute auf oder vermittelten Schwarzarbeit und vermieteten Unterkünfte. Das wilde Treiben vor aller Augen fand mit der deutschen Vereinigung und der Durchsetzung des Privatkapitalismus in Polen ein Ende.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verschlechterten sich auch die Möglichkeiten für Polen, sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen. Seit der 1991 eingeführten Regelung über die visumfreie Einreise polnischer Staatsangehöriger in sämtliche Mitgliedsländer der Europäischen Union gewann stattdessen die »Pendelmigration« immer mehr an Bedeutung. Die polnischen Migranten sind seitdem größtenteils keine Einwanderer mehr, sondern »Transmigranten«, Menschen, die nur vorübergehend hierzulande leben, um Geld zu verdienen. Selbst von denjenigen, die in den 80er Jahren kamen, sind viele wieder zurückgezogen oder leben sowohl in Polen als auch in Deutschland. Aussiedler konnten aufgrund ihrer polnischen Staatsbürgerschaft ihr im Schwarzhandel verdientes Geld in Polen in Immobilien anlegen (was Nicht-Polen verwehrt war) und betreiben heute legale Import-Export-Unternehmen, die Handelsbeziehungen in die ganze Welt unterhalten. Der polnische Wirtschaftsaufschwung der 90er Jahre speiste sich zu großen Teilen aus Kapital, das die Europa- und Westberlinreisenden seit den 80ern akkumulierten und mit dessen Hilfe sich viele heute als Unternehmer in Polen etabliert haben.

Seit Beginn der 90er ist der Schmuggel kein Massenphänomen mehr. Einerseits sind seit dem Ende der Planwirtschaft in Polen die Preisunterschiede bei weitem nicht mehr so groß wie einst, so dass es sich für Kleinschmuggler kaum noch lohnt, sich dem Risiko, erwischt zu werden, auszusetzen. Andererseits haben sich aus den informellen Netzwerken inzwischen größere Handelsunternehmen entwickelt, die entweder legalen Geschäften nachgehen oder den Schmuggel im großen Stil betreiben. Das bedeutet aber nicht, dass der Kleinhandel zwischen Polen und Deutschland ausgestorben wäre. Der alte Westberliner Polenmarkt hat sich längst nach Polen selbst, an die deutsche Grenze verlagert und der Handel mit deutschen Gebrauchtwagen in Polen scheint sich auch noch zu lohnen.

Da in Polen die Preise schneller gestiegen sind als die Löhne, rückte die Aufnahme von Arbeit in Westeuropa stärker in den Mittelpunkt. Die legalen Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme sind dabei sehr eingeschränkt, weil Polen zwar ohne Visum in die Europäische Union einreisen dürfen, aber nur als Tourist ohne Arbeitserlaubnis. Sie dürfen zeitlich befristet als Werkvertrags- oder Saisonarbeiter in Deutschland anheuern. So gab es in den letzten Jahren durchschnittlich etwa 20 000 polnische Werkvertragsarbeiter, die hauptsächlich im Baugewerbe schufteten sowie inzwischen über 300 000 Saisonarbeiter, die bis zu drei Monate in der Landwirtschaft ackerten. Darüber hinaus arbeiten nach polnischen Schätzungen 200 000 schwarz in Deutschland. Nach deutschen Schätzungen sind es noch deutlich mehr.

In Berlin hat sich inzwischen eine umfangreiche kommerzielle Infrastruktur für polnische Pendler entwickelt, die fast ausschießlich von polnischen Einwanderern betrieben wird, die einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben. Das sind weiterhin

hauptsächlich diejenigen, die in den 80ern eingewandert sind, aber auch Putzfrauen, die durch ihren Job einen Deutschen heiraten konnten. So gibt es polnische Kneipen, in denen man polnisches Bier kippen kann oder ein polnischsprachiges Anzeigenblättchen namens *Kontakty*, wo sich polnischsprachige Rechtsanwälte finden lassen, jemanden zum Heiraten, Schlafplätze oder Jobs. Selbstverständlich gibt es auch polnischsprachige Gottesdienste, in deren Umfeld informelle Marktplätze entstanden sind wie zum Beispiel in der St. Johannes-Capistran-Gemeinde in Berlin-Tempelhof.

Hauptsächlich werden aber sowohl Jobs als auch Schlafplätze durch persönliche Kontakte weitervermittelt. Was indes nicht bedeutet, dass dies uneigennützig geschieht. Schlafplätze etwa werden pro Bett bezahlt, egal wie viele sich davon in einem Zimmer befinden. Dabei kostet eine Übernachtung für Anfänger etwa fünf Euro pro Nacht. Wer sich schon besser in Berlin auskennt und einen sicheren Aufenthaltsstatus hat, sei es durch Heirat, sei es durch Aufnahme eines Studiums, mietet selbst Wohnungen an und vermietet sie unter.

Ähnlich läuft das auch bei der Vermittlung von Putzjobs. Diese sind einigermaßen begehrt, weil sie vom deutschen Staat praktisch nicht kontrolliert werden können und weil sich über die daraus entstehenden persönlichen Kontakte zu Deutschen weitere Vorteile ergeben können. Putzjobs werden normalerweise von schon länger aktiven Putzfrauen mit guten Deutschkenntnissen gegen eine Vermittlungsgebühr weitergegeben. Diese Gebühr ist abhängig von der Lukrativität des Jobs. Neben der Bezahlung ist es wichtig, bei wem man putzt. Am wenigsten begehrt sind Stellen bei alleinstehenden jungen Frauen, während solche bei alleinstehenden jungen Männern sehr gesucht sind. Die alleinstehenden jungen Männer kann man eventuell heiraten und über die persönlichen Kontakte insgesamt kann man sich weiterempfehlen lassen und von der Chefin unabhängig machen, um dann anschließend selbst eine Putzfirma zu gründen. Um sich nicht zu viele abtrünnige Putzfrauen als Konkurrenz heranzuziehen, sind einige Chefinnen dazu übergegangen, die Putzstellen rotierend zu vergeben. So lassen sich einerseits schwerer persönliche Beziehungen mit den Kunden aufbauen, andererseits können die Putzfrauen auf diese Weise den größten Teil ihrer Zeit in Polen verbringen, ohne sich ständig neue Jobs suchen zu müssen.

Solidarischer als bei den Putzfrauen geht es unter den Autoscheibenwäschern zu, die seit Anfang der 90er Berlins Straßenbild bereichern. Damals kamen arbeitslose Jugentliche aus Warschau auf die Idee, den Jugendlichen aus der *Banlieue* von Paris nachzueifern und mit einem Gummiwischer und einem Eimer Seifenwasser in Berlin ein anderes Leben anzufangen als das in Polen möglich war. Oft sind sie bereits als Freundeskreis nach Berlin gekommen, wohnen gemeinsam in besetzten Häusern oder Wagenburgen und teilen die erzielten Einnahmen gleichmäßig untereinander auf. Obwohl sich im kleineren Kreise oder allein mehr Geld verdienen ließe, arbeiten sie lieber in größeren Gruppen, weil das einfach nicht so dröge ist. Offenbar wertet die Polizei deren Tätigkeit nicht als Arbeit. Jedenfalls schiebt man sie trotz häufiger Personenkontrollen nicht ab.

Ähnliche Strukturen wie in Berlin dürften sich auch in anderen europäischen Städten herausgebildet haben, zum Beispiel in Brüssel. Über die Größenordnungen läßt sich nur mittelbar etwas sagen. Laut dem *taz*-Redakteur Uwe Rada wird in Berlin derzeit jeder fünfte Euro schwarz erwirtschaftet, womit der informelle Sektor der am dynamischsten wachsende wäre. Allerdings scheint hier der alte amerikanische Traum, es vom Tellerwäscher zum Millionär bringen zu können, eine Neuauflage zu finden. Aus informellen Netzwerken entwickeln sich schnell offizielle Unternehmen. Laut einer Umfrage von 1995 sind ein Drittel der polnischen Bevölkerung bereit, das Land zum Geldverdienen zu verlassen. Aber nur drei Prozent würden dies für immer tun. Mit der Niederlassungsfreiheit für Polen, die in ein paar Jahren gelten wird, dürfte trotzdem keine größere Wanderungsbewegung aus Polen zu erwarten sein als jetzt, denn wer möchte, ist längst hier. Es verbessern sich lediglich die Bedingungen des Aufenthalts und damit auch die Art der Jobs, die man annehmen kann.

Søren Jansen

Quellen:

Susanne Butscher

Informelle Überlebensökonomie in Berlin. Annäherung der deutschen Hauptstadt an Wirtschaftsformen der Dritten Welt.

Verlag Das Arabische Buch, Berlin 1996.

Norbert Cyrus

Mobile Migrationsmuster. Zuwanderung aus Polen in die Bendesrepublik Deutschlan.

In: Berliner Debatte INITIAL 11 (2000) 5/6.

Ingeborg Haffert

Agnieszka –auf Achse. Polnische Putzfrauen zwischen Brüssel und der Heimat

WDR, Köln 2003.

Malgorzata Irek

Der Schmugglerzug. Warschau –Berlin –Warschau. Materialien einer Feldforschung.

Verlag Das Arabische Buch, Berlin 1998.

Christoph Palleske

Zuwanderer aus Polen in Deutschland

www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/konf02_02/polen%20in%20Deutschland.pdf

Uwe Rada

Berliner Barbaren. Wie der Osten in den Westen kommt

BasisDruck Verlag, Berlin 2001.

Niedriglohn-Standort Deutschland:

Vergeben Sie Ihre Produktion oder Ihre Logistik oder Ihren Service zu uns: Gewerbepark in Mittweida mit insgesamt 12 000 m² Betriebsfläche. Miete für große Teilflächen kostenlos. Unsere fleißigen deutschen Mitarbeiter/innen arbeiten engagiert für monatlich 800,– € brutto für die 40-Stunden-Woche, 173 Stunden im Monat, ohne Weihnachts- und Urlaubsgeld. Mittweida hat 16 000 Einwohner und eine renommierte Technische Hochschule. Nutzen Sie die konsequenten Möglichkeiten in unserem Gewerbepark. Dann brauchen Sie keine Verlagerung nach Osteuropa. Die Kreisstadt Mittweida liegt nahe Chemnitz, nur 10 km zur Autobahn und nur 1 Stunde nach Bayern.

Kontakt unter **1783188** · F.A.Z. · 60267 Ffm. oder Fax 02 21/48 29 38

FAZ vom 12.11.2004

Wenn ein Lied meine Lippen verlässt

Im Radio, in den TV-Musiksendern, in den Charts –soviel Deutschpop war noch nie. Haufenweise neue, junge, deutsche Bands. Die allgemeine Liedsprache verschiebt sich von Englisch zu Deutsch, die Texte wenden sich dem eigenen, privaten Selbst zu. Eine Allianz aus mittelständischen UnternehmerInnen, KulturfunktionärInnen, KünstlerInnen und PolitikerInnen fordert »aus Sorge um den Nachwuchs«, eine 50-Prozent-Quote von in Deutschland produzierter Musik für die Rundfunkanstalten. Diese soll uns auch vor dem unerträglichen Dudelfunk sowohl öffentlich-rechtlicher wie privater Prägung retten. Unter einigen unangenehmen Zeitgenossen herrscht Aufbruchstimmung. Angesichts der Krise der Musikindustrie wird ein »deutsches Popbewusstsein« (Tim Renner) propagiert.

Aber diese Krise ist selber schon Ausdruck davon, dass sich neue Kanäle und neue Musikstile jenseits und »unterhalb« des Mainstream geöffnet haben, neue Möglichkeiten des Machens, Genießens und Vertreibens von Musik. Die Frage nach »besserer Musik« impliziert die Kritik an einem Verwertungszwang, für den Musik selber zum Problem geworden ist.

The Downward Spiral

Ende 2003 hatten sämtliche im Bereich Popmusik tätigen Großkonzerne angekündigt, sich künftig bei der Vermarktung »nationaler KünstlerInnen« auf einige wenige gut verkaufende Acts zu beschränken. Das ist Teil eines umfassenden Sparprogramms, mit dem sie auf den seit Jahren rückläufigen, zuletzt katastrophal eingebrochenen Tonträgermarkt reagieren: Schließung von Abteilungen, Entlassungen bis hinauf in die Führungsebenen, Fusionen (vgl. BMG/ Sony) – also das volle, auch aus anderen Bereichen kapitalistischer Industrie bekannte Programm. Schon in den Jahren zuvor hatten die Konzernleitungen mit Kostensenkungsprogrammen auf die rückläufigen Verkaufszahlen reagiert – und damit ihre Produkte weiter verschlechtert. »Nachwuchsförderung« in Form von Castingshows, bei denen ein Teil des Produktionsprozesses selber verkauft werden sollte, erwiesen sich als Sackgasse. Immer kürzer wurde die Halbwertszeit solcher Veranstaltungen, die alle möglichen bizarren Gestalten, aber nicht die gewünschten »Superstars« fanden. Die Musik klang immer gleich – ein lebloser Mix aus miesem Rap und schlechtem R'n'B-Geschmachte, Musical-Pathos und lieblos aus der internationalen Szene zusammengeklauten Hintergrundtracks. Genauso klischeehaft und unglaubwürdig wie das Glitzerimage der für diese Shows rekrutierten Teenager.

Mit ihren Kostensenkungsprogrammen verschärften die Multis ihre Absatzkrise. Die Korrekturen auf der Wertseite verminderten den Gebrauchswert des Produkts noch weiter. Popmusik wirkt nicht nur über schmissige Rhythmen und eingängige Melodien, Kundenbindung wird auch durch Identifikation mit dem Produkt und die Vermittlung von Alltagsideologie hergestellt. Pop funktioniert emotional, er hat einen »Gefühlsvereinigungseffekt«. Mit für den Klingeltonmarkt produzierten Popsongs lässt sich kurzfristig viel Kohle machen, und sie kommen vielleicht sogar in die Chartlist (»call on me«), aber sie führen nicht zu langfristigem Erfolg, der allein »Investitionen in den Künstler« rentabel machen kann.

Die Leerstelle, die der Verzicht der Multis auf den Geschäftsbereich »Nationaler Nachwuchs« aufmachte, wurde umgehend durch einen in den letzten zwei Jahrzehnten entstandenen alternativ-mittelständischen Sektor der Musikindustrie wieder gefüllt.

Steigt Gefahr aus der Dunkelheit...

»Wer (kann) künftig bei nationalen Künstlern eine Rolle ... spielen? – Das werden eher die Indies sein, weil die das wollen und dürfen und vielleicht sogar auch müssen – weil ihnen nichts anderes übrig bleibt«. (Fitz Braum, Geschäftsführer / Teilhaber von *Four Music*, dem Label der *Fantastischen Vier)*

Und Wenn Ein Lied
Söhne Mannheims

Und Wenn ein Lied meine Lippen verlässt,
dann nur damit du Liebe empfängst.
Durch die Nacht
unter´s dichteste Geäst,
damit du keine Ängste mehr kennst.

Sag ein kleines Stückchen Wahrheit,
sieh wie die Wüste lebt.
Schaff ein kleines Bisschen Klarheit
und schau wie sich der Schleier hebt.
Eine Wüste aus Beton und Asphalt,
doch sie lebt und öffnet einen Spalt,
der dir neues zeigt,
zeigt dass Altes weicht,
auch wenn dein Schmerz bis an den Himmel reicht.

Dieses Lied ist nur für dich.
Schön wenn es dir gefällt!
Denn es kam so über mich,
wie die Nachtigall die weint.

Die Independent Labels sind zum größten Teil in den 80er Jahren entstanden, um Musik zu veröffentlichen, die auf dem »richtigen« Markt keine Chance hatte. Einige traten ausdrücklich mit dem Anspruch an, Zensur von Texten wie Musik zu unterlaufen. Seitdem hat sich einiges geändert. Die Krise hat auch bei den »Alternativen« ihre Spuren hinterlassen, so z.B. die Pleite des Vertriebs EfA. Aber Labels wie *Kitty-yo*, *K7* und *L'âge d'or* sind zu etablierten, erfolgreichen Unternehmen geworden. Von ihrem Ursprung her nahe an den Szenen, in denen Innovations- und Experimentierfreude selbst schon Produktionsmittel sind, genießen sie einen besseren Ruf als die Unterhaltungsmultis, besonders was Betreuung der MusikerInnen und Engagement betrifft. Man bedient sich weiterhin der Arbeitsweisen, die im *underground* entwickelt wurden. Mensch kennt sich, kann (ex-) subkulturelle Netzwerke zwischen MusikerInnen, LabelbetreiberInnen, Vertrieben, Presse-, Fernseh- und RundfunkjournalistInnen nutzen. Man legt Wert darauf, »als integeres Bindeglied zwischen Musikschaffenden und der Industrie aufzutreten« (Selbstdarstellung von *Four Music* auf ihrer website).

Die Dienste, die *Four Music* in der Vergangenheit für die Mainstreamisierung deutschsprachigen Souls, Reggaes und HipHops geleistet hat, haben sich ausgezahlt. Es ist momentan das erfolgreichste Plattenlabel in der BRD, gegen den Branchentrend haben sie »seit 2002 den Umsatz ungefähr verdoppelt« (Fitz Braum). Sie sind Teil eines ganz anderes Trends: »Konzernunabhängige kleine und mittlere Musikfirmen, also Independents in Deutschland und die Kernzielgruppe der German-Sounds-Services konnten ihren Marktanteil in den letzten Jahren auf 25 Prozent ausbauen ... Der Anteil nationaler Produktionen lag bei den Independent-Labels im Schnitt bei 78 Prozent...« (germansounds.de; s.u.). Der Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft verlautbarte in seinem Jahreswirtschaftsbericht, »deutsche Musik [war im Jahr 2003] in den Charts so stark wie nie zuvor«. Fast ein Drittel der in den Hitparaden vertretenen Alben und mehr als die Hälfte der Singles stammten »aus dem nationalen Repertoire«.

... wär ich zum letzten Schlag bereit.

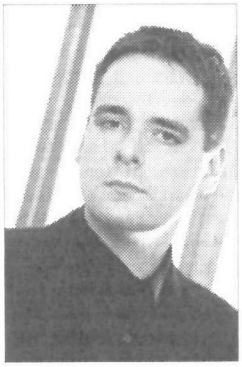
Der Wandel in der Produktions- und Vertriebsstruktur geht einher mit einer Veränderung von Musik und Texten: Der Hedonismus der 90er Jahre ist gemeinsam mit dem Neuen Markt zerschellt. An seine Stelle tritt ein Befindlichkeitsdelirium, das neben einer sich permanent ausweitenden Egozentrik auch Raum für christlich bis esoterische wie für nationalistisch-reaktionäre Inhalte bietet. Jüngstes Beispiel dafür ist das Stück »Wir sind Wir« der Kollaboration Peter Heppner / Paul von Dyk. Letzterer war bisher eher durch bombastischen TechnoPop-Kitsch und sein Programm für CD-Kopierschutz aufgefallen. Heppner, hauptberuflich Sänger des Elektro-Gruftpop-Duos *Wolfsheim*, hatte schon 1998 für Joachim Witt dessen Stück *Die Flut* eingesungen. In Verbindung mit dem dazugehörigen Video wurden dort Pathos und Selbstmitleid mit sozialdarwinistischem Durchsetzungswillen des einzelnen gegen die »Masse« verquickt.

In einem Interview erklärt das Duo, die Idee zu dem Lied sei ihnen durch den Film *Das Wunder von Bern* gekommen, und gibt Interpretationshilfe: »Was immer auch passiert, wir lassen uns nicht unterkriegen, denn ‚wir sind wir' [...] Wie im Jahre 1954, so haben auch viele Deutsche in Ost und West Teile ihres Selbstwertgefühls verloren, sind orientierungslos und haben Angst vor dem, was die Zukunft bringt.« (Bliebe zu fragen, ob hier nicht zwei Zahlen verdreht wurden: 54 war man doch schon wieder wer!?)

Wir sind wir lässt jeweils ein Erzähler-Ich West und ein Erzähler-Ich Ost die deutsche Volksseele beschwören, die sich auch durch Weltkrieg und Staatssozialismus nicht kleinkriegen läßt. Die NS-Vernichtungspolitik wird nicht erwähnt, aber der Krieg hat großes Unglück über »Wir« gebracht. Der DDR wird hinsichtlich der Schaffung von Volksgemeinschaft noch etwas Gutes abgewonnen: »Vierzig Jahre zogen wir an einem Strang / aus Asche haben wir Gold gemacht.«

In diesem Stück kommen der nationalistische Diskurs, der »aus dem Schatten der Geschichte treten« will, um zur »modernen und selbstbewussten Nation« zu werden und Mainstreampop zusammen. Darin hat es Vor- und Mitläufer. Zum Beispiel MIA., die – ganz Walser-Enkel – Deutschland total cool finden und nicht ständig mit den alten Geschichten belästigt werden wollen. Oder Rammstein, dumpf-schlaue Marketingstrategen in eigener Sache, ultra-mackeriges Auftreten, tumber Tech-Metal, gepresster Gesang mit viel rollendem Rrrrr. Eine Entwicklung, die auch Nazis freut: »Deutsch-Sein [ist in der Popkultur] vom Nachteil zum Mehrwert geworden« so die NPD-Zeitung *Deutsche Stimme*. Darauf deute neben dem Erfolg der »Musikgruppe Rammstein, die schon vor einigen Jahren für das Video zu ihrem Titel *Stripped* Bilder aus Leni Riefenstahls Olympia-Film verwendete, auch der Erfolg des Kinofilms *Das Wunder von Bern* hin. (http://www.deutsche-stimme.com/Ausgaben2004/Sites/01-04-Mode.html)

»Deutschpop« ist keine musikalische Kategorie, sondern eine (erfolgreiche?) Marktstrategie – und eine gewollte politische Provo. Sein Patriotismus ist nicht jener der NPD, sondern der von Rot-Grün. Ein Patriotismus, der ein »wir« konstruiert,



Peter »Wir sind wir.« Heppner – will den Landsleuten Zuversicht geben.

Steigt Gefahr aus
der Dunkelheit,
wär ich zum letzten
Schlag bereit.
Ich bin der erste
der dich befreit
und einer der letzten
der um dich weint.

In unserer Sanduhr
fällt das letzte Korn,
ich hab gewonnen
und hab ebenso verlor´n.
Jedoch misse ich dich nicht.
Alles bleibt unter
gedanklichem Besitz
und eine bleibende
Erinnerung.
Zwischen Tag und Nacht
legt sich die Dämmerung.

Und Wenn ein Lied meine
Lippen verlässt,
dann nur damit du Liebe
empfängst.
Durch die Nacht
unter´s dichteste Geäst,
damit du keine Ängste
mehr kennst,
damit du keine Ängste
mehr kennst,
damit du keine Ängste
mehr kennst.

Die Welt, die *Virginia jetzt!* versteht

Wegen der Zeilen: »Das ist mein Land, das sind meine Menschen. Das ist die Welt, die ich verstehe.« wird der Band *Virginia Jetzt!* vom Intro »Nationalmief« vorgeworfen.
Diese reagiert prompt: Sie seien sich »der Schwierigkeiten« bewusst, »die sich in der eigenen Sprache« bei »der Wort- und Sinnwahl« »aus der Geschichte Deutschlands« ergäben. Die Passage sei aber nicht inkriminierbar, denn es sei die »wortgenaue« Übersetzung einer Zeile des Randy Newman-Songs My Country. Die sie verwendeten, weil sie genau darüber sprechen wollen, »was Newman in seinem Stück meint: Familie, Heimat, Freunde.« Überhaupt seien sie selber »unpolitisch«.
Virginia Jetzt! sind fürchterliche, selbstzufriedene MiddleClass-Blagen, die ironiefreie Lieder wie *Wir sind von guten Eltern* machen, es für ein Qualitätsmerkmal von Zweierbeziehungen halten, zusammen mit der Liebsten über »die ganzen Idioten« herzuziehen.

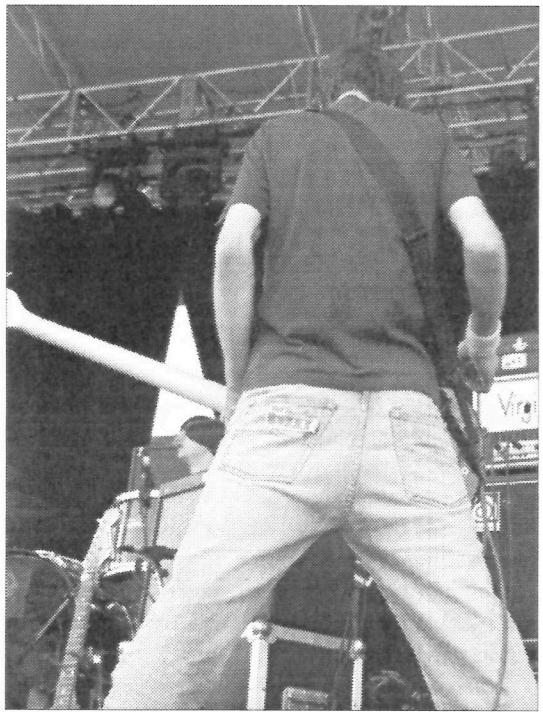
Aber wie sie Randy Newman »eindeutschen«, hat nichts damit zu tun, dass sie kein Englisch verstehen. Eine uninteressante Band versucht, durch Provos, sich bekannt zu machen. Auf ihrem neuen Album versuchen sie es mit einem Hidden-Track und der Zeile »was haben Rammstein jetzt schon wieder zerstört«.

Im Newman-Song *My country* gibt es an keiner Stelle einen positiven Bezug auf »Familie, Heimat, Freunde.« Hier stammelt ein Mensch, der die Realität nur noch über TV wahrnimmt. Die Welt und die Menschen, die er »versteht«, existieren lediglich in der Glotze.

Es folgt eine Hausaufgabe für heimatverbundene Deutschpopper:

Feelings might go unexpressed
I think that's probably for the best
Dig too deep, who knows what you will find

Übersetzt diese Stelle aus *My country* unter Verwendung der Methode VJ!.



das gemeinsam die Suppe auslöffeln soll, ein »wir« des Gürtel-Engerschnallens, das notfalls auch mal im Ausland investierende Kapitalisten als vaterlandslose Gesellen beschimpfen darf.

Letztlich ein »wir«, mit dem die realen Angriffe auf die Lebensbedingungen wie Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung, Hartz IV etc. unsichtbar gemacht werden sollen.

Sag ein kleines Stückchen Wahrheit

Das Propagieren von Nationalismus im deutschen Mainstream-Pop geht einher mit einem Trend zur Regression, sowohl musikalisch als auch in den Texten.

Neben mittlerweile etablierten Stilen wie Deutschhop, Deutschsoul und Deutschreggae drängten 2004 zwei »neue« Stilrichtungen auf den Markt: Unter dem Label »Elektropop« wird deutscher Schlager auf dem neuesten Stand der Waffentechnik produziert. Wer auf Kindfrauengetue, infantile Erotik und schlichte Text-/ Liedstrukturen, aufgemotzt durch eingängige, zeitgemäße Beats und Sounds, steht, ist mit diesem Genre und seinen VertreterInnen wie *2raumwohnung*, *Klee und Paula* gut bedient. Ebenfalls sehr gut lief im Jahr 2004 deutscher Schlager im Rockgewand, häufig zubereitet von frisch gesignten Bands. Am erfolgreichsten rocken Herz-Schmerz-Lieder die Charts. Ebenfalls gut gehen: Appelle an »Gelassenheit, an Vertrauen ... denkst du denn da genauso – in etwa so wie ich ... wie geht's dir eigentlich?« (*Sportfreunde Stiller*) und Fluchtphantasien, die jede Billigairline verwirklichen kann: »Der Flieger steht bereit... frag nicht wohin es geht – es muss nur weit sein.« (*Toni Kater*)

Ein wenig Kritik an der momentanen Verfasstheit von Welt und Gesellschaft gehört allerdings dazu: Vorgemacht hat das die Berliner Band *Wir sind Helden* bereits mit ihrem ersten Hit »Guten Tag!« – musikalisch ein Aufguss kommerzieller NDW, textlich in der Tradition des vitalistischen Rechts-Situationismus à la Vaneighem stehend (»Meine Fäuste gegen Eure Nagelpflegelotion/ meine Zähne gegen die von Dr. Best und sei'm Sohn... guten Tag, guten Tag, ich will mein Leben zurück!« usw.). Top-verlogen ist, wie die Band im dazugehörigen Video die angebliche Entdeckung der Kellerband *Wir sind Helden* durch die Plattenindustrie nachstellt.

Militant bieder gibt sich die junge Bautzener Band *Silbermond*. (»Wir nehmen keine Drogen und gehen gerne früh ins Bett.«). Nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung unpolitisch (Sängerin: »Ich interessiere mich nicht fürs Tagesgeschehen«, Gitarrist: »Uns in Deutschland geht's schließlich gar nicht so schlecht!«) haben sie mit »Machs dir selbst!« das Motto für die unter anderem durch Hartz IV eröffneten gesellschaftlichen Perspektiven geliefert. »Machs dir selbst, besser geht's nicht, Es kommt nichts von ungefähr.«

Es stimmt schon, von ungefähr kommen weder die Popstar-Karriere noch der Ein-Euro-Job – ebensowenig wie die Bereitschaft zu Leistung und Unterordnung. Wer solche Texte und solche Musik macht, will im Grunde nur eins: Sich lebenslang auf hohem Konsumniveau langweilen. Traditionell ein Hauptmotiv der Mittelklasse – formuliert allerdings in einer Zeit, in der immer mehr Menschen Grund zu der Befürchtung haben, in Zukunft nicht mehr zur »Mittelklasse« zu gehören – stärkt das den Wunsch, sich wenigstens zugehörig zu *fühlen?*

Aus einem Artikel über *Silbermond*: »Vielleicht sind die vier ja typisch für junge Menschen, die gerade ins Berufsleben einsteigen.« Mag sein, aber den Dachdecker-Azubis, Kassiererinnen, Arbeitslosen und Ein-Euro-JobberInnen, die sie hören, steht sicherlich ein anderes Berufsleben als das des Popstars bevor.

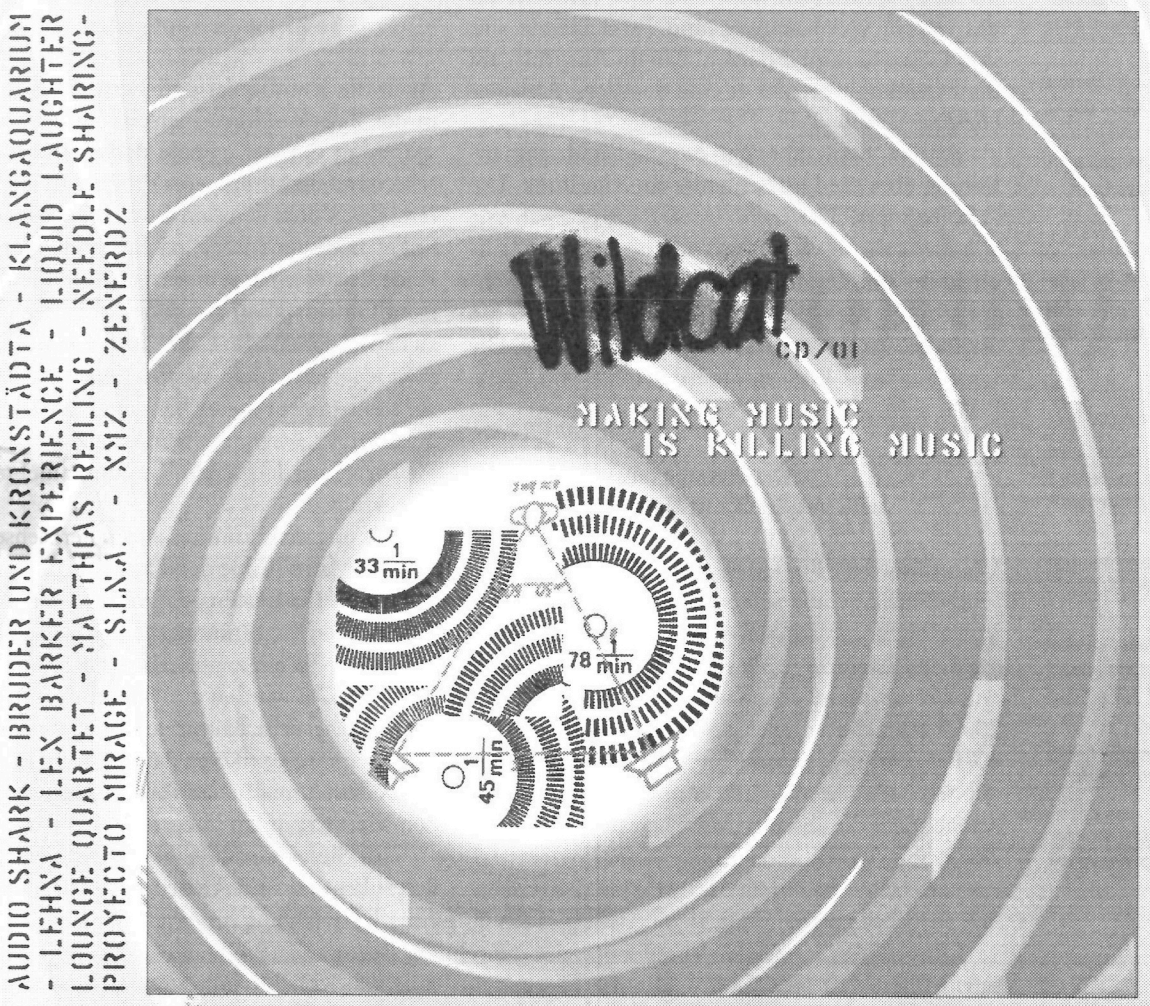
Sing mir die Regierungserklärung

Die Bundesregierung hat endlich die Musik, die Texte und die zuversichtlich-leistungsbereiten jungen Leute, die sie braucht. Mit den Worten von MIA.-Sängerin »Mieze«, gehört auf WDR 5: »Ich seh diese Verbindung zwischen neuer deutscher Welle und uns so nicht. Damals ging es um diese ‚No Future'-Haltung, aber wir freuen uns auf die Zukunft. Zukunft, juuhu, her damit! Wir wollen

EINFACH MAL ZUHÖREN

Making music is killing music haben wir als provokative Zuspitzung der verlogenen *copying music is killing music*-Kampagne der Musikindustrie als Motto über unsere erste Musik-CD gestellt.
Klar! Underground! Was sonst? Was tut sich bei den MusikerInnen? Welche Art von Musik wird gespielt und gehört? Inwieweit spielen neue technologische Entwicklungen eine Rolle? Neue Musik, neue Kunst, subversive Aktivitäten waren oft Vorläufer von breiten sozialen Bewegungen. Malcolm McLaren forderte die Punk-Nostalgiker auf dem Kongress in Kassel auf, sich mal die aktuelle chinesische Musikszene anzugucken... Auch in den USA und in Europa ist die Krise der Musikindustrie nicht nur Ausdruck neuer Entwicklungen, sondern schafft auch Raum für was Neues.

Auf der CD findet Ihr sowohl Sachen, die wir nach unserem Aufruf in der Wildcat 69 gekriegt haben, als auch Stücke von Musikern, die wir direkt angesprochen haben. Die Auswahl ist subjektiv und doch diskutiert. Aber wie diskutiert man Musik? Wie wählt man Stücke aus? Die Zusammenstellung ist recht elektro-



lastig geworden, dabei haben die meisten von uns gar keinen speziell ausgeprägten Hang zu elektronischer Musik, wir sehen uns eher auf der Suche nach neuer Musik, die nicht unbedingt in alte Schubladen passt. Wir hoffen, dass alle Menschen, die aufmerksam zuhören (können), ein paar Stücke mit Genuss anhören werden. Wir haben uns aber ausdrücklich dagegen entschieden, die Musik zu kommentieren. Das gerät zu schnell ins Fahrwasser (feuilletonistischen) Bescheid- und Besser-Wissens.

Wir wollten von den Bands natürlich kein Geld dafür, dass ihre Stücke auf die CD dürfen, wie es bei CDs in Musikmagazinen inzwischen üblich ist. Wir haben die CD deshalb selbst finanziert, sie ließe sich aus den drei Euro für die Wildcat nicht bezahlen.
Unter *www.wildcat-www.de/mucke/audio-cd-01.htm* findet ihr Links zu den Webseiten der Bands und mehr Informationen.

Wir möchten allen Leuten danken, die uns bei der Herstellung unterstützt haben – es waren viele!

Falls keine CD mehr in der Hülle ist: da wir für jede einzelne CD Gebühren an die GEMA bezahlen müssen, haben wir nur einem Teil der Auflage eine CD beigelegt.
Falls Du die Wildcat abonniert hast und keine CD drin war, hat sie unterwegs jemand geklaut. In diesem Fall schick uns bitte ne Mail!

Bayern 3
Biermösl Blosn

Da Radiowecker weckt mi auf i bi saumid aber glei guat drauf

A Taß Kaffee und ins Auto nei und ab mit hundert Watt Hi – Fi

Und wia i nei in Schlachthof kimm, hom alle scho den Rhythmus drin

alle Metzger alle Säu, san gut drauf mit Bayern Drei

Mir schlachten in da Wurstfabrik bloß no mit Bayern-3-Musik

Do laaft des Blut und wird net dick, weil ols geht besser mit Musik

De Carmen hint im Darmabteil findt Dirty Dancing echt todesgeil.

Alle Metzger alle Säu sand gut drauf mit Bayern 3!

Am Mittag in da Kantinen drin do lauft de Bayern Pop-Maschin.

Menü 1, 2, 3, es schmeckt famos dazu a dufte Instandsoß,

i renn aufs Klo, kaum dass i sitz, do hör i aa scho Hits und Fritz.

Des macht an Dickdarm richtig frei, am besten geht's mit Bayern 3!

Der Rhythmus der hackt ols zu Brei, so bleibt da Kopf gedankenfrei.

Im Fleischwolf drin do draht sich's Hirn, de Ohrn, de Flachsn, Darm und Niern.

Allershausen vorsicht langsam fahrn 5Tote auf der Autobahn,

und wieder duat a Sau an schrei, komm gut heim mit Bayern 3!

mitgestalten!« War SPD und Grünen in den letzten Jahren die »Neue Mitte« abhanden gekommen, nutzen sie nun ihre Chance. Der aufstrebende kulturindustrielle Mittelstand wird von der Bundesregierung – die doch sonst alle »Subventionen« abbaut – massiv unterstützt.

Das Ende 2003 unter Schirmherrschaft von Staatsministerin Christine Weiss in Berlin gegründete »Germansounds« ist ein Joint Venture zwischen dem Deutschen Musikrat und der mittelständischen deutschen Musikindustrie, unterstützt durch die Verwertungsgesellschaften GEMA und GVL sowie die Bundesregierung.

Bei seinem *Popkomm*-Besuch am 14. September 2004 sprach sich Bundeskanzler Schröder für das »Recht von Kreativen und Produzenten aus, ihre Leistungen zu schützen. Einem Anspruch auf die Privatkopie erteilte er eine deutliche Absage.« (*Berliner Zeitung*)

Am 29. September gab es eine Bundestagsanhörung über die Deutschquote im Rundfunk. Die Arbeitsgruppe *Musiker in eigener Sache* übergab eine von mehr als 600 Künstlern unterzeichnete Petition, in der eine Quote zugunsten der Musik deutschsprachiger Künstler gefordert wird, um deren »skandalöse Unterrepräsentation« zu beenden. Die Unterzeichner fordern »mehr Musik von hier«. [»Wir sind wir, wir sind von hier!«]

Alle Metzger alle Säu sand gut drauf mit Bayern 3!

Warum wird die Forderung nach einer Quote deutscher Musik gerade zu einem Zeitpunkt erhoben, in der nicht nur deutsch produzierte, sondern sogar deutschsprachige Musik die Charts dominiert? Auf *Germansounds.de* kann man z.B. lesen: »Im Jahr 2002 hatten die nationalen Musikproduktionen die 40-Prozenthürde beim Anteil an den deutschen Albumcharts überspringen können, in 2003 konnten sie sogar die absolute Mehrheit in den Albumcharts mit 54,7Prozent (2002: 42,72 Prozent) erreichen.« Diese Mehrheit dürfte im Jahr 2004 deutlich ausgebaut worden sein.

Quotenkrieger wie der Vorsitzende der deutschen Phonoverbände Gerd Gebhardt begründen ihre Forderung damit, dass sie »Talente fördern« und das Radioprogramm verbessern wollen. Denn »Musik ist nicht mehr Ziel des Programms, sondern dient oft nur noch dem Zweck, das Abschalten zwischen den Werbeblöcken zu verhindern.« (Gebhardt). Wer Musik hört, die ihm nicht gefällt, schaltet ab. MTV und VIVA senden zur *Prime Time* lieber Comics und Shows als Musikvideos: »Musikfernsehen ohne Musik funktioniert einfach besser.« (Elke Buhr in *FR Plus, Kultur*, 25. November 2004; der lesenswerte Artikel ist online: *http://www.rettedeinradio.de/inhalt/presse/kampagne/copy_of_fr-13-05*). Die Forderung nach der Quote versucht auf dem Frust vieler Leute am Dudelradio zu surfen. Aber gutes oder schlechtes Programm hat nichts damit zu tun, ob die Musik in Deutschland oder im Ausland produziert wird – schließlich wird keine »Qualitätsquote« gefordert. Bundestagspräsidentin Antje Vollmer benennt den materiellen Kern der Quote, indem sie »Arbeitsplätze für deutsche Künstler und Musikredakteure« in Aussicht stellt. Die Quote ist Standort-Nationalismus pur – der Staat soll die deutsche Musikproduktion und ihren Vertrieb absichern.

Der Rhythmus der hackt ols zu Brei, so bleibt da Kopf gedankenfrei

Auch die Rundfunk- und Fernsehsender stecken in der Zwickmühle, einerseits immer weiter einsparen zu müssen, gerade dadurch aber ein fortschreitend unattraktiveres Programm zu produzieren. Das Vorstellen und Besprechen neuer Musik findet höchstens noch nachts statt. Ganz anders Ende der 60er Jahre, damals hatten die deutschen Rundfunkanstalten auf den Erfolg der (kommerziellen) Piratenradios, aber auch von *Radio Luxemburg* reagiert, indem sie Programme einrichteten, die das Konzept dieser Sender kopierten: Auf den diversen XY3-Sendern wurde neue Musik gespielt, die vorher im deutschen Rundfunk nicht zu hören gewesen war.

Die privaten Rundfunk- und Fernsehsender haben seit Mitte/ Ende der 80er Jahre die Landschaft verändert. (Spätestens da gingen auch die »XY3-Sender« den Bach runter, wozu das Lied von *Biermäl Blosn* ja ein wunderbarer Kommentar ist!) MTV & Co. wurden zur ästhetischen Chiffre für die audio-visuelle Kultur der 90er Jahre. Eine Kultur, die im wesentlichen darauf fußte, in subkulturellen Zusammenhängen entstandene neue Stile in den Mainstream zu integrieren.

Auf dieser Grundlage konnte auch die »Poplinke« Einfluss und Anstellung erobern. Endpunkt einer Entwicklung innerhalb der Linken, in der jeder Bezug aufs Proletariat mitsamt jeder Vorstellung von Kollektivität denunziert worden ist. Der theoretische Überbau der Poplinken erwies sich allerdings als ähnlich aufgeblasen und spekulativ wie die Ökonomie des Neuen Markts. Seit dessen Crash hat sich denn auch Katerstimmung eingestellt, die Realität hat den Diskurs überholt (siehe die Theweleit-Besprechung in der *Wildcat* 66).

Was wehrt sich die Poplinke gegen den Deutschpop? Eine wiedergekäute »Deutschland, halts Maul!«-Kampagne bliebe wirkungslos, und ästhetisch kann sie ihn nicht kritisieren: er ist ihre schlechte Utopie. Viele der neuen Bands hören sich

an wie der fünfte Aufguss Hamburger Schule-Bands. Und machen Musik, die mensch prima »beim Bügeln hören« kann, die keine »bösen« oder »gefährlichen« Gefühle mehr auslöst. Vor dem Schlafengehen hören wir noch ein Stündchen Musik, und am nächsten Morgen geht's erfrischt und – obwohl die Zeiten schwierig sind – zuversichtlich ans Werk. Zieh die Mütze an – es ist kalt draußen. Sprich nicht mit Fremden. Halten Sie sich an die Anweisungen der Sicherheitskräfte!

... damit du keine Ängste mehr kennst

Die Angst ist manchmal brüllend laut, aber trotzdem hört niemand hin. Sie wird geschaffen durch die permanente Bedrohung. Halt schön still – sonst verlagern wir deinen Arbeitsplatz, und du wirst mit ALG2 vegetieren. Drill deine Blagen – ohne vernünftigen Schulabschluß wird aus denen nix werden. Komm nicht auf dumme Gedanken – in deiner Nachbarstadt bauen wir gerade einen neuen, teilprivatisierten Knast. Stell das, was wir dir als Demokratie anbieten, besser nicht in Frage – um die Ecke stehen schon die Nazis. Mampf brav die Pillen, die dir der Doc gegen deine unkontrollierten Erregungs- bzw. Ermüdungszustände verschreibt – oder willst du in die geschlossene?

Denk dran: Es könnte viel schlimmer kommen... »Uns in Deutschland geht's schließlich gar nicht so schlecht!« Das regressive Gesäusel des Deutschpop 2004 wirkt wie ein Tranquilizer gegen die Folgeerscheinungen dieser Drohungen. »Heimat, Familie, Freunde, ... die Welt, die ich verstehe« (so die Gitarrenpopband *Virginia Jetzt!*). Sedative Beats oder zu Midtempo-Rock geschrummelte Folk-Harmonien, garniert mit zahmen Retro- bzw. Psychedelic-Elementen. Angesichts der massiven Angstkampagne, mit der die Herrschenden aktuell ihre »Reformvorhaben« umsetzen, sind solche Fluchten in (regressive) Traumwelten und die Sehnsucht nach einfachen, überschaubaren Strukturen zumindest verständlich. Zumal, wenn der Alltag der gequälten Individuen selbst zu deren teils halluzinierter, teils realer Gefährdung wird.

Solche Einigelungen korrespondieren vortrefflich mit der politischen Mobilisierung der Angst, stellen deren private Umsetzung dar. Nicht die realen, gesellschaftlichen Zumutungen werden thematisiert, sondern die Bedrohung durch das »Fremde«, gegen das die »eigene« Kultur, Identität, Nation usw. dich stärkt und verteidigt. (»Wertedebatte«, Sorge um die Überfremdung der deutschen Sprache, usw.)

»Konsumkritik + Sex = €« – *Wir sind Helden!* wollen ihr Leben zurück – ausgerechnet von Harald Schmidt!

Heitere Aussichten?

Deutsch-Pop ist genauso schädlich und schmackhaft wie industriell hergestellte Nahrung. Der Wunsch, die ganze Scheiße hinter sich zu lassen, hat jahrzehntelang die Autoverkäufe angetrieben, das Sich-Sehnen nach einem Ort, an dem mensch sich vor den stetig wachsenden Zumutungen in Sicherheit bringen kann, die Touristenghettos an der Mittelmeerküste gefüllt. Unbewusst werden die richtigen Fragen gestellt – und bei vollem Bewusstsein die falschen Antworten gegeben. Deutschpop ist Ausdruck dieser Banalisierung jeglicher Utopie. Kritik an den Verhältnissen wird immer so formuliert, dass die Antwort im privaten Glück liegt. (Welches dem Druck übrigens selbst in der Kuschelwelt deutschen Pops in keiner Weise gewachsen scheint – immerhin wird in zwei der erfolgreichsten Titel der Saison – *Symphonie* von *Silbermond* und *Geile Zeit* von *Juli* – das Scheitern des Pärchenglücks beweint.)

Fraglos: Diese Musik ist so unerträglich, wie die Verhältnisse, zu deren Erhalt sie beiträgt.

Aber (noch) ist niemand gezwungen, sie sich anzuhören. Jenseits des Mainstream existiert so viel Besseres, dass man nur Ohren und Augen offen halten muss. Bessere Musik und bessere Texte werden uns weder Pop-Diskurs noch Deutschquote bescheren, egal ob mit oder ohne staatliche Unterstützung. Selber aktiv werden, in jeder Beziehung! Etwas Besseres als diesen Pop finden wir allemal. ■

»... neben der globalen ‚Hauptgefahr' des ‚islamistischen Terrorismus' dienen die afrikanischen Verhältnisse als zentrale Referenz des Diskurses der ‚neuen Kriege'«

Weltordnungskriege und Gewaltökonomien

Alnasseri / Azzelini / Jung / Kanzleiter / Seibert:

Weltordnungskriege und Gewaltökonomien. Analysen & Reportagen zur Verwüstung des Sozialen.

isw-Report Nr. 58, München 2004; 25 Seiten A4, 2.50 Euro. http://www.isw-muenchen.de

Kurz vor Weihnachten 2004 gingen Meldungen durch die Presse, wonach im Osten der Demokratischen Republik Kongo eine neue humanitäre Katastrophe drohe. In wenigen Tagen seien Zehntausende Menschen vor Kämpfen zwischen der Armee und meuternden Soldaten geflohen. Ganze Dörfer an der Grenze zu Ruanda seien bereits entvölkert, mehr als hunderttausend Menschen auf der Flucht. Wegen der heftigen Kämpfe hatten sich die Hilfsorganisationen aus der Region zurückgezogen.

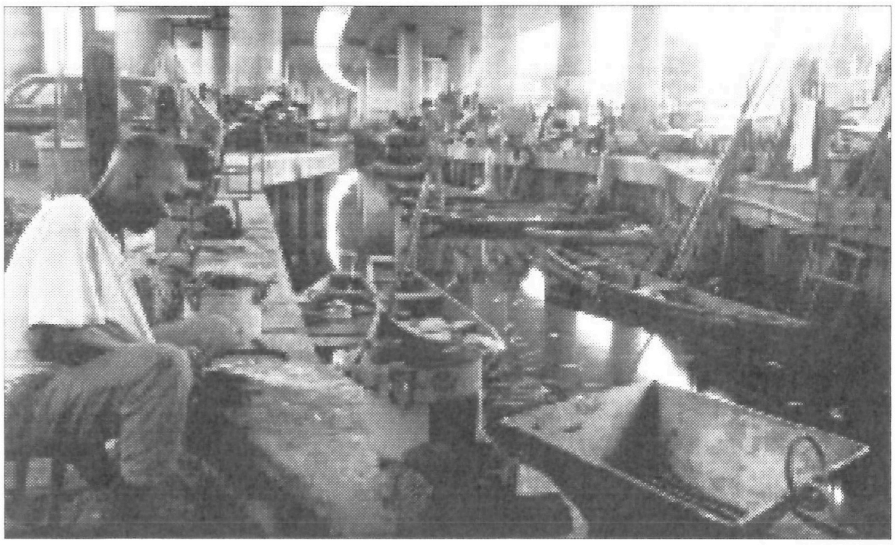
Die meisten der aufständischen Soldaten gehören ehemaligen Rebellengruppen an, die im Zuge früherer Friedensabkommen in die kongolesische Armee integriert worden waren. Kongos Präsident Joseph Kabila entsandte Tausende Soldaten zur Verstärkung in den Norden. Die in der Regel schlecht ausgerüsteten regulären Truppen seien selbst zu einer Bedrohung für die Zivilbevölkerung geworden: Häufig sei nicht zu unterscheiden, wer hinter den Plünderungen, Diebstählen und Vergewaltigungen in der Region stehe.

Bereits im Juni 2004 erschien der Report Nr. 58 des isw München ***Weltordnungskriege und Gewaltökonomien***, . Die Broschüre ist entstanden aus dem Zusammentreffen von Leuten des *isw* mit Leuten von *medico international* im Rahmen der Proteste gegen die Münchner NATO-Konferenzen 2002 und 2003 und trägt den Untertitel: »Analysen & Reportagen zur Verwüstung des Sozialen«. Da man im ganzen Heft nichts über »das Soziale« erfährt, könnte man sagen: Thema verfehlt! Der im Editorial formulierte Anspruch, »den inneren Zusammenhang der Weltordnungskriege des globalen Nordens mit den Gewaltökonomien des globalen Südens« darzustellen, wird ständig wiederholt, doch nicht eingelöst. Teilweise lesen sich die Beiträge aber ganz spannend (z.B. Boris Kanzleiter zu »Kriegswirtschaften ohne Krieg. Tendenzen des Übergangs in Serbien-Montenegro und Kosovo«). Aber warum müssen fast 50 Prozent aller Substantive Fremdwörter sein?

Im Vorwort gibt Thomas Seibert einen Überblick über die Verelendung der Welt: »Binnen weniger Jahre kam es im Süden wie im Osten zur flächendeckenden Verelendung ganzer Gesellschaften, zur Desintegration ihres politisch-ökonomischen Systems und zu einer Massenmigration von mittlerweile 150 Millionen Menschen – drei Pozent der Weltbevölkerung und 30 Millionen mehr als noch 1990... Die Kaufkraft eines durchschnittlichen lateinamerikanischen Gehalts liegt mittlerweile um 27 Prozent niedriger als 1980... In Asien und Afrika ist die Lage z.T. noch dramatischer... Während [die Lebenserwartung] zwischen 1975 und 1997 in den 31 reichsten Ländern der Welt um ein Fünftel gestiegen ist, fiel sie im selben Zeitraum in 18 Ländern der Welt... Am dramatischsten fällt diese Entwicklung in Afrika aus, wo die durchschnittliche Lebenserwartung in Botswana von 52 auf 47, in Simbabwe von 51 auf 44, in Sambia von 47 auf 40 Jahre gesunken ist.« (S. 5) »Weil der Zusammenbruch der Entwicklungsstaaten nirgends drastischer ausfällt als in Afrika, dienen neben der globalen ‚Hauptgefahr' des ‚islamistischen Terrorismus' die afrikanischen Verhältnisse als zentrale Referenz des Diskurses der ‚neuen Kriege'... Immer wieder berichten die Massenmedien über großflächige ethnische Säuberungen und scheinbar grund- und ziellose Massaker ... Folgeerscheinungen der besonderen Geschichte der Dekolonisierung Afrikas.« (S.6)

Anne Jung (»Ein Alptraum im Wachzustand. Zur Transformation afrikanischer Bürgerkriege«) setzt genau an dieser Analyse an: das koloniale Erbe Afrikas sei der Schlüssel zum Verständnis der heutigen Situation. »Seit dem 11. September 2001 ändert sich der europäische Blick auf Afrika. Die neue EU-Verfassung zielt auf die Militarisierung der europäischen Außenpolitik ... eine ‚liberale' Form des Imperialismus, der durch ‚humanitäre Interventionen' den drohenden Kontrollverlust über die Zusammenbruchsregionen verhindern und dabei ‚Protektorate' einrichten soll, unter deren Regime die Elendsbevölkerungen im eigenen Land sistiert, wo möglich auch der Verwertung zugeführt werden können.« (S. 24) Vor diesem Hintergrund beleuchtet sie ganz kurz die drei Kriege im Kongo, in Angola und Sierra Leone. ■

Nigeria: Die »Flammen der Hölle« sind noch nicht gelöscht



»Flammen der Hölle« überschrieb der 1995 hingerichtete Dichter und Vertreter der Bewegung MOSOP (*Movement for the Survival of the Ogoni People*) sein Buch über den Kampf gegen die großen Ölkonzerne, allen voran Shell. In den ewig brennenden, die Nacht gespenstisch erleuchtenden und das Land mit einer Rußschicht überziehenden Flammen der Gasabfackelung sah er das Symbol für das Regime der Ölmultis in Nigeria. Die Militärregierung dankte 1999 offiziell ab, MOSOP zerfiel nach 1998 und die meisten Schlagzeilen über das Land werden seither von der Einführung der Sharia im Norden und »ethnisch« und/ oder »religiös« bedingten bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen bestimmt. Dass Nigeria seit Jahren am Rande eines Bürgerkriegs und des endgültigen Zerfalls der staatlichen Ordnung taumelt, wird vor allem deswegen als Problem wahrgenommen, weil es der größte Ölproduzent Afrikas ist und für die USA – in der Rivalität zu Frankreich – die entscheidende Regionalmacht am Golf von Guinea darstellt.

Von zwei Bewegungen ging in den letzten Monaten und Jahren ein Hoffnungsschimmer aus: von den wiederkehrenden Aktionen von Frauen und Jugendlichen gegen die internationalen Ölkonzerne und von den mehrfachen Generalstreiks anlässlich von Benzinpreiserhöhungen. Diese Bewegungen überschneiden sich in vielen Fällen; so scheinen z.B. Besetzer von Ölplattformen manchmal gleichzeitig Mitglieder irgendeiner ethnischen Miliz zu sein; eine Miliz erklärt sich solidarisch mit einem Generalstreik usw.. Der Widerstand gegen die miserablen Lebensbedingungen scheint sich mit dem Überlebenskampf innerhalb der zerstörerischen Zustände verquickt zu haben. Eine Generation, die im permanenten Krieg aufgewachsen ist, der in zehn Jahren weit über zehntausend Tote und geschätzt anderthalb Millionen Vertriebene gekostet hat, versucht zu überleben. Diesbezüglich unterscheidet sich die Situation in Nigeria nicht von der in anderen Rohstoffe exportierenden Ländern, die nur noch im Rahmen einer auf Gewalt basierenden »Ordnung« zusammengehalten werden.

Die Ölproduktion

Der größte Teil des Öls wird im Delta des Niger-Flusses gefördert. Im Gegensatz etwa zu Saudi Arabien bildet das Öl keinen großen unterirdischen »See«, sondern viele kleine »Bläschen«. Diese Bedingungen führen zu einer intensiven Inanspruchnahme des Landes – viele Bohrstellen, Pipelines, Dämme zur Regulierung der Tide in diesem Feuchtschwemmland usw. – mit entsprechend hohen Kosten für die dort lebenden Menschen. Die ökologischen Folgen der Ölförderung im Delta sind verheerend: Verschmutzung von Wasser durch ständigen Austritt von Öl aus Hochdruckpipelines; Verschmutzung des Bodens durch ölhaltige Abfälle; Verschmutzung der Luft durch das Abfackeln von Gas, usw..

Nigeria

Bevölkerung: ca. 130 Mio. Ethnien definieren sich u.a. durch verschiedene Sprachen: je 1/5 Haussa (Norden), Yoruba (SW) und Ibo (SO), hunderte weitere Sprachen - und damit auch hunderte »Ethnien«. Die größten Städte sind Lagos (~10 Mio. Einwohner) im Landesinneren, Ibadan und Kano, Kaduna im Norden und Port Harcourt an der Küste. Port Harcourt ist zugleich der bedeutendste Ölhafen. Die Wirtschaft ist völlig aufs Öl ausgerichtet; Landwirtschaft und Industrie gibt es zwar auch, sie spielen aber (mittlerweile) keine nennenswerte Rolle mehr. Bei der Unabhängigkeit von Nigeria, 1960, war Öl zwar ein bedeutender Devisenbringer, aber nur einer neben Erzeugnissen wie Erdnüssen, Fellen, Leder, Kakao und Palmöl.

Kurze Geschichte Nigerias nach der Unabhängigkeit 1960

Erst 1963 wurde eine Verfassung beschlossen; der entscheidende Streit über die staatliche Form des neuen Landes war der über die Frage »Einheitsstaat oder Föderation«. Dabei ging es v.a. um die Verteilung der Einnahmen. Die föderative Verfassung von 1963 sah zunächst eine paritätische Mittelverteilung zwischen Zentralregierung und Regionen vor, in denen die Einnahmen generiert worden waren. Mit der zunehmenden Bedeutung des Öls wurde dieser Zuteilungsschlüssel zuungunsten der Regionen geändert. 1966 kam es zum ersten Militärputsch - vor allem von Ibo-Offizieren; der Premier wurde umgebracht, aber der Putsch scheiterte. Kurz darauf gibt es einen Gegenputsch von Offizieren aus dem Norden. Die Elite der Östlichen Region rief daraufhin die »Unabhängige Republik Biafra« aus, die von der Militärregierung Gowon in einem 30 Monate währenden Krieg niedergeworfen wurde. Ungefähr eine Million Menschen starben. Der Einheitsstaat war wieder hergestellt, aber nicht beruhigt. Auch andere Regionalfürsten verlangten ihren Anteil an den Einnahmen. Erst mit den ab 1973 steigenden Ölpreisen – und Gewinnen – wurde den Regionen ab 1975 etwa 13 Prozent der Einnahmen zugestanden. Zu dieser Zeit hatte sich gerade ein neuer General an die Spitze des Staates geputscht, Murtala Muhammed. Er gab sich einen linksnationalistischen Anstrich, rüstete die Armee auf und drohte vor allem den USA mit Ölboykott und provozierte diese durch Unterstützung des südafrikanischen ANC. Anfang 1976 wurde er ermordet und der persönliche Freund Kissingers und McNamaras, General Obasanjo auf den Thron gesetzt. Dieser übte sich in Demokratie und veranstaltete drei Jahre später eine Wahl. Die sog. »Zweite Republik« hielt jedoch nur vier Jahre. Die

Auf der anderen Seite führen diese Förderbedingungen auch zu einer hohen Verwundbarkeit der ausgedehnten Infrastruktur. Auf die seit Jahren andauernden Kämpfe, wie z.B. Plattformbesetzungen, reagieren die Ölfirmen mittlerweile mit der zunehmenden Ausbeutung von Vorkommen unter dem Meeresgrund.

Das Erdöl wird größtenteils exportiert – eine Verarbeitung im Land selber findet nur im geringen Maßstab statt. Es sind zwar mal Raffinerien gebaut worden, diese funktionieren aber größtenteils nicht mehr. Die mafiösen Machtstrukturen lassen es profitabel werden, Benzin wieder zu importieren, statt im Land zu produzieren. So sind nach Schätzungen in den letzten Jahren ca. 400 Mio. US$ in die Öl verarbeitende Industrie geflossen, ohne dass dies höhere Kapazitäten zur Folge gehabt hätte.

Der IWF in Nigeria

Der IWF hat als Bedingung für neue Kredite verlangt, dass Nigeria die Industrie für ausländische Beteiligungen öffnet, den öffentlichen Bereich rationalisiert und die Subventionierung von Verbrauchsgütern abbaut. Neben dem Ölsektor ist vor allem der Bereich der Telekommunikation, der Elektrizitätserzeugung und der Transport (Flugverkehr) im Visier.

Ein brisantes Unterfangen, wenn man bedenkt, dass fast alle offiziell Beschäftigten vom Staat angestellt sind. In der Landwirtschaft wird überwiegend Subsistenzproduktion betrieben. Aber es geht nicht nur um Entlassungen, sondern auch um die Organisation der öffentlichen Verwaltung. Tarife und Mindestlöhne sollen nicht mehr landesweit gelten, sondern regional verhandelt werden.

Ein Hindernis für Profit versprechende Investitionen sind die subventionierten Spritpreise. Benzin ist in Nigeria der Energieträger Nummer eins: Transport, Stromerzeugung und auch das private Kochen hängen am Zapfhahn. Angesichts der Armut im Lande sind billige Energiepreise lebenswichtig.

Jeder Versuch von Preiserhöhungen führte zu einer neuen Runde von Streiks und Unruhen. Auch in den Zeiten der Militärdiktatur konnten die Herrschenden keinen wirklichen Durchbruch erzielen. Immer wieder wurden sie mit z.T. lang anhaltenden Streiks auch in der Ölindustrie konfrontiert – wie etwa 1994, als die 150 000 Arbeiter der Öl- und Gasindustrie gegen den Willen der Gewerkschaftsführung sechs Wochen streikten und die Ölförderung zum Erliegen brachten. Dutzende Gewerkschafter wurden verhaftet, ermordet und Demonstranten erschossen. Aber trotz des militärischen Sieges war die Junta gezwungen, Rücksicht zu nehmen. Der öffentliche Sektor wurde nicht in dem Maße privatisiert, wie der IWF dies gefordert hatte. Ebenso setzte sie gegen das Verdikt des IWF einen landesweiten Mindestlohn fest.

Seitdem General Obasanjo 1999 wieder an der Regierung ist, hatte man in der internationalen Finanzwelt die Hoffnung, er sei durch seine »demokratische Legitimation« in der Lage, die geforderten »Reformen« durchzusetzen. Das ist ihm aber bislang nicht gelungen. Auch unter der Regierung Obasanjo kam es regelmäßig zu Generalstreiks, sobald Preiserhöhungen angekündigt wurden. Die Basis dieser Streiks bildeten jeweils die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Daneben beteiligten sich Betreiber von Transportunternehmen, Studenten, Bürgerrechtsorganisationen und Gruppen von Jugendlichen aus den Slums, die »Area Boys«. Die Demonstrationen wurden jedesmal von der Polizei auch mit scharfer Munition angegriffen. Nach kurzer Zeit musste der Präsident wieder zurückrobben und die Erhöhung zumindest teilweise zurücknehmen. Nachdem der IWF im letzten Sommer ungeduldig wurde und schon gegebene Kreditversprechen zurückzog, wollte Obasanjo die Schraube endlich fester ziehen. Zum einen legte er ein Gesetz vor, das als alleinigen Streikgrund betriebliche Belange erlaubt und alle anderen Streiks als »politisch« verbietet. Dieses Gesetz wurde jedoch erstmal von einem Gericht auf Eis gelegt. Zum anderen unterstützte er die Firma Shell in ihrem Bemühen, einen geplanten Streik der Ölarbeiter zu verbieten. Der Streik der Ölarbeiter hätte dem Generalstreik eine neue Dimension verliehen. Bislang hielten sich diese zumeist abseits der Treibstoff-Preisstreiks. Nachdem aber befürchtet wurde, dass Shell die Entlassung von hunderten einheimischer Arbeiter plane, riefen die beiden Gewerkschaften im Ölsektor, die NUPENG der Arbeiter und die PENGASSAN der Angestellten dazu auf, sich am Generalstreik im November zu beteiligen und die Ölförderung des Landes zu unterbrechen.

Zusätzlich erklärten noch verschiedene Milizen, dass sie den Generalstreik unterstützen wollten, so der Ooduas Peoples Congress und die separatistische Bewegung zur Wiedererrichtung des souveränen Staates Biafra (MASSOB).

Für den Gewerkschaftsdachverband NLC (*Nigerian Labor Congress*) scheint es schwierig zu sein, dieses heterogene Bündnis unter Kontrolle zu halten. Die Gewerkschaftsspitze setzt die Streiks eher taktisch ein. Mit der Rekrutierung verarmter Jugendlicher, um die Regierung zum Verhandeln zu zwingen, legen sie allerdings das Feuer an eine Lunte - die folgende Explosion kann auch sie treffen. Im Juni attackierte z.B. eine Gruppe von »Area Boys« das Hauptquartier des NLC. »Sie verlangten Bezahlung dafür, dass sie die Kampagne hand-

fest unterstützt hatten« Was auch immer »Bezahlung« heißen mag: Sold oder einfach die Umsetzung konkreter Zusagen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

Der Generalstreik wurde für Mitte November angekündigt, dann jedoch in letzter Sekunde (mal wieder) abgesagt, da sich die Regierung zu geringfügigen Konzessionen bereit erklärte und die Gewerkschaftsspitze Raum für Verhandlungen lassen wollte.

Weniger spektakulär fanden in anderen als dem Ölsektor Streiks gegen Entlassungen statt. Im Oktober 2004 räumte die Polizei gewaltsam das Gebäude der aufgelösten Fluggesellschaft *Nigeria Airways*, das die Angestellten besetzt hielten, um die Auszahlung ausstehender Löhne und Renten zu erreichen.

Dezentralisierung der Macht

Das Machtgefüge im Land war seit Bestehen des (zunächst kolonialen) Zentralstaates schon immer äußerst fragil, unter Präsident Obasanjo scheint es auseinanderzufallen. Den Protestbewegungen der 90er Jahre konnte die Elite nur begegnen, indem sie zuerst die fortschrittlichen Bewegungen massakrierte, dann im Namen der »Demokratie« die lokalen Machthaber stärkte und diese gegeneinander aufhetzte. Deren Macht wiederum basiert auf einem Patronagesystem, das sich auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie, Religion oder einem Clan stützt.

Das Massaker übernahmen die Militärdiktatoren. Die Hinrichtung der Ogoni-Führer 1995 war lediglich der im Ausland wahrgenommene Höhepunkt. Die ganzen 90er Jahre hindurch wurden Demonstrationen in den Städten zusammengeschossen, Massenverhaftungen von Gewerkschaftsführern vorgenommen, Oppositionelle ermordet, Militär besetzte weite Gebiete des Nigerdeltas und radierte ganze Ortschaften aus. Aber all das schaffte es nicht, den Widerstand zu brechen. Stattdessen wurde der Glaube an die Wirksamkeit des gewaltlosen Widerstandes in Verbindung mit einer weltweiten Solidaritätsbewegung, wie ihn MOSOP propagierte, gebrochen. Die neu auftretenden Gruppierungen setzten auf eine militante Selbstverteidigung gegen die Macht der Ölkonzerne. Sie konfrontierten diese direkt mit ihren Forderungen und führten zu diesem Zweck Besetzungen von Ölplattformen, aber auch Entführungen von Angestellten durch. Führten sie noch unter dem Regimes Abachas einen Untergrundkrieg gegen die Armee und die Ölfirmen, so öffnete der Tod Abachas und die damit verbundene Hoffnung auf Demokratisierung im Mai 1998 den Raum, an die Öffentlichkeit zu treten. Als erste versammelten sich Jugendliche der Ijaw im Dezember 1998 in der Stadt Kaiama und verfassten die *Erklärung von Kaiama*. Darin formulierten sie ihre Ansprüche gegen die Multis und gegen den nigerianischen Staat: Rückzug der Ölfirmen und jeglicher Militäreinheiten; Rücknahme der »künstlichen« Verwaltungsgrenzen, die von den Briten 1939 zur »Balkanisierung« Nigerias eingeführt worden waren. Die ethnischen Auseinandersetzungen denunzierten sie als von der Regierung und den Ölfirmen gezielt geschürt und reichten »unseren Nachbarn eine Hand der Freundschaft und Kameradschaft«. Namentlich den Bewegungen, die ebenfalls für die jeweilige nationale Selbstbestimmung eintraten, aber auch den »Nigerianischen Ölarbeitern (NUPENG and PENGASSAN)«. Ähnliche Deklarationen wurden in der Folge von weiteren Versammlungen Jugendlicher anderer Nationalitäten verfasst, zuletzt von den Oron im Juni 1999.

Mit der Ernennung Obasanjos zum Präsidenten im Mai 1999 wurde nichts besser. Dem Krieg dieses »demokratisch legitimierten« Präsidenten gegen die Menschen im Delta hing nicht mehr der Geruch der Diktatur an. Aber weiterhin wurden bei Bestrafungsaktionen ganze Dörfer und Städte niedergebrannt. Diese militärische Strategie wurde allerdings mit einer »demokratischen Verwaltungsreform« ergänzt, die Grenzen der Bezirke wurden neu festgelegt und damit der Nährboden für Verteilungskämpfe gelegt. Da Pfründe zumeist über die ethnische Zugehörigkeit verteilt werden, bedeutet die Zuordnung einer Stadt zu einem anderen Bezirk für einen Teil der Einwohnerschaft, dass er zukünftig von allen Machtpositionen ausgeschlossen ist. Zugleich stützten die jeweiligen lokalen Machthaber ihre Macht auf eine, zumindest teilweise Einbeziehung der entstandenen Milizen. Ein Beispiel dafür stellt die »Delta Peoples' Volunteer Force« unter dem Kommando Mujahid Dokubo Asaris dar. Asari war in den 90er Jahren einer der Vizepräsidenten des »Ijaw Youth Councils«, einer der Gruppierungen, die die *Erklärung von Kaiama* verfasst haben. Die DPVF stellte den bewaffneten Arm des IYC dar; im Laufe der Zeit suchte Asari jedoch die Zusammenarbeit mit dem Gouverneur von River State, Peter Odili. Bei den Wahlen 2003 soll die DPVF auf Seiten des Gouverneurs gegen Oppositionelle und rivalisierende Gangs vorgegangen sein. Im Sommer 2004 rief Asari zu einem umfassenden Krieg seiner angeblich tausenden Kämpfer gegen den Zentralstaat auf, falls sich die Ölfirmen nicht zurückziehen würden. Im September jettete er zu Präsident Obasanjo und schloss einen Waffenstillstand. Ähnliche Vorwürfe werden auch anderen Milizen gemacht, sowohl den politischen wie der Yoruba-Organisation OPC, als auch den vordergründig unpolitischen Selbstverteidi-

nächsten 20 Jahre bis 1999 brachten eine immer brutaler werdende Militärdiktatur hervor, gelegentlich kurzzeitig unterbrochen von »demokratischen« Zwischenspielen. Neben dem Terror gegen eine immer stärker werdende Opposition basierte die Diktatur aber auch auf gewissen Konzessionen gegenüber den Gewerkschaften. 1998 starb der letzte Diktator Sani Abacha eines mysteriösen Todes und seit 1999 sitzt wieder General Obasanjo auf seinem Stuhl.

Aus einem Jahresbericht 2001/ 02 von H. Bergstresser, Mitarbeiter des Institutes für Afrika-Kunde in Hamburg (März 2003):

»Am 21.1. wurden neun Mitarbeiter von Shell entführt. (...) Im April war Shell erneut das Ziel, als in der Nähe von Warri zehn Ölarbeiter in die Hände von Kidnappern fielen. Nach einer Woche kehrten sie unversehrt zurück. Im September begannen die Attacken auf Shell zu eskalieren, als jugendliche Ijaw sechs Pumpstationen von Shell im Bezirk Warri South stürmten. Bis zum 7.10. war die Station außer Betrieb, die unter normalen Umständen täglich 80000 Barrel [Ein Barrel = 159 Liter] Öl zu den Verladestationen pumpte. Kurz darauf besetzten Jugendliche acht Bohrlöcher in Egbema. Die Produktion von 14000 Barrel pro Tag kam für mehrere Tage zum Erliegen. Im November befanden sich drei Shell-Mitarbeiter in der Nähe der Stadt Sapele im Delta State für einige Tage in der Hand von Geiselnehmern. (...) In Warri belagerten am 29.1. Demonstranten aus den umliegenden

Gemeinden das Büro von Chevron-Texaco und verlangten Kompensationszahlungen für einen Ölunfall aus dem Vorjahr. Am 21.4. besetzten Jugendliche in der Nähe von Escravos einen Bohrturm, nahmen 88 Mitarbeiter als Geiseln und forderten Beschäftigung für ihre Anhänger. Nach mehrtägigen Verhandlungen verließen die Besetzer die Plattform. Im Juli griffen 150 Itsekiri-Frauen die Ölverladestation Escravos von Chevron-Texaco an, und verlangten Jobs und Infrastrukturmaßnahmen für ihre Dörfer. Die Arbeit kam für mehrere Tage zum Erliegen, und die Frauen räumten die Station erst, als die Ölgesellschaft einige Zusagen gemacht hatte. Einen Tag später besetzten über 1000 Frauen der Ijaw mehrere Pumpstationen von Chevron-Texaco. (...) Zum Jahresende führte ein Brandanschlag auf die Zentrale der staatlichen Ölgesellschaft NNPC in Lagos zu schweren Schäden. Das *Youth Democratic Movement* übernahm die Verantwortung...«

gungsgruppen in den Dörfern und Städten. Private Sicherheitstruppen von Unternehmern und Händlern wie die »Bakassi Boys« üben mittlerweile offiziell in manchen Gegenden Polizeifunktionen aus – inklusive Folterungen und öffentlicher Hinrichtungen. Die religiös motivierten (und ebenso von Geschäftsleuten und Politikern bezahlten) Milizen im Norden stellen nur eine Abart dar; ihre islamischen Sharia-Gesetze haben ihr Spiegelbild in den gleichartigen grausamen öffentlichen Strafen im Süden.

Die zu verteilenden Gelder kommen im Delta vor allem aus dem illegalen Ölhandel. Es wird geschätzt, dass etwa 10 Prozent (!) der geförderten Ölmenge auf dem Schwarzmarkt verkauft wird. Ein Bruchteil geht auf das Konto einzelner Pipelinebohrer, die geringe Mengen Rohöl stehlen und privat raffinieren. Der allergrößte Teil wird mit Hilfe oder zumindest stillschweigendem Wissen der verschiedenen Staatsorgane geklaut und verschoben. So verschwinden dann schon mal ganze Tanker samt Ladung, werden beschlagnahmt und verschwinden wieder unter den Augen der verschiedenen Sicherheitsorgane. Unter diesen Umständen ist es schwierig zu beurteilen, inwieweit die Robin Hood-Rhetorik der Milizen teilweise sogar umgesetzt wird und von dem erlangten Geld auch etwas für den Rest der Bevölkerung überbleibt. Politisch scheint sich unabhängig von der Frage der moralischenb Integrität von Teilen der Milizen ein realer Machtverlust des Zentralstaates und eine Aufsplitterung der Macht in einzelne, unter Umständen gewählte Warlords zu zeigen. Obasanjos Zwickmühle besteht darin, dass sein politisches Überleben davon abhängt, dass die völlig verarmten Massen gegeneinander um die Brotkrumen kämpfen. Andererseits hat die Gewalt ein Ausmaß angenommen, das die Fortführung der Ölförderung in Frage stellt.

Die Bewegung der Frauen

Neben den organisierten Milizen gibt es immer wieder direkte Aktionen der Bewohner von Regionen, in denen Öl gefördert wird. Besonders die Aktionen von Frauen in den letzten Jahren sind hierzulande mit großer Sympathie aufgenommen worden. Die Frauen revoltieren nicht allein gegen die übermächtigen Ölfirmen und das Militär, sondern stellen sich mit ihren autonomen Aktionen auch gegen die traditionellen patriarchalen Machtstrukturen in den Communities. Sie greifen auf ein Vorgehen zurück, das schon während der Kolonialzeit in Konflikten angewandt wurde. Anstatt eine gewaltsame Konfrontation mit dem Militär einzugehen, beharren sie auf ihrem moralischen Recht und drohen den Soldaten, sich auszuziehen. Diese Drohung hat schon mehrfach die Staatstruppen zum Rückzug gezwungen. Inhaltlich stellen sie weniger »politische« Forderungen denn praktische nach »Brot und Butter«. Sie fordern eben nicht eine »Autonomie« des jeweiligen »Volkes«, sondern Arbeitsstellen, Entschädigungen der Gemeinden für die Umweltzerstörungen, Kleinkredite für Existenzgründungen, Krankenversorgung etc. Sie scheinen über die Grenzen der jeweiligen Communities hinaus organisiert zu sein. Die Besetzungen von Ölstationen Chevrons im Sommer 2002 zunächst von Frauen der Itsekiri und dann von Ijaw-Frauen fanden direkt hintereinander statt. Im August 2002 gaben Frauen aus den Communities der Itsekiri, Ijaw, Ilaje und Urhobo eine gemeinsame Pressekonferenz im Zentrum der ethnischen Auseinandersetzungen im Delta, der Ölstadt Warri. »Die Tatsache, dass Frauen aus den sich oft bekriegenden Gruppen ... in einer einheitlichen Front gegen die nigerianische Regierung und die Ölkonzerne zusammenkommen konnten, zeigt, dass zumindest sie das Geheimnis der Macht im Nigerdelta verstanden haben.« (George Caffentzis: *The Petroleum Commons*; 15.12.2004 - http://www.counterpunch-.org/caffentzis12152004.html)

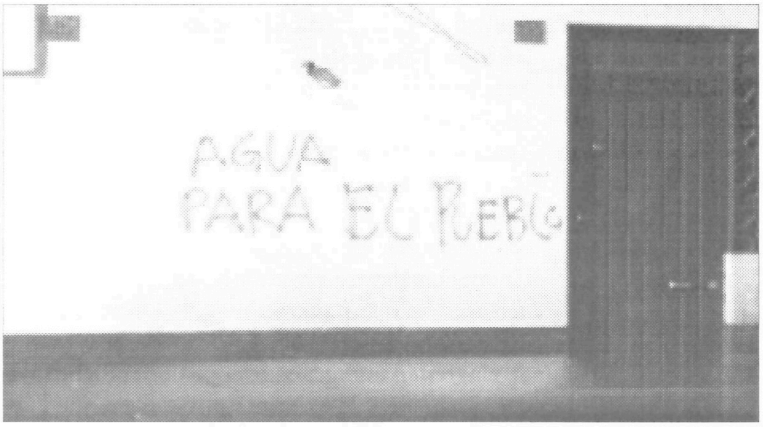
Letzte Meldungen:

Am 5.12. besetzten mehrere hundert Einwohner von Dörfern in der Nähe des Ölverladeterminals Bonny im Delta zwei Shell- und eine Chevron-Pumpstation, um die Ölfirmen zu zwingen, mehr in ihren Communities zu investieren. Im Laufe des Monats und unter Einschaltung eines staatlichen Vermittlers wurden die Besetzer »überredet«, die Stationen wieder zu verlassen. Allerdings versprachen die Ölfirmen, die Produktion solange nicht wieder anzufahren, bis eine Einigung erreicht ist.

Ende Dezember beliefen sich die Einbußen der Ölfirmen auf täglich 134000 Barrel Öl – ca. fünf Prozent der Gesamtmenge Öl, die im Land gefördert wird.

Zusätzlich streikten Angestellte der staatlichen Behörde »Department of Petroleum Resources« (DPR) Ende Dezember wegen Löhnen und Arbeitsbedingungen. Nach zwei Tagen gab die Gewerkschaft PENGASSAN bekannt, dass ihre Forderungen weitgehend erfüllt worden seien und brach den Streik ab. Die Gewerkschaft der Arbeiter im Ölsektor, NUPENG, kündigte für Anfang des neuen Jahres (Streik-)Aktionen an, um der zunehmenden Beschäftigung von Tagelöhnern und Leiharbeitern anstelle von Festangestellten etwas entgegenzusetzen. ■

Krieg ums Wasser in Mexiko



»Anfang des dritten Jahrtausends leidet mindestens eine von drei Personen auf der Welt Not und Mühsal wegen Problemen mit dem Wasser. Bei dieser Person handelt es sich häufiger um eine Frau als um einen Mann.« Das sagt Michel Camdessus, Generaldirektor des IWF von 1987 bis 2000 – ein (spätes) Eingeständnis, dass die Privatisierung der Weltwasserreserven, die er selbst durchgesetzt hat, gescheitert ist.

Heute wird die Zunahme von internen Kriegen und geopolitischen Konflikten um das Wasser vorhergesagt. So wie das 20. Jahrhundert von den Kriegen um das Öl bestimmt war, könnten sich die des 21. Jahrhunderts um Wasser drehen.

Mexiko gehört wie China, Israel, Indien, Bolivien und die USA zu den vielen Ländern, die nach den Vorhersagen diesbezüglich große Probleme haben werden – oder schon haben.

Wasser für alle?

Mexiko zählt nicht zu den Ländern mit den größten Wasserproblemen. Durchschnittlich stehen jedem Einwohner pro Tag etwa 153 Liter zur Verfügung. Nach offiziellen Angaben aus dem Jahr 2000 haben 87,7 Prozent der Bevölkerung Trinkwasser im Haus, wobei in fünf Bundesstaaten (Chiapas, Guerrero, Oaxaca, Veracruz und Yucatán, wo sich die indigene Bevölkerung konzentriert) nur 70 Prozent der Bevölkerung versorgt sind. Außerdem liegt die Versorgung in den Städten im Durchschnitt bei fast 95 Prozent, auf dem Land aber nur bei 68 Prozent. Hier müssen 25 Prozent der Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren immer noch Wasser zu ihren Behausungen transportieren. In Mexiko fließt das Wasser zu den Reichen.

Der Mangel wird gemacht

Ab den achtziger Jahren zog sich der Staat aus dem öffentlichen Sektor zurück. Die Wasserprivatisierung war Teil der Strategie, die Naturressourcen den Mechanismen der kapitalistischen Akkumulaton einzuverleiben.

Regierungsagenturen begannen, die Vorstellung vom »Wassermangel« zu lancieren. Zwar ist tatsächlich das Süßwasserangebot überall begrenzt. Neu ist aber die Behauptung, dass es wegen dieser Begrenzung nicht für alle Wasser gäbe. Ein begrenztes Angebot eines Gutes kann durchaus mit einem geringfügigen Mangel korrespondieren, aber häufiger zeigt sich die gegenteilige Situation: einem großen Angebot steht unerträglicher Mangel gegenüber – so z.B. bei den Mazahua im Bundesstaat Mexiko, aus deren Region die Hauptstadt mit Wasser versorgt wird, während sie selbst größtenteils keinen Zugang zum Wassernetz haben.

Den Mangel eines Gemeinschaftsgutes zu propagieren, ist keine harmlose Behauptung. Es ist die notwendige Vorbedingung, dieses Gut in den Marktkreislauf einzubringen. Die Wirtschaft erfindet buchstäblich den Mangel, um das Privateigentum an Gemeinschaftsgütern und natürlichen Ressourcen auszuweiten.

Mit diesem Hinweis sollen nicht die tatsächlichen Wasserprobleme geleugnet werden. In Mexiko sinkt Jahr für Jahr der Grundwasserspiegel und die Wasserverschmutzung steigt. In den letzten fünfzig Jahren wurden Wasserreserven aufgebraucht, die zwischen 10 000 und 35 000 Jahre alt waren. In der Region La Laguna im Norden des Landes wird das Trinkwasser aus immer tieferen Schichten gewonnen, und es weist einen hohen Grad an Salzen auf, bis hin zu Arsen. Die Wüs-

Dies ist eine stark gekürzte Übersetzung des Artikels *Globalización y guerras del agua en México*. **Die komplette Übersetzung des Artikels**, mit Fußnoten und Quellenangaben, sowie ein link zum spanischen Original befinden sich auf *www.wildcat-www.de*

Wir müssen unsere kleinen Helden unterstützen (von denen wir viele haben. Sehr viele). Diese besonderen Kriege müssen wir mit den entsprechenden Mitteln führen. Wer weiß – vielleicht bringt uns das 21. Jahrhundert genau das: den Niedergang alles Großen.
Der großen Bomben, großen Staudämme, großen Ideologien, großen Nationen, großen Kriege, großen Helden, großen Irrtümer.

Arundhati Roy

Weltweit haben 1,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser und 2,5 Milliarden verfügen über kein Abwassersystem. Die Weltnachfrage nach Wasser verdoppelt sich alle zwanzig Jahre, mehr als doppelt so schnell wie die Weltbevölkerung. Schätzungsweise werden in weniger als einem Vierteljahrhundert zwei Drittel der Weltbevölkerung keinen ausreichenden Zugang zu Süßwasser haben.

Lateinamerika verfügt über reichhaltige Süßwasserquellen. Hier befinden sich vier der 25 wasserreichsten Flüsse der Welt sowie einige der größten Seen. 20 Prozent der Weltwasserversorgung kommen allein aus dem Amazonas. Trotz der großen natürlichen Ressourcen haben mehr als 130 Millionen kein Trinkwasser im Haus. In der brasilianischen Stadt São Paulo drohen Rationierungsmaßnahmen, weil die Quellen weit von der Stadt entfernt sind und die Transportkosten die Zahlungsmöglichkeiten vieler BewohnerInnen übersteigen. Die Situation verschärft sich, weil das Agrobusiness jedes Jahr Millionen Kleinbauern in die Armenviertel der Städte treibt. Lateinamerika ist der Kontinent mit den meisten Konflikten um Wasser.

Uruguay: Privatisierung durch Plebiszit verhindert

Die UruguayerInnen, die schon 1992 den Ausverkauf von Staatsbetrieben per Abstimmung zu Fall brachten, haben Anfang November ein Plebiszit gegen die Wasserprivatisierung durchgesetzt und gewonnen. Wasser ist demnach in dem kleinen Land ein Menschenrecht, und es darf nur über staatliche Stellen verteilt werden. Zugelassen ist lediglich die Abgabe an andere Länder – »wenn dort Unterversorgung herrscht und aus Solidarität«.

tenbildung schreitet Jahr für Jahr fort, und in Mexiko Stadt, das früher ‚das Venedig Amerikas' genannt wurde, trocknen die letzten Quellen aus.

Aber die von Regierung und internationalen Entwicklungsagenturen vorgeschlagenen Privatisierungsstrategien sind Teil des Problems und nicht die Lösung. Die Weltbank vertritt zum Beispiel, dass Wasser ein menschliches *Bedürfnis* ist und kein Menschen*recht*. Menschliche Bedürfnisse können auf viele Arten befriedigt werden, besonders über Geld. Für die Menschenrechte hat aber (bisher) noch niemand einen Preis festgesetzt.

Alles privatisieren

Wasser wird auf verschiedene Weise zur Ware gemacht, z.B. durch die Privatisierung von Wasserreserven, Quellen, Wasserleitungen und Kanälen. In Mexiko stößt dies auf Widerstände, denn nach der Verfassung sind die nationalen Wasservorräte ein öffentliches Gut und von daher unveräußerlich und unübertragbar. Diese juristischen Schwierigkeiten umgehen sie mit der sogenannten »Dezentralisierung«: sie übergeben die Wassersysteme den Landesregierungen und Gemeinden, um so den Weg für die Privatisierung frei zu machen.

Eine andere Methode ist der zunehmende Konsum von Flaschenwasser (ein enormer Betrug, denn die Abfüller nehmen kein Quellwasser, sondern Wasser aus dem öffentlichen Netz). Mexiko war schon immer ein großer Konsument von Cola-Erfrischungsgetränken und hat jetzt nach Italien den zweithöchsten Prokopfverbrauch an Flaschenwasser. Coca Cola besitzt siebzehn Abfüllunternehmen (ein ehemaliger Coca-Cola-Manager ist heute Präsident der Republik). Ein Liter Flaschenwasser kostet heute so viel wie ein Liter Benzin.

Die Kombination dieser Faktoren hat zu einem Anstieg der Gebühren geführt, die sich nach und nach dem »Marktpreis« angenähert haben. Die letzten Barrieren fielen mit der Reform des Wassergesetzes im April 2004. Diese begünstigt Konzessionen an Privatunternehmen und verabschiedet sich damit von den Grundprinzipien sozialer Gerechtigkeit.

Nach jüngsten Untersuchungen geben die Marginalisierten derzeit 30 Prozent ihres Einkommens für den Kauf des lebensnotwendigen Nasses aus.

Die Schandtaten von *Vivendi Universal*

Der globale Wassermarkt wird von wenigen Giganten europäischen Ursprungs beherrscht. Die beiden größten Gesellschaften, *Suez* und *Vivendi Universal*, sind französisch und teilen sich siebzig Prozent des Wasserweltmarktes: die erste operiert in 130 Ländern, die zweite in 90.

In Mexiko steht ihre Marktdurchdringung erst am Anfang, aber es gibt mit der Stadt Aguascalientes im Norden schon einen aufschlussreichen Fall. Der Stadtrat beschloss dort 1993 die Vergabe von Konzessionen für Trinkwasser, Kanalisation und Abwässer. Die Reform des Wassergesetzes legalisierte die Beteiligung privater Unternehmen, darunter auch die *Compagnie Générale des Eaux* , ein Subunternehmen von *Vivendi*. Die Behörden rechtfertigten die Privatisierung mit der schlechten Versorgung, aber das erste, was die Verbraucher zu spüren bekamen, war die sofortige Erhöhung der Gebühren und die Einführung von Wasserabschaltungen wegen nicht bezahlter Rechnungen. Das Unternehmen verspekulierte sich und häufte Schulden an. Um den Bankrott und die Unterbrechung der Versorgung zu verhindern, musste die Gemeinde eingreifen und große Mengen öffentliche Gelder zuschießen. Wie immer privatisieren die Monopole die Gewinne, während sie die Verluste sozialisieren.

Eine Studie von Clarke und Barlow dokumentiert weltweit dutzende solcher Fälle, vor allem in den abhängigen Ländern. Aber nicht immer nimmt die Bevölkerung die Schweinereien hin. Angesichts der Machenschaften des nordamerikanischen Unternehmens *Bechtel* wurde Bolivien 2000 zum Schauplatz einer erfolgreichen Rebellion der Bevölkerung, die als »Wasserkrieg« in die Geschichte eingegangen ist.

Trugbilder

Arundhati Roy schreibt in einem Plädoyer gegen Staudammprojekte in Indien: »Es gab eine Zeit, in der die Welt die Staudämme liebte. Alle hatten sie – Kommunisten, Kapitalisten, Christen, Muslime, Hindus, Buddhisten. Die Staudämme haben nicht als zynische Unternehmen angefangen. Am Anfang waren sie ein Traum. Sie sind zu einem Alptraum geworden. Es ist Zeit, aufzuwachen.«

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden auf der Welt mehr als 40000 große Staudämme gebaut. Ihre Bauherren führten sie als Kathedralen der Modernität vor. Dabei wurden nach konservativen Berechnungen etwa 100 Millionen Menschen vertrieben und teilweise ermordet. 1982 hat die Weltbank, die jahrzehntelang überall Staudämme durchgesetzt hat, sich mit den guatemaltekischen Militärs für den Bau eines weiteren Staudamms am Fluss Chixchoy zusammengetan. Da die dort lebenden Maya-Gemeinden sich gegen die Umsetzung wehrten, massakrierte die Armee 400 Menschen.

Es gäbe noch viele Beispiele, denn – so Arundhati Roy – »die großen Staudämme sind für die Entwicklung einer Nation dasselbe wie die Atom-

bomben für das Kriegsministerium. Beides sind Massenvernichtungswaffen. Beides sind Waffen, die die Regierungen benutzen, um ihre eigene Bevölkerung zu kontrollieren.«

Letzten Endes hat sich die Weltbank, vielleicht unter dem Eindruck der Proteste, aus dem Geschäft zurückgezogen, und ein bemerkenswertes Dokument veröffentlicht, in dem sie offen sagt, dass die Staudämme nicht nur schwerwiegende Umweltschäden verursachen, sondern auch zur Vertreibung von vielen Menschen führen, vor allem von indigenen Völkern, die dadurch in katastrophalen Verhältnissen landen.

Auch in Mexiko begann der Staudammbau als eine Fata Morgana angeblicher Entwicklung. Aber mit dem technologischen Fortschritt verschärften sich die gesellschaftlichen Probleme. Heute gibt es in der Republik Mexiko dutzende von Wasserkraftwerken. Während die meisten an der Grenze ihrer Lebensdauer von 50 Jahren anlangen, wird ein neuer Bauboom in Gang gesetzt, mit dem Ziel, ausländische Investitionen anzuziehen und die Grundlage für die Privatisierung von Strom und Wasser zu schaffen. Geplant sind 56 neue Staudämme, zumeist auf indigenem Territorium. Die Multis können es angesichts der Möglichkeiten, die ihnen die neuen mexikanischen Gesetze bieten, kaum erwarten, ihr Kapital in diesem Bereich zu investieren.

Widerstand

Die Völker nehmen diese Situation nicht passiv hin. Ein Beispiel ist der Kampf gegen den Staudamm La Parota im Bundesstaat Guerrero, der 24 Dörfer überfluten würde. Seit Jahren und besonders in den letzten Monaten befinden sich die 25 000 betroffenen Bauern auf dem Kriegspfad. Zuerst haben sie einen Rat der Oppositionsgemeinden gegründet und im Oktober 2004 zusammen mit BewohnerInnen anderer Landesteile die »Mexikanische Bewegung von Staudammbetroffenen für die Verteidigung der Flüsse« *Mapder*, die den »totalen Widerstand« gegen Staudammprojekte erklärt.

Mapder ist ein international vernetztes Bündnis. Es verlangt vom mexikanischen Staat die Wiedergutmachung der Schäden, die tausende Personen durch den Staudammbau erlitten haben, und die Wiederherstellung der geschädigten Ökosysteme. Es fordert außerdem die Änderung der Wasser- und Umweltgesetze und die Respektierung des Völkerrechts beim Wasser.

Ein anderer Wasserkrieg ist der zwischen den Mazahua am Cutzamala-Fluss (Bundesstaat Mexiko) und der »Nationalen Wasserkommission« CNA. Der Cutzamala deckt einen Großteil des Wasserbedarfs der Hauptstadt Mexiko D.F. und der Stadt Toluca. 19 000 Liter Wasser werden pro Sekunde in das 160 km entfernte Hauptstadtgebiet gepumpt. Absurderweise haben mehrere Mazahua-Gemeinschaften zu wenig Trinkwasser, während 38 Prozent des Wassers, das sie an die Hauptstadt abgeben, wegen schadhafter Wasserleitungen versickert.

In der Regenzeit 2003 ist ein Staudamm übergelaufen und hat die Pflanzungen der Mazahua-Gemeinschaften zerstört. Nach gescheiterten Dialogversuchen sind sie am 10. August 2004 in die Hauptstadt marschiert, um von der Zentralregierung eine Entschädigung für 300 Hektar Pflanzungen zu fordern. Sie bezogen Posten in unmittelbarer Nähe der Wasseraufbereitungsanlage Berros, die das Tal von Mexiko versorgt. Gleich darauf nahmen die Frauen das Heft der Bewegung in die Hand und organisierten die »Zapatistische Frauenarmee zur Verteidigung des Wassers«. Bewaffnet mit Holzgewehren, Macheten und Pflanzwerkzeugen verhinderten sie drei Tage lang die Zugabe von Chlor und drohten damit, die Wasserzufuhr zu unterbrechen oder gar die Anlage mit Dynamit in die Luft zu jagen. Am 26. September verlangten 25 Mazahua-Kommandantinnen eine Audienz beim Verteidigungsminister Clemente Vega, »um Fragen im Zusammenhang mit der Landessicherheit zu besprechen und ihm zu erklären, warum wir auf andere Weise protestieren als es die Männer getan haben«. Sie weisen erneut auf die ungerechte Landeswasserpolitik hin, die die BewohnerInnen der großen Städte begünstigt, während viele der Gemeinden, in denen das Wasser gefördert wird, in extremer Armut leben. Nach mehreren Wochen Verhandlungen unterzeichneten das Innenministerium und die Mazahua-Gemeinschaften am 26. Oktober ein Abkommen über Wiederaufforstung, den Schutz von Quellen und andere Maßnahmen zur Umweltsanierung. Die Mazahua kündigten an, dass sie den Kampf fortsetzen und dass es im Falle der Nichteinhaltung des Abkommens zu neuen Mobilisierungen kommen würde.

Alles zusammen genommen scheint die Wasserkrise ein Sinnbild für die globalisierte Welt zu sein. Innerhalb des aktuellen neoliberalen Modells gibt es dafür keine Lösung. Nur die Völker, Netzwerke, Bewegungen und Organisationen, die für den Erhalt dieses Gemeinschaftsgutes kämpfen, können den Krieg gewinnen, den sich die Staaten und die Multis um die Kontrolle des Wassers und der natürlichen Ressourcen liefern. In Mexiko hat der Krieg schon begonnen.

Claudio Albertani

Bolivien: »Guerra del Agua« in El Alto

Ende November beschließen die Nachbarschaftskomitees von El Alto mehrheitlich, eine geplante Straßenblockade bis zum 20. Dezember auszusetzen, um der Stadtverwaltung die Möglichkeit zu geben, den Vertrag mit dem privaten Wasserversorger Aguas del Illimani zu überprüfen. Nach der Privatisierung der Wasserversorgung vor 7 Jahren hatte sich das Wasserproblem verschlimmert. Unmittelbar vor dem Verkauf waren die Preise um bis zu 60% angehoben worden, um das Unternehmen attraktiv zu machen. Nach dieser Privatisierung zu Lasten der Einwohner El Altos ist der Preis heute sogar noch über diesem Niveau.
Im Jahr 2000 erklärte ein Vertreter des transnationalen Unternehmens, die Stadt sei der »schlechteste Verbraucher der Welt«. Wenn die Leute eine Verbesserung der Situation wollten, sollten sie sich daran gewöhnen, für das Wasser zu bezahlen, sich einmal am Tag duschen, ihre Pflanzen gießen, ihre Autos waschen und dazu – entgegen ihren »schlechten Gewohnheiten« – nicht das Wasser aus öffentlichen Einrichtungen oder den Flüssen benutzen.
Die Komitees fordern nun, dass das Unternehmen verschwindet und in einer Volksabstimmung über die Wasserversorgung entschieden wird.

Bolivien: Verwandlung von Bewegung in Institution?

Bolivien, September 2003. Nachdem bekannt wurde, dass transnationale Unternehmen bolivianisches Erdgas via Chile nach den USA exportieren wollen, kommt es zu Protesten und Blockaden. In Sorata, einem Dorf im Norden des »Altiplano«, sitzen einige Touristen fest, die wegen der Blockaden der Straße nach La Paz, dem politischen Zentrum des Landes, ihre Reise nicht fortsetzen können. Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada verfügt ihre gewaltsame »Befreiung«. Auf dem Weg nach Sorata werden die entsandten Soldaten mit Beschimpfungen und Steinwürfen empfangen, derer sie sich unter Einsatz von Schusswaffen erwehren. Wenig später kommt es in der Ortschaft Warisata zu einem Schusswechsel, bei dem sechs Menschen sterben, unter anderen ein achtjähriges Mädchen. Diese »Karawane des Todes«, wie sie später genannt wird, ist der Auftakt zu einem Wochen dauernden Volksaufstand, der letztlich das ganze Land erfasst und de Lozada zur Flucht nach Miami zwingt, aber auch zahlreiche Tote und Verletzte fordert. Seitdem ist das Andenland nicht zur Ruhe gekommen.

Zum **Oktoberaufstand in Bolivien** findet ihr mehrere Texte auf unserer website unter:

www.wildcat-www.de/dossiers/latina/movimientos.htm

Aktuelle Informationen (in spanischer Sprache) findet ihr auf:

Indymedia Bolivien:
bolivia.indymedia.org

Econoticias Bolivia:
www.econoticiasbolivia.com

BolPress:
www.bolpress.com

rebelion.org:
www.rebelion.org/bolivia.htm

Schon in den Jahren zuvor war es zu Ausbrüchen gegen die Spar- und Privatisierungs-Politik gekommen. Im April 2000 verhinderten die Einwohner Cochabambas im sogenannten Wasserkrieg die Privatisierung der lokalen Wasserversorgung. In der Folge kam und kommt es immer noch zu Blockaden des dünnen Straßennetzes. Im Februar 2003 offenbarte sich die Krise nicht nur der Regierung sondern des ganzen politökonomischen Systems in Bolivien, als Polizeieinheiten gegen die Kürzung ihrer Bezüge protestierten und das Militär gegen sie eingesetzt wurde. Im Oktober eskalierte der »Krieg um das Gas«, Präsident Lozada floh.

Diese machtvolle Bewegung war schon wenige Wochen später praktisch unsichtbar. Offensichtlich gibt es eine Entwicklung vom »Wasserkrieg« in Cochabamba über viele kleine Blockaden und Proteste, die Februar-Unruhen bis zum »Krieg ums Gas«. Aber es gibt bisher kaum institutionelle Träger dieser Entwicklung. Die Netzwerke des Aufstands haben sich aufgelöst oder dienen wieder der Regelung des täglichen Lebens, der Schlichtung von Landstreitigkeiten oder lokalen Problemen. Die »soziale Bewegung« bleibt diffus und ist außerhalb des Aufstands nur schwer zu fassen. Außerdem ist die »Bewegung« sich nicht einig: die einzelnen Gruppen sind untereinander oft zerstritten und verfolgen ihre eigenen Ziele. Erfahrungen werden aus einer egoistischen Position heraus teilweise nicht weitergegeben und Unterstützung für andere verweigert. Hinzu kommt ein starker ethnischer Bezug, der eines der größten Probleme darstellt.

Mineros

Der Bergbau war lange Zeit der wichtigste Industriezweig in Bolivien. Nach dem Erfolg der nationalrevolutionären Erhebung von 1952 wurde die Bergbauindustrie verstaatlicht, die Arbeitskraft der staatlichen *CoMiBol* (*Corporación Minera de Bolivia*) war komplett gewerkschaftlich kontrolliert. Die Bergleute (*Mineros*) haben in den Klassenkämpfen immer eine herausragende Rolle gespielt, sie sind im Umgang mit Dynamit geschult und zögern auch heute nicht, es einzusetzen. Deshalb war eine der wichtigsten Maßnahmen der »Strukturanpassung« in den 80er Jahren die Privatisierung bzw. Schließung der staatlichen Bergbauindustrie. Trotz schwerer Kämpfe unterlagen die Bergleute letztendlich. Viele nahmen das Angebot der Regierung an, ein Stück Land in der Tropenwaldregion *Chapare* zu kultivieren – und sind heute als *Cocaleros* (Kokabauern) wieder eine wichtige politische Kraft. Andere Familien migrierten an die Peripherien der großen Städte Cochabamba und El Alto, wo ganze Kolonien ehemaliger Mineros entstanden. In den neuen Siedlungen bildeten sie Strukturen der Selbstverwaltung (*Juntas Vecinales* – Nachbarschaftskomitees), die in den jüngsten Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielten.

Trotz des Niedergangs ist der Bergbau immer noch einer der wichtigsten Industriezweige. Der körperlich harte Abbau der Erze unter Tage ist den ca. 600 Kooperativen überlassen, in denen heute 50 000 Bergleute arbeiten. Sie arbeiten unter ho-

hem Risiko mit wenig und veralteter Maschinerie oftmals in Stollen, die schon seit Generationen bearbeitet werden. Die verbesserten metallurgischen Technologien machen auch den Abbau früher unwirtschaftlicher Erzvorkommen sinnvoll. Die Arbeit wird auf eigenes Risiko in Gruppen von vier bis sechs Männern gemacht. Die Einkommen liegen hier immer noch höher als etwa in der Landwirtschaft oder den zahlreichen Klitschen.

Wenn die Kämpfe heftig werden, sind die Mineros auch heute noch fast immer entscheidend beteiligt. Als sie sich im Oktober 2003 dem Protest anschlossen, gaben sie das Signal für die landesweite Ausweitung der Revolte.

Cocaleros

Der Koka-Anbau ist in Bolivien legal. Koka wird zum Teil traditionell konsumiert, aber der größte Teil fließt in die illegale Kokainproduktion. Die zulässige Anbaufläche wird stets überschritten, auch wenn der Anbau aufgrund der Repression und mit Hilfe alternativer Entwicklungsprogramme in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist.

In Chapare betreiben in der Regel ehemalige Minero-Familien die einträglichste Art der Landwirtschaft, die für sie denkbar ist. Die Kokapflanze braucht nicht viel Pflege und kann dreimal im Jahr geerntet werden. Davon leben in Chapare mehr als 60000 Familien, in den *Yungas* bei La Paz noch einmal so viele.

Die *Cocaleros* sind in *Sindicatos* organisiert, »Gewerkschafts«-Basis-Gruppen, die auch das öffentliche Leben der Gemeinden organisieren. Diese *Sindicatos* bilden mehrere *Federaciones*. Die legale Anbaufläche für Koka würde ungefähr der Fläche entsprechen, die drei *Federaciones* bewirtschaften. Allein in Chapare sind es sechs.

Der Staat steckt in der Klemme zwischen dem US-amerikanischen *»War against Drugs«* und dem Druck der Cocaleros, denen keine vernünftige Alternative zum Koka-Anbau bleibt. Die politische Organisation der Cocaleros, der *MAS (Movimiento al Socialismo)*, ist inzwischen auch im Parlament eine starke Fraktion und ihr Vorsitzender Evo Morales wäre aus den letzten Wahlen fast als Präsident hervorgegangen. Bei den Kommunalwahlen im Dezember 2004 hat der *MAS* vor allem auf dem Land bedeutende Stimmgewinne erzielt und stellt nun zwei Drittel aller Bürgermeister des Landes.

»Aymara«, »Quechua«, »autochtone« Strukturen...

Bolivien ist das Land mit dem höchsten Anteil »indigener Bevölkerung« in Lateinamerika. 62 Prozent der Bolivianer verstehen sich als »Indigene«. Es werden über 30 Ethnien unterschieden, die ebensoviele Sprachen sprechen. Ein großer Teil der Bolivianer spricht auch heute noch kein Spanisch. Die größte sprachliche Gruppe bilden die *Quechua*-Sprechenden, die zersplittert um Cochabamba und Sucre sowie in den Bergbauregionen Potosí und Oruro leben. Die *Aymara* des nördlichen Altiplano um La Paz bilden die größte zusammenhängende nicht-spanischsprechende Gruppe. Sie leben von einer Mischung aus wenig ertragreicher Landwirtschaft, Kleinhandel und unqualifizierten Arbeiten in den Städten. Viele Aymara leben inzwischen in El Alto – einst ein Vorort von La Paz, heute eine selbstständige Metropole. 82 Prozent der Bevölkerung El Altos verstehen sich als »Indígenas«. Es gibt immer noch starke Verbindungen zwischen Stadt und Land, weil die Gelegenheitsarbeiter immer wieder aufs Land zurückkehren, der letzten Auffanglinie, auf der sie immer noch zu essen und ein Dach über dem Kopf haben.

Den Oktober-Aufstand haben die Aymara unmittelbar ausgelöst. Inmitten eines Protestes wegen eines Konflikts um die kommunitäre Justiz wurde die Nachricht vom Verkauf bolivianischen Gases publik. Der Aufstand pflanzte sich von den ländlichen Gemeinden des nördlichen Altiplano nach El Alto fort, von wo er Mitte Oktober nach La Paz übergriff und das Regierungsviertel praktisch lahm legte. Bereits vorher hatten die Aufständischen die Kontrolle über El Alto errungen. Sie wurden von den *Juntas Vecinales* organisiert , die die Zugänge zur Stadt kontrollierten.

Die *Juntas Vecinales*, die eigentlich die Funktion haben, Straßenbau, Wasser- und Stromversorgung etc. zu koordinieren, sind in vielen Fällen von ehemaligen Gewerkschaftsmilitanten dominiert. Sie stellen das urbane Gegenstück zu den »autochtonen« Selbstverwaltungsstrukturen der indigenen Gemeinden auf dem Land dar, die oft mit den lokalen Bauerngewerkschaften verwickelt sind. Dass soziale Bewegung in Bolivien (und anderswo) als Indígena-Bewegung auftritt, ist ein relativ neues Phänomen, dessen Ursprünge sowohl im Erfolg (Schleifen der alten Arbeiterbastionen) wie im Scheitern (keines der Versprechen auf Entwicklung ist in Erfüllung gegangen) des neoliberalen Projektes liegen. Während die früheren Klassenkämpfe durch den starken Syndikalismus und eine eher traditionelle intellektuelle Linke geprägt waren, hat die Zerstörung der materiellen Basis dieser Bewegung zu einer breiten Rückbesinnung auf traditionelle Kulturen und Strukturen geführt.

Eine neue Verfassung

Nach der Flucht Lozadas trat der bisherige Vizepräsident, Carlos Mesa, an seine Stelle und versprach demokratische Reformen: so sollte eine neue Verfassung erarbeitet und in einem Referendum über die Erdgasvorkommen abgestimmt werden. In Bolivien beherrscht eine dünne Schicht »weißer«

Die rechten Eliten von Santa Cruz de la Sierra

In der Region Santa Cruz, im Osten des Landes, wo die großen Gasvorräte lagern, fordern die reaktionären (weißen) Eliten Unabhängigkeit von der Zentralregierung in La Paz. Hier werden gute Kontakte zu rechten Kreisen in den USA gepflegt und man redet in den Zeitungen von Santa Cruz ganz offen darüber, dass es in einer bewaffneten Auseinandersetzung nicht um mehr Autonomie, sondern um die Abspaltung des bolivianischen Ostens vom Hochland gehen würde.

Dagegen setzt die Linke ebenso wie die Bevölkerungsmehrheit auf die nationale Einheit, die die Grundlage einer gerechteren Verteilung der noch vorhandenen Reichtümer sein soll. Das Militär hat bereits deutlich gemacht, dass es sich allen Segregationsversuchen in den Weg stellen wird. Die Urheber der Sprengstoffanschläge, die im Vorfeld der diesjährigen Kommunalwahlen zwei Militäreinrichtungen und den Fernsehsender des Präsidenten getroffen haben, sind deswegen wohl am ehesten im rechten Lager zu suchen, das auf eine Verunsicherung des Landes zielt. Es ist nicht auszuschließen, dass in Santa Cruz ein Staatsstreich gegen eine von wem auch immer dominierte »linke« Regierung vorbereitet wird.

Auch im Südosten des Landes, in der Region Tarija, wo in letzter Zeit neue Gasvorkommen entdeckt wurden, gibt es Tendenzen zur Abspaltung, wenngleich sie nicht die Kraft der »Camba« haben. Im Gegensatz dazu melden sich die ebenfalls in Tarija lebenden *Guarani* zu Wort: seit Mai 2004 hält eine Gruppe Guarani ein Gasfeld besetzt, um ihrer Forderung nach Verstaatlichung der Gasvorkommen Ausdruck zu verleihen. Gleichzeitig fordern die Guarani eine Beteiligung an den Gewinnen, die aus »ihrem« Gas fließen.

Nachfahren der europäischen Eroberer, die höchstens 10 Prozent der Einwohner ausmachen, auch heute noch das Land und verwaltet es mehr oder weniger nach eigenem Gutdünken und zum persönlichen Vorteil. Ihre Willkür und das Ausmaß der Korruption sind sprichwörtlich. Ein politisches Amt – und sei es nur das des Bürgermeisters einer 1000-Einwohner-Gemeinde – wird oft zum Mittel persönlicher Bereicherung bzw. zur Vergabestelle staatlicher (bolivianischer wie internationaler) Gelder an Parteifreunde. Entsprechend gering ist das Vertrauen in diese Strukturen.

Gegen diese Ordnung stellt sich das gemeinschaftliche Leben in den indigenen *comunidades*. Parallel zu den staatlichen Autoritäten wie Bürgermeister, Gerichtsbarkeit oder Polizei bestehen noch Formen von Selbstorganisation und -verwaltung, die allerdings oft ebensowenig in der Lage sind, auch nur die unmittelbarsten Probleme zu lösen. Das führt immer wieder zu Konflikten, etwa weil die indigene Justiz der staatlichen zuwider läuft. Es geht keineswegs nur um Viehdiebstahl: in der Gemeinde Ayo Ayo im Nordwesten des Landes z.B. wurde der Bürgermeister »wegen Korruption« hingerichtet. Die Gemeindevorsteher werden nun vor einem staatlichen Gericht der Lynchjustiz angeklagt.

Hier hakt die versprochene Verfassungsreform ein: Sie soll vor allem die Rechte der indigenen Bevölkerung verankern. Diesen Vorstoß unterfüttert die Regierung mit dem Versuch, dem breiten Misstrauen der indigenen Bevölkerung mit einer Einbindung der sozialen Bewegungen zu begegnen. So gab es im März 2004 in Cochabamba eine Versammlung, zu der mehrere tausend Gemeindevorsteher angereist waren, um ihre Vorstellungen einer neuen Verfassung zu diskutieren. Außerdem waren Vertreter der Regierung anwesend, die inzwischen auch einen Verfassungsentwurf vorgelegt hat. Neben einer größeren Autonomie der Indígena-Gemeinden und der Rechte der indigenen Bevölkerung sollen die beiden Indígena-Sprachen Aymara und Quechua als gleichberechtigte offizielle Sprachen verankert werden, die Wehrpflicht soll reformiert werden, mehr Rechte für Frauen, für Jugendliche und Kinder, mehr direkte Demokratie. Zur Erarbeitung der Verfassung soll eine verfassungsgebende Versammlung (*Asamblea Constituyente*) einberufen werden, die frei und unabhängig vom Parlament arbeiten soll.

Über die Zusammensetzung der Asamblea gibt es anhaltende Diskussionen: so macht etwa die selbsternannte politisch rechte und ökonomisch mächtige *»Nación Camba«** aus der Region Santa Cruz kaum drei Prozent der Bevölkerung aus, so dass ihre Politiker bei einer demokratischen Verhältniswahl wenig Chancen hätten. Deswegen präferieren sie ein Wahlverfahren, in dem Körperschaften und Interessenverbände (Unternehmer, Gewerkschaften, Studenten, ethnische Gruppen, soziale Verbände...) unabhängig von einer freien Wahl ihre Vertreter in die Asamblea delegieren – ein korporatistisches Modell, wie es aus dem Faschismus bekannt ist. Vor allem kleinere Organisationen und Bevölkerungsgruppen unterstützen diesen Vorschlag. Die »soziale Bewegung« in Form der unzähligen Initiativen, Kleingruppen, Organisationen, ist derzeit allerdings weder an der inhaltlichen noch an der formalen Diskussion zur Asamblea Constituyente in breitem Maße beteiligt.

Das »Tramparendum«

Ein erster Akt »direkter Demokratie« sollte das Referendum über das Erdgas sein, das im Juli 2004 durchgeführt wurde. Spätestens hier offenbarte sich die in dieser Frage ausweglose Situation der Regierung, die zwischen sozialen Bewegungen und internationalen Konzernen bzw. ausländischen Regierungen eingeklemmt ist.

In dem Referendum sollte das berüchtigte Gesetz Nr. 1689 annulliert werden, das Gesetz über fossile Brennstoffe (*ley de hydrocarburos*), mit dem die vorherige Regierung den Verkauf des Erdgases regeln wollte. Außerdem wurden weitere vier Fragen gestellt, teilweise umständlich verklausuliert, deren Konsequenzen eine Verstaatlichung des Erdgases betreffend bis heute nicht klar sind.

Es existieren ca. 80 Verträge mit ausländischen Unternehmen, die Erdgas fördern und verarbeiten. Sie zu kündigen, brächte den bolivianischen Staat in beträchtliche politische und finanzielle Schwierigkeiten. Die komplette Enteignung der bolivianischen Gasindustrie ist kaum umzusetzen, zumal Bolivien extrem von »Unterstützungszahlungen« durch ausländische Banken bzw. internationale Institutionen wie Weltbank oder IWF abhängig ist und kaum über technische Mittel verfügt, um die Gasvorkommen ausbeuten zu können.

Den Staat zum Eigentümer an den fossilen Brennstoffen zu erklären, ist der Trick der Regierung, um formal der Forderung der Bevölkerung und der sozialen Bewegung zu entsprechen, ohne die internationalen Ölunternehmen zu verprellen. Bereits im Frühsommer erklärte die spanische *REPSOL*, die Neufassung des Brennstoffgesetzes werde für sie keine wesentlichen Veränderungen bringen.

Die linken Parteien und Gruppen hatten deswegen zum Boykott des Referendums aufgerufen. Die Beteiligung war zwar mit landesweit 60 Prozent relativ gering, aber vor allem in El Alto, dem Zentrum des Oktober-Aufstands, war sie viel höher, was darauf schließen lässt, dass die Akteure der Revolte sich eher beteiligt haben, als die Bevölke-

* **»Camba«** werden die Einwohner der Region Santa Cruz traditionell genannt. In den letzten Jahrzehnten ist die erst in jüngster Zeit zugezogene weiße Oberschicht von Santa Cruz dank reicher Erdgasfunde zu beträchlicher ökonomischer Macht gekommen. Sie definieren sich heute als »Nación Camba«, um ihre kulturelle Verschiedenheit zu betonen und ihren Anspruch auf Unabhängigkeit zu begründen. (»Wir sind groß, weiß und sprechen Englisch.«). Sie haben mit den dort seit Jahrhunderten lebenden »Camba« tatsächlich nichts zu tun, es kommt sogar bisweilen zu bewaffneten Auseinadersetzungen zwischen *diesen* und *jenen* »Camba«.

rung auf dem Land, wo die politischen Instrumente des Staates ohnehin nicht sehr tief verankert sind. Dennoch wird die geringe Beteiligung und die hohe Anzahl der ungültigen Stimmen (ca. 25 Prozent der abgegebenen Stimmen) vor allem in der Linken als eine breite Ablehnung des »Tramparendums« (Zusammensetzung aus »trampa – Falle, Betrug« – und »Referendum«) interpretiert.

Die Regierung Mesa wertet das Ergebnis des Referendums als Zustimmung zu ihrer Politik. Die gültigen Stimmen sprechen sich mehrheitlich für die »Wiedererlangung des Eigentums an den fossilen Brennstoffen durch den bolivianischen Staat« aus, sowie für die Verwendung der Gelder, die aus deren Ausbeutung fließen, für soziale Zwecke, Bildung, Gesundheitswesen und Straßenbau.

Der *MAS*, die wichtigste »oppositionelle« Partei, wertet das Ergebnis als Votum für die vollständige Verstaatlichung der Erdgasindustrie. In dieser Einschätzung wird der *MAS* von einer breiten Basis unterstützt, die in den folgenden Monaten mit Straßenblockaden und Protestmärschen den Gesetzesvorschlag der Regierung zu Fall gebracht hat. Aber auch der *MAS* fordert inzwischen nicht mehr die Verstaatlichung sondern – ebenso wie die Regierung – eine 50-prozentige Steuer auf die Gewinne der Unternehmen (in etwa eine Verdoppelung der Steuern) – allerdings sofort, während die Regierung eine schrittweise Anpassung über 35 Jahre vorsieht.

Das Projekt der Regierung: Einbindung der Bewegung in den Staat

Auch wenn in der Frage der Erdgasvorkommen Uneinigkeit herrscht, genießt Carlos Mesa in der Bevölkerung ein hohes Ansehen. »Der beste Präsident, den Bolivien je hatte« – das mag angesichts seiner Vorgänger weder ein großes Kompliment noch eine besondere Schwierigkeit sein, aber seine unideologische Politik, die auf Integration der bislang Ausgeschlossenen und ihrer Bewegungen zielt, kommt an.

Das Projekt Carlos Mesas, moderne, rechtsstaatliche Strukturen unter Beteiligung breiter Kreise der Bevölkerung durchzusetzen, kann sich der sozialen Bewegung bedienen, die kein grundsätzlich antistaatliches Programm hat. Weil sich sozialer Protest in Bolivien inzwischen als »Indígena-Bewegung« formiert, gibt es keine großen »linken« Parteien (mehr), die die sozialen Gegensätze als Klassenverhältnis thematisieren würden. Die beiden wichtigen »linken« Parteien, der *MAS* und der *MIP* (*Movimiento Indígena Pachakuti* – Indigene Bewegung »von der Erde«) sind als die politischen Organe der jeweiligen Basisbewegungen der Cocaleros und der Aymara-Bauern zu verstehen, wobei sich das Verhältnis oft umkehrt und die Basismilitanten mit ihren Blockaden und anderen Aktionen dazu benutzt werden, die parlamentarischen Debatten zu unterlegen.

Weil die sozialen Gegensätze als ethnische oder rassistische Gegensätze erlebt und thematisiert werden, ist die Einbeziehung der indigenen Bevölkerung in das staatliche Projekt eine Voraussetzung für dessen Erfolg. Die *Asamblea Constituyente* ist dabei ebenso eine Möglichkeit wie die Kommunalwahlen vom Dezember 2004, zu denen erstmalig »Bürgervereinigungen« von ausschließlich lokaler Bedeutung zugelassen waren. Dieser Einbindung der Bewegung in das staatliche Reformprojekt kommt entgegen, dass sowohl die *Asamblea Constituyente* als auch das Erdgas-Referendum Forderungen waren, die im Oktober 2003 auf den zahlreichen Märschen geboren wurden. Eine unter Beteiligung der sozialen Bewegung erarbeitete Verfassung würde dem Staat eine neue Legitimation verschaffen. Außerdem führt die Umwandlung der Debatten und Forderungen der sozialen Bewegung in Gesetze zu einer »Verstaatlichung« der Bewegung – zu ihrer Institutionalisierung.

Dieser Prozess ist extrem widersprüchlich, denn die Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation ist groß und die Propaganda für die »partizipative Demokratie« allgegenwärtig, die Diskussion darum heftig: Die einen wollen die Bewegung durch ihre Institutionalisierung über ihren Höhepunkt hinaus verlängern; den anderen, radikaleren, ist die Beteiligung an dem staatsbildenden Prozess zu reformistisch, sie erklären die Institutionalisierung zum Geschäft der Herrschenden.

Eine neue Verfassung könnte das Ende der weißen Oligarchie bedeuten. Die sich abzeichnende Umkrempelung des politischen Systems in Bolivien, wird die Macht vielleicht neu verteilen, aber nicht in Frage stellen. Dass sich die Eliten neu sortieren, bedeutet noch keine tiefgreifende Veränderung eines in sich unmenschlichen Systems. Nur die weitere Organisierung an der Basis und das bitter notwendige Einmischen in die eigenen Belange kann die Situation tatsächlich dauerhaft verändern. Eine große Gefahr für die Bewegung besteht heute darin, die gesellschaftlichen Widersprüche auf ethnische oder kulturelle Widersprüche zu reduzieren. Die rassistische Tendenz, die einer Bewegung, die sich über ethnische Zugehörigkeit definiert, immanent ist, der Bezug auf das »eigene Blut«* steht jeder emanzipatorischen Idee und Praxis entgegen. Inwieweit der Staat mit der Einbindung der Bewegung erfolgreich ist, muss sich erst noch zeigen. Die Gefahr allerdings besteht – und bereits jetzt feiern Linke die bevorstehenden Veränderung des bolivianischen *Staatswesens*, die von Seiten der Herrschenden nach dem Motto: *»Alles ändern, damit sich nichts ändert«* betrieben wird. ■

Die Rolle der NGOs

Im Prozess der »Verstaatlichung« autonomer Strukturen und Prozesse haben die zahlreichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine wichtige Rolle, oft übernehmen sie originär staatliche Funktionen. Die Verankerung der staatlichen Verwaltungsstrukturen auf dem Land nimmt in unzähligen Seminaren dieser Organisationen Gestalt an: Wie wird ein Stimmzettel für das Referendum richtig ausgefüllt? Wie liest man eine Zeitung in spanischer Sprache? Welche Rechte habe ich gegenüber Polizisten? Was macht die Regierung? Wie kann ich für das Bürgermeisteramt meiner Gemeinde kandidieren? Die Zielrichtung ist dabei die Überwindung des Gegensatzes zwischen den staatlichen und den autonomen Strukturen. Das Aufgehen der hergebrachten Organisationsformen in der staatlich-politischen Organisation wäre natürlich mit der Anerkennung der Spielregeln und der Aufgabe der eigenen Regeln verbunden: Mehrheitsentscheidungen anstelle von Konsens, Delegation anstelle von Beteiligung, ...

* Ein Wahlspot der des MIP zur Kommunalwahl 2004 kolportierte die Parole: *»Alles war Friede, bevor die weißen Dämonen kamen. Obwohl sie Katari [Túpac Katari – Anführer einer Guerilla-Bewegung im 18. Jh.] getötet haben, kehren wir Aymara zurück. Stimm für dein Blut!«*

Venezuela:

Welcome to our Revolution

Kollektiv p.i.s.o. 16

Venezuela. Welcome to our Revolution

Innenansichten des bolivarianischen Prozesses

November 2004
Verlag Gegen den Strom
ISBN: 3-9809970-1-4
168 Seiten, 10 Euro

Bestellen kann man hier:
www.linkesbuch.de

»Bereits der Versuch, die sogenannte ‚bolivarianische Revolution' in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als Situation beschreiben, in der sich die innergesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht? Oder gibt es Anzeichen dafür, dass sich der bolivarianische Prozess letztendlich auf einige Sozialreformen beschränken wird und weitergehende Ansätze keine Möglichkeit zur Durchsetzung haben?«

Dieses Zitat stammt aus der Einleitung von *Venezuela. Welcome to our Revolution. Innenansichten des bolivarianischen Prozesses* das soeben vom *Kollektiv p.i.s.o. 16* herausgegeben wurde. Das Kollektiv war im September 2004 in Venezuela, um Gespräche mit *»Protagonistinnen und Protagonisten des ‚revolutionären Prozesses'«* zu führen. Weiter heißt es: »Dabei galt unser Schwerpunkt den Prozessen der sozialen Selbstorganisierung – folglich waren rund die Hälfte der Interviewten Aktivistinnen und Aktivisten aus Basisorganisationen, alternativen Medien, sozialen Netzwerken, Gewerkschaften und bäuerlichen Organisationen«. Aufgrund dieser Schwerpunktsetzung und der zeitlichen Beschränkung (der Reise) seien wichtige Aspekte zu kurz gekommen (z.B. die Wirtschaftskonzepte der Regierung, die Rolle des Militärs und des Präsidenten, sowie die Positionen linker Frauenorganisationen und indigener bzw. afro-venezulanischer Bevölkerungsgruppen).

Ich würde ein weiteres Manko hinzufügen: Obwohl nach politischen Konzepten der Basis gesucht wurde, bleibt das Buch meist bei den Positionen der politischen Repräsentanten dieser Basis stecken. Besonders augenfällig ist das im Kapitel »Kapital & Arbeit«, in dem neben Vertretern des neuen Managements von *PDVSA* (staatlicher Ölkonzern) nur Gewerkschaftsfunktionäre zu Wort kommen. So erfahren wir einiges über die Konzepte von oben und die Widersprüche in den Gewerkschaften, aber wenig über die alltäglichen Realitäten und die Auseinandersetzungen in den Betrieben.

Trotz dieser Beschränkungen bietet das Buch eine Fülle von interessanten Materialien für die Beschäftigung mit der venezolanischen Situation. Die Gesprächspartner stellen ihre Unterschiedlichkeit bezüglich der Konzepte offen dar, es wird nicht mit Kritik gespart, und so erfahren wir einiges über die Konfliktlinien innerhalb der »bolivarianischen Bewegung«. Die Gespräche sind in die Kapitel »Barrios & Basis«, »Misiones & Soziales«, »Land & Freiheit«, »Medien & Kommunikation«, »Netzwerke & Organisierung«, »Kritik & Konzepte« und das schon erwähnte »Arbeit & Kapital« eingeteilt. In jedes Kapitel wird extra eingeführt, und sie werden zum Teil durch Artikel und Dokumentationen ergänzt. Schließlich gibt es noch ein kleines Glossar und eine Bibliographie mit weiteren Materialien zum Thema. Alles das macht das Buch sowohl zu einem nützlichen Nachschlagewerk als auch zu einer brauchbaren Einführung in das Thema Venezuela.

Wer sich allerdings eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage und damit eine Bewertung des *Prozesses* erwartet, wird enttäuscht werden. Es handelt sich eher um Futter für die gerade beginnende Diskussion. *»Wir hoffen ... dass diese Lektüre andere dazu motiviert, sich umfassender mit dem Prozess der Veränderung in Venezuela auseinander zu setzen.«* (Editorial) ■

Leserbrief

Umstrittene Spielräume

Zur Besprechung von „made in venezuela“ in Wildcat 71 hat uns ein Genosse aus Spanien einen Leserbrief geschickt. Er war im Frühjahr 2004 für einen Monat in Venezuela.

Kontakt zu Antonio:
www.doctorlandia.com

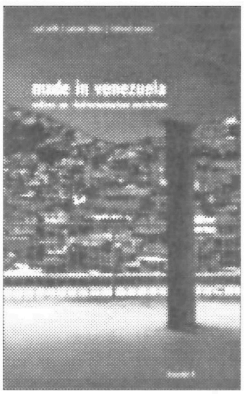
MG stellt vor allem heraus, dass die »bolivarianische Revolution« gar keine Revolution in dem Sinne ist, wie sie die marxistische Linke seit der Kommune von Paris versteht: »Die Situation am Arbeitsplatz und die Frage nach der Kontrolle und Organisation der Produktionsprozesse sind unterbelichtet.« »... aber im gesamten Buch findet man keinen einzigen Hinweis auf irgendeine Arbeiterversammlung, die abwählbare Delegierte wählt und entscheidet, was, wie, wann, womit und wofür produziert und verteilt wird. Solche Entscheidungen sind unangefochten in den Händen von Staatsbürokraten oder Privatkapitalisten.«

Das mag alles stimmen, und es stimmt auch tatsächlich. Aber diese Argumente können den revolutionären Charakter des Prozesses nicht verneinen. Es wäre nicht richtig, wenn wir ihn nur dann als revolutionär anerkennen würden, wenn die Arbeiter dabei sind, die Macht zu übernehmen und die Unternehmer von den Produktionsmitteln zu enteignen. Aber die Geschichte spielt sich nicht nach Maßgabe der Theoretiker ab, sondern hat eigene Mechanismen, und wenn sie uns in neue, unerwartete Situationen bringt, sollten wir nicht versuchen, sie in unsere geistigen Schemata zu pressen.Die Chávez-Regierung ist nicht sozialistisch und behauptet auch nicht, die Produktionsmittel zu sozialisieren. Alle in Venezuela wissen das. Chávez sagt das vollkommen deutlich in einem Interview: »Ich bin weder Marxist noch glaube ich an die proletarische Revolution. Denn ich sehe in keinem Land der Welt die Arbeiter den Kampf gegen den Kapitalismus anführen.«

(...)

Was ist also das Revolutionäre an dem Prozess, den die Chávez-Regierung angestoßen hat? Antwort: Das Revolutionäre ist die Tatsache, dass er die Bildung sozialer Organisationen, Radiostationen, unabhängiger Publikationen, in denen jeder sagt, was er denkt, ermöglicht hat. Vielleicht gibt es heute auf der ganzen Welt kein anderes Land mit vergleichbaren Freiheiten. Die zu einem guten Teil vom Staatsapparat subventioniert werden, der sie wiederum dazu benutzt, um Nationalismus und Patriotismus zu propagieren. Das sollte uns nicht erstaunen und auch nicht Gegenstand einer Kritik sein, denn es gehört zu einer bürgerlichen Regierung, dass sie an einer ökonomischen Entwicklung interessiert ist, die weniger vom Giganten aus dem Norden abhängt als die sie umgebenden Ökonomien. MG sagt: »Der Appell an die nationale Solidarität ist das ideologische Gift, das jede ernsthafte Klassenkonfrontation in den Sumpf der Akzeptanz der sozialen Verhältnisse zieht.« Einverstanden, aber diese Vorstellung bringt man den Arbeitern nahe, wenn man ihnen zeigt, dass der venezolanische Unternehmer genauso ein Ausbeuter ist wie der ausländische. Und das nimmt nur im alltäglichen gewerkschaftlichen Kampf Gestalt an, und dort müssen wir sein, die wir uns revolutionär nennen, und müssen das den Arbeiterin deutlich machen. Dabei handelt es sich um einen Prozess und nicht um eine Schulstunde. Dieser Prozess ist sehr widersprüchlich.

Aus meinem Besuch habe ich die Schlussfolgerung gezogen, dass der stärkste Feind, den es zur Zeit zu bekämpfen gilt, nicht die »chavistische« Ideologie ist (die weniger eine Ideologie, sondern mehr eine Bewegung ist), sondern die sektiererische Linke: Trotzkisten und Anarchisten, die es sehr eilig zu haben scheinen, der venezolanischen Bevölkerung auf der Basis ihrer europäischen Theoretiker klarzumachen, wie ihr leuchtendes revolutionäres Morgengrauen aussehen wird. Die Trotzkisten sind schlauer und versuchen den Prozess durch die Einführung ihrer Ideen zu begleiten, wie Allen Woods mit seinem langen Brief »Los marxistas y la revolución venezolana«[1]. Aber die Anarchisten gehen weiter und sprechen von einer dritten Alternative angesichts der Reaktionäre auf der einen Seite und dem Chavismus auf der anderen Seite: »Durch eine konsequent antiautoritäre und libertäre Haltung sind die venezolanischen Anarchisten auf Distanz sowohl zu den Vertretern des *Chavismo* als auch zur Opposition geblieben, die aus der Unzufriedenheit der Bevölkerung Kapital schlagen wollen, um ein noch ausschließenderes und elitäreres Projekt als unter der Führerschaft von Chavez zu installieren. Wir Libertäre spinnen ohne Eile aber auch ohne Pause an einem Netz von



[1] »Los marxistas y la revolución venezolana«: www.elmilitante.org

[2] »Los anarquistas venezolanos frente al chavismo«: www.nodo50.org/ellibertario/a_chavez.htm

[3] www.cne.gov.ve/resultados

Sektoren, die in diesem Land an einer Alternative arbeiten, die voller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit sein wird.«[2]

Es ist nicht nötig zu erwähnen, wem so etwas in der polarisierten venezolanischen Gesellschaft dient, in der ein David einem Goliath gegenübersteht. Erinnern wir uns daran, dass Marx sich der Kritik an den Irrtümern und Fehlern der Pariser Kommune enthielt, auch wenn er sie kannte, bis sie geschlagen war. Während eines solchen Prozesses muss man sich auf die Seite derjenigen stellen, die die besten Möglichkeiten für den Fortschritt der Revolution geben. Mit der »Vetternwirtschaft« und den Versuchungen der bürgerlichen und darüber hinaus korrupten Kader des *chavismo* muss man rechnen, denn sie sind ein natürliches Produkt der bürgerlichen Gesellschaft. Sie müssen nicht kritisiert, sondern bekämpft werden.

(...)

Als ich in Caracas war, habe ich mich besonders mit den Gewerkschaften beschäftigt. Ich habe an ihren öffentlichen Versammlungen teilgenommen und habe in der Zentrale der neuen Gewerkschaft UNT mit den »Koordinatoren« gesprochen und Material gesammelt. Meine Schlussfolgerungen ziehe ich mehr aus der Beobachtung ihres Milieus und ihrer Verhaltensweisen als aus dem, was sie mir wörtlich gesagt haben. Ich habe eine Gewerkschaft vorgefunden, deren Kader mehrheitlich Kommunisten verschiedener Strömungen sind, scheinbar mit einer Dominanz trotzkistischer Herkunft, die alle dasselbe erzählen wie kommunistische Gewerkschafter in Europa. Sie bewegen sich innerhalb des *chavismo* ohne größere Probleme. Die UNT befindet sich noch im Aufbau und ihre Büros (in Caracas) gehören dem Arbeitsministerium.

Man kann nicht gerade behaupten, die Arbeiterklasse stünde an der Spitze der Bewegung. In einer Gesellschaft mit einer Armutsrate von mehr als 70 Prozent sind diejenigen, die eine mehr oder weniger gutbezahlte Anstellung haben, Konsumenten geworden. Sie haben Wohnung, Auto, Möbel etc gekauft, auf Kredit selbstverständlich, und sie sind dabei, zu einem Teil der unteren Mittelklasse zu werden. Im Zentrum von Caracas wimmelt es von Büros kleiner Kredithaie für diejenigen, die Probleme beim Bezahlen ihrer Schulden haben. Genauso wie hier haben diese Arbeiter eine mehr oder weniger konservative Tendenz, sie wollen sozialen Frieden und Arbeit, damit sie ihre Hypotheken bezahlen können. Die Verschuldung pro Familie hat für ein Dritte-Welt-Land wie Venezuela ein ziemlich hohes Niveau. Das wissen auch die Rechten, die versuchen, diese Arbeiter für sich zu gewinnen, indem sie über die Medien ständig ein Klima der Konfrontation und Unsicherheit schüren, in dem das Land angeblich wegen Chávez lebt. Ein Klima, das man nirgends spürt, außer auf den immer schlechter besuchten und immer gewalttätigeren Demos der Opposition selbst. Die größte Unterstützung hat der *chavismo* beim »Lumpenproletariat«, das aus Straßenhändlern, selbständigen Arbeitern, Prekären, *indígenas* und Bauern besteht, also denjenigen, die der Kapitalismus nicht vollständig in den Produktionsprozess integriert hat. Andererseits sind die Ergebnisse des Referendums in den dichter besiedelten und weiter industrialisierten Regionen ausgeglichener als in den ländlichen Regionen.[3]

Zum Schluss möchte ich noch auf die *Universidad Central* eingehen: Aus dieser »Bastion der Linken«, wie MG sie nennt, ist ein guter Teil der Politiker der Vierten Republik und von Ex-Revolutionären hervorgegangen, die heute die Stoßtrupps der *Coordinadora Democrática* bilden. Die Lateinamerikaner haben bereits genügend Erfahrungen mit solchen Linksradikalen aus den 60er und 70er Jahren, die später in die Regierung gegangen sind. Es gibt in der großen Mehrheit der universitären Linken, egal welcher Strömung, die Tendenz, das Volk zu regieren, denn die kulturellen Unterschiede sind in Lateinamerika so brutal, dass sich diese Linken noch nicht einmal vorstellen können, dass das Volk irgendeine Idee oder ein Projekt hervorbringen könnte. Außerdem muss man sich etwas klarmachen, was in der Buchkritik von MG überhaupt keine Rolle spielt, aber im venezolanischen Prozess sehr wichtig ist: den latenten Rassismus der Mittelklassen. Die Armen sind nicht nur einfach arm, wie hier in Europa, sondern sie sind auch schwarz, Mischlinge, Mulatten und Indios, was für die Mittelklassen gleichbedeutend ist mit Säufern, Idioten, Drogenabhängigen und Dieben. Es gibt also noch viele offene Kampflinien und viele Hindernisse, die überwunden werden müssen.

In der aktuellen Weltlage und angesichts der Stellung Venezuelas ist es unsere Aufgabe, auch wenn es sich um eine bürgerlichen Revolution mit antikolonialistischen Zügen handelt, diese zu unterstützen und zu vertiefen, indem wir zu konkreten Punkten Stellung nehmen und in unseren Kritiken die positiven Seiten betonen. Wenn z.B. die Regierung den Organisationen Geld und Büros zur Verfügung stellt, damit diese ohne Vorbedingungen und Zensur diskutieren können, dann sollten wir das begrüßen, auch wenn die Regierung daran interessiert ist, sie zu kontrollieren. Denn je mehr Menschen sich daran beteiligen, desto schwieriger sind sie zu kontrollieren. Ich habe viele Texte solcher Publikationen gelesen und bin völlig sicher, dass sie nicht den Anweisungen der Regierung folgen. Sie gehen viel weiter und sind weder zensiert noch verboten worden. *Antonio, Zaragoza*

Die Krise der israelischen Gesellschaft

Mit Höllentempo

Im Vorwort zu seinem vor kurzem in Deutsch erschienen Buch erzählt der israelische Autor Michael Warschawski eine Begebenheit am Strand von Haifa. In einer Zone, in der Ballspielen verboten ist, spielt ein Vater mit seinem Sohn Strandtennis. Als er höflich auf das Verbotsschild aufmerksam gemacht wird, wehrt sich der gekränkte Vater mit der Bemerkung: »Soll ich der einzige in diesem Land sein, der sich an die Gesetze hält?«

Ausführlich beschreibt der Autor anschließend, worauf sich dieser Ausspruch bezieht, nämlich auf den Zerfall der israelischen Zivilgesellschaft, in die die Gewalt der Besatzung zurückschlägt: die Gewalt im Alltag nimmt zu, die Sprache wird aggressiver, an die Stelle des Gesetzes treten Willkür, Korruption und mafiose Strukturen. Die nichtmilitärische Zensur arbeitet wieder, Universitäten und Massenmedien werden gleichgeschaltet. Das Alltagsleben wird immer stärker religiösen und vor allem militärischen Erfordernissen untergeordnet, ohne dass es nennenswerten Widerstand dagegen gäbe.

Warschawski, von 1971-1984 Herausgeber der linksradikalen Zeitschrift *Mazpen* und 1982 Mitbegründer des *Reserve Soldiers Movement*, sieht Israel in den siebziger und achtziger Jahren auf dem Weg zu einem »normalen« demokratischen und laizistischen Staat. Den Wendepunkt datiert er auf den 5. November 1995, als Premierminister Rabin von einem Rechtsradikalen erschossen wird. Mit diesem Mord machte die radikale Rechte nicht nur Schluss mit zwei Jahrzehnten der Normalisierung und Liberalisierung der israelischen Gesellschaft, sondern auch mit der israelisch-palästinensischen Annäherung.

Um die Einverleibung der besetzten Gebiete und die Gewalt gegen die Zivilisten und die Zerstörung ihrer Wohnorte, ihrer Infrastruktur und ihrer Institutionen vor der einheimischen und internationalen Öffentlichkeit zu rechtfertigen, wurden die Palästinenser »ent-zivilisiert«. Es wurde der Eindruck erweckt, als müsse man einem zweiten Holocaust zuvorkommen, indem man ein »terroristisches« Volk unterdrückt, das sich das Ziel gesetzt habe, die Juden ins Meer zu werfen.

Diese Taktik ist erfolgreich (und erhielt durch den 11. September einen zusätzlichen Rechtfertigungsschub). Mit der Gleichsetzung von Palästinensern und Terrorismus wird jede Grenze gegenüber Rassismus und Gewalt hinweggeschwemmt. Israel wird zur »ent-grenzten« Gesellschaft mit den oben beschriebenen Folgen und fährt im Höllentempo seinem eigenen Ende entgegen.

Warschawskis Beschreibung der Entwicklung seit 1995 ist deutlich und erschreckend, auch wenn er den konstitutionellen »Geburtsfehler« dieser ganzen Entwicklung, nämlich den dem Zionismus innewohnenden Rassismus, nur am Rande streift. Trotzdem formuliert er am Schluss die Hoffnung, dass die innerisraelische Opposition und aufgeklärte WeltbürgerInnen die Höllenfahrt noch aufhalten können. Eine Hoffnung, die wohl nur grenzenlose OptimistInnen zu teilen vermögen.

-ebbe-

Michael Warschawski

Mit Höllentempo –
Die Krise der israelischen Gesellschaft

Aus dem Französischen von Barbara Heber-Schärer

Erschienen 2004 in der Edition Nautilus
Alte Holstenstr. 22
21031 Hamburg
www.edition-nautilus.de
ISBN 3-89401-448-2
10,90 Euro

graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

Blick aus dem Sammerloch

★ concert for anarchy
★ widerstand gegen staat und krieg
★ antirassismus und antisexismus
★ gewaltfreier anarchismus
★ ökologie u.v.m.

Jahresabo 25 € (10 Hefte)
Probeheft kostenlos

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

was bisher geschah

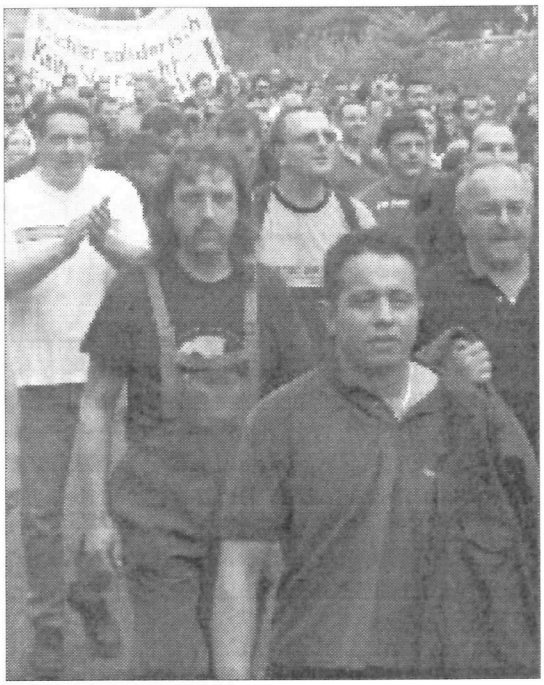
In *Wildcat* 71 wurde doch tatsächlich behauptet, die **Maggi-ArbeiterInnen** in *Sindelfingen* seien in den Vollstreik getreten ... die Fabrik steht natürlich in *Singen*! Sie konnten wesentliche Punkte des Kostensenkungsprogramms abwehren – allerdings auf Kosten der bezahlten Pausen für Schichtarbeiter.

Schon mehrmals (*Wildcat* 69, 70 und 71) haben wir über den **Streik beim Leverkusener Busunternehmen HBB** berichtet. Seit dem 9. Januar 2004 streiken die FahrerInnen gegen die Billiglöhne im ausgelagerten Betrieb. Der Streik hat immer noch kein Ende gefunden. Nachdem sich monatelang nichts bewegt hatte, setzten alle Seiten auf die Kommunalwahlen Ende September, mit der Hoffnung, dass eine veränderte politische Konstellation den Konflikt zu einem Ende bringen könnte. In Leverkusen kam es zur Stichwahl, ver.di ließ die Streikenden Tausende von Werbezetteln verteilen, die zur Wahl des SPD-Oberbürgermeister-Kandidaten aufriefen. Der wurde dann auch gewählt. Genützt hat das nichts. Im November verkündeten ver.di-Vertreter ein Verhandlungsergebnis und das unmittelbar bevorstehende Ende des Streiks. Kurz darauf erklärte der HBB-Geschäftsführer, es handele sich um ein Missverständnis. Seiner Meinung nach hätten keine Tarifverhandlungen, sondern lediglich Sondierungsgespräche stattgefunden. Verhandelt wird nun um das Ausmaß der Einschnitte beim Einstieg in den Spartentarifvertrag...

Immer mehr **Blackouts!** (siehe *Wildcat* 67). Diesmal hat es u.a. das Rechenzentrum der *Bundesagentur für Arbeit* erwischt:

»Ein Schmorbrand in einem zentralen Rechenzentrumsstandort der Bundesagentur für Arbeit (BA) am 16. November 2004 hat zu Unterbrechungen im allgemeinen IT-Betrieb und zu einem Ausfall des für die Erfassung der Arbeitslosengeld-II-Anträge genutzten IT-Verfahrens Arbeitslosengeld II – Leistungen zum Lebensunterhalt (A2LL) geführt. Um eventuelle Verzögerungen aufholen zu können, sind die Betriebszeiten des Computersystems um mehr als zwei Stunden auf mehr als 14 Stunden täglich erweitert worden.« (aus einer Pressemeldung der Bundesagentur für Arbeit)

Inzwischen sollen angeblich 90 Prozent der Anträge bearbeitet sein, wie, steht auf einem anderen Blatt, im Dezember gab es massig Meldungen über fehlerhafte Bescheide. Abgesehen davon, dass auch »richtige Bescheide« für Unruhe sorgen werden. Ob die Beschäftigten der Arbeitsagenturen durch die Ausweitung der Arbeitszeiten ihre Situation mit denen ihrer »Kunden« diskutieren wollen – das wissen wir nach den *Agenturschluss*aktionen !



Ich-AGs revisited

»Wenn der Winter wieder so schlecht läuft...«
Interview mit Handwerker / Ich-AG

(Fortsetzung zu *Wildcat* 68, S. 52)

Vor einem Jahr war Deine Sorge, »Selbständigkeit bedeutet drei Jahre arbeiten ohne Urlaub« – wie ist's denn gelaufen?

Ich hab eine Art Zwangsurlaub einlegen müssen, zwischen Mitte Januar und Mitte April hab ich einfach nix zu arbeiten gehabt, bin aber nur eine Woche weggefahren, weil ich immer was gesucht habe. Dann hab ich noch einen Monat Alb in der Schweiz gemacht, wo ich nur ein Taschengeld verdient habe. Im August konnte ich auch nicht arbeiten, da hat mein Rücken nicht mitgemacht – also lauter Ausfälle. Bisher konnte ich das mit meinen anderen Aufträgen ausgleichen, aber von den 10 000 Euro, die ich dieses Jahr eingenommen habe, ist nichts übriggeblieben.

Der Winter war also schwierig...

Ja, auf den Baustellen wollen die Leute vor Weihnachten möglichst alles fertig haben, danach gehen sie erst mal in Urlaub. Ab Mitte Januar war Flaute. Die Zimmereien, die ich angerufen habe, hatten teilweise auch nichts zu tun und mussten ihre Leute in Kurzarbeit schicken.

In meinem damaligen Betrieb war's letzten Winter genau andersrum: Riesenauftrag und dann sollten wir plötzlich Überstunden machen, da ging nach einigen Wochen der Krankenstand hoch. Das wird bei Dir vermutlich anders sein: Hat sich Dein Verhältnis zum »Kranksein« verändert, weil Du Dir praktisch selber den gelben Schein ausstellen musst?

Den Job, den ich für August hatte, musste ich fallen lassen, weil ich mich wegen meinem Rücken einfach nicht bewegen konnte. Im September hab ich dann glücklicherweise einen soften Auftrag gehabt. Ich mach auch die unterschiedlichsten Sachen, hab z.B. schon im Theater Vorhänge montiert. Insgesamt gehst du vielleicht bis zu einer anderen Schmerzgrenze, als wenn du im Betrieb beschäftigt bist, wo du nur den Schein einreichst. Wenn du einen Auftrag hast, den du nicht verschieben kannst, gehst du auch schwer erkältet arbeiten, aber das hab ich auch schon früher manchmal im Betrieb gemacht.

Wie viele Stunden hast Du pro Woche gearbeitet, wenn Du Aufträge hattest, mit allem Drum und Dran, Aufträge reinholen, Angebote und Rechnungen schreiben, Material kaufen, auf den Baustellen selber?

Weiß ich nicht genau, ist halt sehr unterschiedlich. Im Theater war z.B. jede Arbeitsstunde effektiv bezahlt, da bin ich einfach ohne Werkzeug hingegangen. Bei anderen Aufträgen ist der Stundenlohn niedriger als auf der Rechnung, aber ich muss mich auch nicht so hetzen.

Woher kommen Deine Aufträge?

Ich mach keine Werbung wegen der Handwerkskammer und der Meisterbestimmung, alles läuft über Weitersagen. Inzwischen hab ich zwei Auftraggeber, die immer wieder auf mich zurückkommen, aber das wird irgendwann vorbei sein.

Wie war die Antragsstellung beim Arbeitsamt, als das zweite Jahr Deiner Ich-AG losging?

Relativ locker. Ich musste für die ersten zehn Monate eine Einnahme-Überschuss-Rechnung aufstellen, wie fürs Finanzamt, mit der sie eine Tendenz ausmachen. Wirklich überprüfen, ob ich mit der Firma überleben kann, wollen sie erst am Ende des zweiten Jahres. Sie wollten noch nichtmal Kontoauszüge sehen.

Ist die Konkurrenz in Deiner Branche größer geworden und schlägt sich die in den Löhnen nieder? Immerhin gibt es ja inzwischen fast doppelt so viele Ich-AGs wie vor einem Jahr.

Direkte Konkurrenz hab ich nicht so stark zu spüren bekommen, aber ich hab es erlebt, dass einer der Auftraggeber den Aufbau bei der Landesgartenschau noch mit Leuten wie mir gemacht hat, dann hatten wir Ärger mit ihm, und er hat den Abbau mit Leuten vom Arbeitsamt oder aus Polen gemacht.

Verändern sich die Löhne für Schwarzarbeit?

Es gibt ausländische Kollegen, die billiger arbeiten als die deutschen. Ich hatte mal eine Diskussion mit einem, dem ich gesagt habe, er muss mehr Geld nehmen, hat er auch eingesehen, wusste aber nicht, wie er das durchsetzen soll. Unter Bekannten, die was Ähnliches machen wie ich, reden wir auch über die Löhne. Unter 20 Euro in der Stunde tritt niemand zu einem regulären Job an, und wenn ich mit meinem ganzen Werkzeug kommen soll, muss es auch mehr sein. Schwarz ist es entsprechend ein paar Euro weniger.

Wie sieht Deine Perspektive aus?

Das Loch im Winter hat mich ziemlich frustriert, deshalb hab ich mich in dieser Zeit für eine Ausbildung zum »Arbeitserzieher« beworben, hab aber für dieses Jahr keinen Platz mehr bekommen, werde es für nächstes Jahr noch mal versuchen – dann würde ich die Firma aufgeben. Ich würde Meister-Bafög bekommen, teilweise ist das ein Kredit, aber ich hoffe, dass ich vorher genug Geld verdienen kann, um ohne Schulden aus der Schule rauszukommen. Allerdings kann ich vom Meister-Bafög nicht leben, müsste also noch nebenbei arbeiten. Wie das laufen soll, kann ich mir im Moment gar nicht vorstellen, denn die Schule ist ja ganztags. Aber wenn der Winter wieder so schlecht läuft, geh ich aufs Arbeitsamt zurück und warte auf die Ausbildung. ■

»Die Auftraggeber können ganz schön zynisch werden ...«
Interview mit einer Webdesignerin

(Fortsetzung zu *Wildcat* 68, S. 50)

Du hattest am Anfang Deiner Ich-AG einen größeren Auftrag bei einem Wohlfahrtsverband, für den konntest Du später kontinuierlich zwei Tage in der Woche arbeiten.

Ja, zum Glück ist das weitergegangen und sogar mehr geworden. Ohne diesen festen Auftrag hätte ich wenig Chancen. Nebenher mache ich nur ganz kleine Geschichten, davon könnte ich kaum leben und müsste Aufträge akquirieren.

Wie kommst Du an die Aufträge?

Bisher über Mund-zu-Mund-Propaganda, eigentlich habe ich noch gar keine aktive Akquise betrieben, weil ich mich nicht gut anpreisen kann, das macht mir schon bei den festen Aufträgen Schwierigkeiten.

Gehst Du zum Arbeiten in ein Büro bei dem Wohlfahrtsverband?

Ich kann viel zu Hause machen, aber manchmal muss ich auch dort hin – und das ist besser, als die ganze Zeit alleine hier zu sitzen.

Rettung in die Selbständigkeit?

Alle Zahlen haben den Stand 31. Oktober 2004 für die Gesamt-BRD, teilweise sind sie gerundet. Quellen sind die entsprechenden Statistiken auf der Website der Bundesagentur für Arbeit und ein Gespräch mit der dortigen Pressestelle.

Personalserviceagenturen (PSA):
Es gibt 883 dieser Agenturen, mit rund 37000 vorgesehenen Stellen, also 42 ArbeiterInnen pro Agentur. Insgesamt wurden bisher 92000 ArbeiterInnen in die PSA gesteckt, im Moment sind es 28000. 64000 sind also wieder raus, von denen sind 24000 »integriert« worden, das entspricht einer »Integrationsquote« von 32 Prozent. Wohin die 24000 »integriert« worden sind, bleibt unklar: Die Zahl gibt sämtliche Austritte aus den PSA wieder, auch diejenigen, die in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt worden sind. Selbst wenn wir großzügig annehmen, dass zwei Drittel der 24000 dieses Schicksal erfahren haben, weisen alle genannten Zahlen darauf hin, dass die PSA ein Flop sind. Was wir nicht wissen: wie viele Leute wurden über die Drohung mit der PSA in eine Sperrzeit oder in den Verzicht auf die staatlichen Leistungen getrieben.

Überbrückungsgeld
96000 in 2001 (Monatsdurchschnitt 8000)
123000 in 2002 (Monatsdurchschnitt 10250)
157000 in 2003 (Monatsdurchschnitt 13000)
148000 bis Oktober 2004 (Monatsdurchschnitt 14800)

Insgesamt also 525000 Leute, die bisher in diese Leistung gegangen sind, mit steigender Tendenz. Bis Ende 2004 ist eine Steigerung zu erwarten – viele werden versuchen, auf diese Weise HartzIV/AlgII noch eine Weile zu umschiffen. Es wird nicht erfasst, wieviele danach wieder in den Schoß der Agentur zurückkehren.

Existenzgründungszuschuss (Ich-AG)
93000 in 2003 (Monatsdurchschnitt 7700)
127000 bis Oktober 2004 (Monatsdurchschnitt 12700)

Es gab 2004 eine deutliche Steigerung, insgesamt haben 220000 Leute eine Ich-AG gegründet.
Allerdings steigt auch die Rate der Abgänge: von 8,6 Prozent im März 2004 über 16,6 Prozent im Juni 2004 auf 21,4 Prozent im Oktober 2004.
Auch hier ist unklar, ob die »Geschäftsidee« erfolgreich war, ob die Leute im Lotto gewonnen haben oder wieder auf dem Amt gelandet sind. Letztere dürften die große Mehrheit sein.
Die Anträge dürften auch hier bis Ende 2004 zunehmen, vor allem deshalb, weil ab 2005 Leute mit ALGII keine »Ich-AG« mehr machen können. Auch die Zahlen derjenigen »ExistenzgründerInnen«, die sich aus Kostengründen die freiwillige Krankenversicherung lieber sparen, dürfte steigen. Zur Zeit liegt sie noch bei relativ beschaulichen 32000...
Um die zu erwartende Antragsflut einzudämmen, verlangt das Arbeitsamt seit Anfang Oktober einen Geschäfts-, Finanzierungs- und Gewinnerwartungsplan.

Machst Du immer noch eine Siebentagewoche?

Nicht mehr die ganze Zeit, ich kann auch öfter zwei Tage pro Woche frei machen.

Hast Du Urlaub gemacht?

Ich war zwei Wochen in Urlaub, davon aber nur eine Woche ohne Laptop und ohne Arbeit mitzunehmen, weil es auf der Skihütte einfach keinen Strom gab! Das Wegfahren ist immer schwierig.

Bist Du krank geworden im letzten Jahr?

Nein, ich war nicht krank, vielleicht wäre ich normalerweise an ein oder zwei Tagen nicht zur Arbeit gegangen, so hab ich einfach weniger getan. Aber die Angst ist immer noch da, denn ich muss ständig verfügbar sein. Mein Hauptauftraggeber ist zwar auch auf mich angewiesen, aber der Preis dafür ist, dass ich immer abrufbar sein muss, auch an Wochenenden und Feiertagen.

Ist es schwer, in der eigenen Wohnung zu arbeiten?

Ich steh manchmal so unter Druck, dass ich morgens aufstehe und mich mit einer Tasse Kaffee an den PC setze. Perspektivisch hätte ich gerne eine Bürogemeinschaft mit Leuten, die was Ähnliches machen wie ich, aber das kann ich mir im Moment noch nicht leisten.

Woran misst Du die Honorarhöhe?

An meinen früheren Jobs – anfangs kam mir das viel vor, bis ich langsam realisiert habe, dass da ja schon alles drin ist, also die Versicherungskosten und das Geld für den Urlaub usw. Wenn ich mich mit Agenturen vergleiche, mach ich Dumping-Angebote, und ich finde das inzwischen überhaupt nicht mehr richtig.

Wie kalkulierst Du?

Ich hasse es, Angebote schreiben zu müssen, denn die setzen mich unter Druck. Ich hab auch schon Angebote zurückgezogen, wenn ich gemerkt habe, dass es überhaupt nicht hinhaut. Bei meinem Hauptauftrag rechne ich inzwischen alle Stunden ab, auch wenn es nicht so produktiv war, das habe ich am Anfang nicht gemacht. Die zahlen einen festen Stundensatz.

Hast Du versucht, bei dem Wohlfahrtsverband in eine Festanstellung zu kommen?

Ich wollte zumindest eine »feste freie Stelle«, also eine garantierte Honorarsumme im Monat und einen höheren Stundensatz, aber das wurde abgelehnt. Ich war ziemlich deprimiert darüber und bin mir wie Freiwild vorgekommen, denn ich musste ja meine Bedingungen ganz alleine verhandeln, ohne irgendwelche Tarife. Ich hatte auch gar nichts in der Hand, konnte nicht sagen, sie sollen sich jemand anders suchen, wenn ich ihnen zu teuer bin.

Im Hintergrund schwebt, dass es genügend andere gibt. Und die Auftraggeber können ganz schön zynisch werden ...

Kennst Du Leute, die Schwarzarbeit machen?

Sicher. Mir macht Bauchschmerzen, dass fast jeder Schüler ab einem bestimmten Alter inzwischen – zumindest von der technischen Seite – einen Gutteil von dem kann, was ich hier mache. Diese Erfahrung ist ziemlich heftig, denn ich musste mir die Kenntnisse mühsam anlernen, und die Jüngeren wachsen mit dem PC auf. Und es ist nicht gerade mein Hobby, mich um irgendwelche neuen Programme zu kümmern.

Machst Du Weiterbildungen?

Ich kann es mir gar nicht leisten, Kurse zu besuchen, und für mich ganz alleine was Neues zu lernen, dazu fehlt mir die Disziplin. Das Arbeitsamt bezahlt auch nichts mehr in diese Richtung, denn ich bin ja jetzt für mich selbst zuständig.

Wie war die Verlängerung des Antrags auf dem Arbeitsamt?

Die haben zwar inhaltlich nichts nachgefragt, ich musste nur ein Formular mit meiner Kalkulation fürs nächste Jahr ausfüllen, aber es hat mehrere Monate gedauert, bis ich wieder Geld bekommen habe, sie hatten den Antrag schlicht verschlampt...

Wie siehst Du Deine Perspektive?

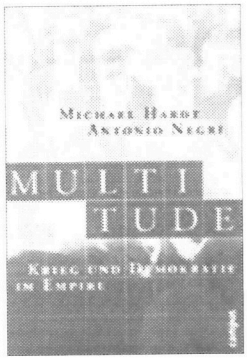
Am liebsten hätte ich eine Festanstellung, aber mir fehlt die Zeit, eine einzige Bewerbung hab ich in letzter Zeit hingekriegt.

In *Wildcat* 66/6, 67 und 68 hatten wir über den **Lohnklau auf Berliner Baustellen** berichtet, bzw. über die Erfahrungen der Gruppe *Elexir-A* bei der Untersützung von illegalisierten Flüchtlingen. Die Gruppe hat diese Erfahrungen inzwischen auf ihrer Webseite zusammengestellt und ausgewertet und zwar auf http://www.elexir-a.org/index.htm

In ihrem Ausblick schlägt die Gruppe die Bildung von *worker centers* vor, um »die Vereinzelung zu überwinden und die Selbstorganisierung von ArbeiterInnen in den Mittelpunkt zu stellen«. In der *Wildcat* 68, Seite 40, hatte uns ein Genosse seine Erfahrungen mit den *worker centers* in den USA kurz geschildert. Die »Idee worker center« wird seit einigen Monaten diskutiert, vielleicht können die Erfahrungen der Berliner Gruppe der Debatte um die Grenzen und Möglichkeiten dieses Vorschlags neuen Schwung geben ... ■

In *Wildcat* 71 hatten wir vom Streik bei Daimler in Untertürkheim und der B10-Besetzung berichtet. Die Broschüre **Erpresswerk DaimlerChrysler** ist eine **Bilanz von Metallern an der Basis** aus diesem Werk. Die beigefügte CD-ROM enthält die Betriebsvereinbarung im Originaltext und kritisch kommentiert; Filme und Fotos vom Aktionstag 15.7.04; TV News 15.-25.7.2004; IGM droht Aktivisten; Kontroverse in der IG Metall; Unsere Flugblätter; 50 ausgewählte Zeitungsartikel.
Bestellungen gegen Spende ab 5 Euro an: Michael Clauss, Palmenwaldstr. 54, 73733 Esslingen. (Geld im Umschlag oder aufs Konto:
Michael Clauss, LBBW, Kto 6662844, BLZ 60050101. In beiden Fällen: Name und Adresse nicht vergessen!) ■

Das produktive Fleisch der Multitude



Michael Hardt / Antonio Negri:

Multitude
Krieg und Demokratie im Empire

Frankfurt/New York 2004 (Campus)
432 Seiten, 34,90 Euro
ISBN 3-593-37410-2

Vor knapp vier Jahren wurde das Buch *Empire* von Michael Hardt und Toni Negri überraschend zum Star im Feuilleton *und* in linken Diskussionszirkeln. Es lieferte Antworten auf ein wachsendes Bedürfnis, die weltweiten Umwälzungen durch Kriege, globalisierte Produktion und neue Kämpfe zu begreifen. Nach Jahrzehnten der Ausdifferenzierung von Identitäten und Dekonstruktion von Begriffen versuchte *Empire* eine neue Synthese aus Marxismus, Poststrukturalismus, Feminismus und Postmoderne. *Empire* bejahte die Globalisierung als neue Stufe von Vergesellschaftung und stellte die gemeinhin »Globalisierungsgegner« genannte Bewegung als die fundamental neue globale Kraft dar, die dem Empire, der neuen netzwerkförmigen und ortlosen Form der kapitalistischen Herrschaft Einhalt gebieten kann: *die Multitude*. Nun ist der Folgeband *Multitude* erschienen – gleichzeitig in mehreren Sprachen und zu einem Zeitpunkt, da die globale Bewegung in einer Krise steckt. Er schlägt unbeirrt das politische Projekt der *Multitude* vor. Mit den zahlreichen Kritiken an *Empire* setzt sich der Band an keiner Stelle ernsthaft auseinander. Stattdessen haben sich Hardt und Negri für ihr zweites gemeinsames Buch offensichtlich vorgenommen, den Slogan »Eine andere Welt ist möglich« zu beweisen und die »Sehnsucht« nach einer »besseren sozialeren Welt« wachzuhalten.

»Die Multitude ist eine diffuse Ansammlung von Singularitäten, die ein gemeinsames Leben produzieren; sie ist eine Art soziales Fleisch, das sich zu einem neuen sozialen Körper zusammensetzt. Das ist es, was die Biopolitik ausmacht. Das Gemeinsame nämlich, das zugleich künstliches Ergebnis und konstitutive Grundlage ist, bildet die mobile und flexible Substanz der Multitude.« (384)

Noch nie zuvor verfügten die Proletarisierten und zur Arbeit Gezwungenen dieser Welt über einen solchen Stand an Wissen und Möglichkeiten, miteinander zu kommunizieren; noch nie waren sie so sehr in der Lage, die Produktion gemeinsam zu organisieren, schien »das Kapital« nur noch überflüssig und zerstörerisch. Warum scheint trotzdem der Kommunismus so fern, die Leute so unorganisiert und vereinzelt?

Negri und Hardt versuchen darauf einerseits mit einer »Utopistik« à la Wallerstein zu antworten. Sie haben aber nicht dessen »nüchternen Blick« auf die Entwicklung der Gesellschaftssysteme, sondern beschwören eine Tendenz, die sie darin ausmachen. Zweitens plädieren sie für politische Einmischung, denn die Bedingungen, um Einfluss zu nehmen, seien heute mehr denn je gegeben.

Krieg, Klasse, Kissin

Das Buch gliedert sich in die drei großen Kapitel Krieg, Multitude und Demokratie.

Im *ersten Kapitel* wird noch einmal herausgearbeitet, dass die Legitimation der Weltordnung heute in erster Linie auf Krieg beruht. Im Rückblick werden seine unterschiedlichen Formen in den letzten 40 Jahren – vom Guerillakrieg bis zur Aufstandsbekämpfung – behandelt, um zum neuen »netzwerkförmigen« Krieg zu kommen, wie er der neuen netzwerkförmigen Herrschaft (und auch der netzwerkförmigen Multitude) entspricht. Hier wird der Diskurs etwas netzförmig, andere würden sagen, er verliert sich – zumal auch Al Qaida ausdrücklich »Netzwerk« heißt.

Nach diesen Fingerübungen kommt das *zweite Kapitel* zur Sache und will »Multitude« als Klassenbegriff darlegen. Das geht dann so: Die Marxsche Konzeption der Klasse unterscheide sich von liberalen Modellen darin, dass sie durch den Klassenkampf determiniert sei. Klasse sei ein politisches Konzept, eine Klasse bilde dann und nur dann ein kollektives Ganzes bilde, wenn sie gemeinsam kämpft. Klasse sei eine konstituierende Setzung, ein Projekt.

Sodann wird das Projekt »Multitude« in immer neuen Anläufen vor allem ontologisch entwickelt: Die Menge besteht aus singulären Subjekten, nicht Individuen, denn es gibt keine autonomen Lebewesen außerhalb einer Gemeinschaft. Die Menge braucht im Gegensatz zur Masse keinen Führer. Sie bildet auch keinen einheitlichen sozialen Körper wie das Volk, sondern ist Vielfalt.

Das *dritte Kapitel* »Demokratie« behandelt die weltweite Krise der Repräsentation einerseits und ein weltweites rastloses Streben nach Freiheit und

Demokratie andererseits. *Krieg dem Krieg* und *Demokratie* sei das politische Projekt der Multitude, die sich flexibel zwischen neuen institutionellen Strukturen und einem schlagenden Ereignis, einem »Bruch« bewegt. Dafür taugten die alten Gewehre nicht mehr, man brauche neue, nicht destruktive Waffen und einen defensiven Gewaltbegriff. Als Beispiele werden die weltweite AntiKriegsdemo im Februar 2003 oder der Druck illegaler Einwanderung genannt. Sobald konkrete Aktionsvorschläge gemacht werden, wird's banal: kiss ins, wo Frauen Frauen und Männer Männer küssen. Trotz allem das Kapitel, das sich am interessantesten liest.

KPD: Kommunismus, Politik, Dialektik

Der Begriff »Klasse« wird rein politisch bestimmt, für deutsche Ohren klingt es geradezu antiimpmäßig, auf jeden Fall ist es ein Bruch mit dem Konzept »Klassenzusammensetzung«. Wenn die Autoren von der »ökonomischen Konzeption der Multitude« schreiben, die ein politisches Projekt braucht, dann scheint hier die alte Idee Negris durch, dass in der Ökonomie schon alle Voraussetzungen des Kommunismus vorhanden seien (»immaterielle Arbeit«), allein die Macht (des Kapitals, des Empire, etc.) verhindere ihn, deshalb braucht es ... die Partei, den bewaffneten Kampf, die intellektuelle Aufklärung (bitte ankreuzen! je nach Konjunktur).

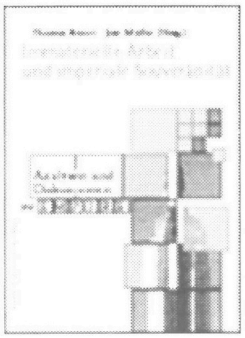
Am Ende des Buches wird explizit der »Kommunismus des Kapitals« beschworen: »Da das Finanzkapital zukunftsorientiert ist und solch riesige Arbeitsbereiche repräsentiert, können wir darin, so paradox es klingen mag, die sich herausbildende Gestalt der Multitude sehen, wenn auch in verdrehter, verzerrter Form. Im Finanzwesen wird der Widerspruch zwischen dem sich ausweitenden Gemeinsam-Werden unserer zukünftigen Produktivität und der zunehmend eng beschränkten Elite, die sie kontrolliert, extrem. Der sogenannte 'Kommunismus des Kapitals', das heißt sein Drang zu einer immer extensiveren Sozialisierung der Arbeit, verweist schemenhaft auf den Kommunismus der Multitude.« (312)

H/N entwickeln aus diesem »Kommunismus des Kapitals« das politische Projekt der Multitude. Auch dies eine alte Idee Negris, die proletarische Revolution werde sich wie die bürgerliche entwikkeln: zunächst entsteht die ökonomische Basis, auf dieser erhebt sich dann das politische Projekt. Dazu passt sein Rückgriff auf Spinoza (oder auch Thomas Jefferson) und dessen Freiheitsvorstellungen des aufgeklärten Bürgertums. Alex Demirovic bemerkt in seinem Aufsatz (siehe unten) richtig, dass historisch die emanzipatorischen Kräfte längst nicht immer »immanenztheoretisch« argumentiert haben, wie dies in *Empire* mit der Abfolge von Revolution und Gegenrevolution in der Renaissance behauptet wurde. Viel häufiger hätten sie sich auf die Mächte der Transzendenz, auf Gott, die Natur, die Gesetze der Gerechtigkeit berufen. Bereits vor vierzig Jahren hat der Historiker E.P. Thompson in der *Entstehung der englischen Arbeiterklasse* dieses Spannungsverhältnis in den Kämpfen zu Beginn der Industrialisierung als »moralische Ökonomie der Unterklassen« zu fassen versucht – ein wesentlich überzeugenderer Ansatz als die Immanenz-Gebote von Hardt und Negri.

*SPD: Staatstheorie, **P**auernkriege, Demokratie*

Das Buch ist an vielen Stellen durchaus anregend, bietet interessante Querverweise, vor allem in den kursiv gesetzten Einschiebseln. Doch insgesamt scheint es wenig durchgearbeitet, viele Stellen sind rotzig runtergeschrieben – um einen Erscheinungstermin einzuhalten? Die Aussage etwa, »das traditionelle kapitalistische Eigentumsrecht beruhte auf Arbeit: Derjenige, dessen Arbeit ein Gut produziert, hat das Recht es zu besitzen« (210), drückt doch eher die sozialdemokratische Wunschvorstellung eines reformierten Kapitalismus aus; den Arbeitern, die Kraftwerke produzieren, gehören diese doch nachher nicht! (Das kann passieren, wenn man mit dem Terminus »Arbeitsgesellschaft« hantiert.) An anderer Stelle wird genau hier die Quelle des Antagonismus ausgemacht: der Reichtum, den die Arbeit schafft, wird ihr weggenommen. Aber der Klassenantagonismus besteht doch bereits in der Trennung des Proletariats von den Produktionsbedingungen, in der Unmöglichkeit zu leben, ohne für den Kapitalisten zu arbeiten! Auch die Sache mit der »Demokratie« wird nicht klar: Erst wird lang und breit entwickelt, dass es nicht mehr um Souveränität gehe, nicht um »Volkssouveränität« sondern um die konstituierende Macht der Multitude – warum soll dann die weltweite Bewegung ausgerechnet unter dem Begriff der Demokratie zusammengebracht werden? Und ist mit der »Bildung neuer demokratischer institutioneller Strukturen, die auf den bestehenden Voraussetzungen basieren«(389), womöglich die Demokratisierung der Weltbank gemeint?

Schädlich für die Analyse ist auch die zwanghafte Einteilung der Geschichte in Epochen oder Perioden, was nochmal in dem flammenden Plädoyer für die »Tendenz« begründet wird. Was nicht reinpasst, wird passend gemacht – wenn etwa der deutsche Bauernkrieg ins 17. Jahrhundert verlegt wird, oder die Bewegung der Krankenschwestern in Frankreich auf Anfang der 90er Jahre.

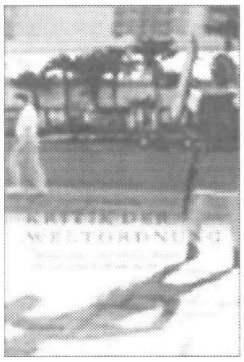


Thomas Atzert / Jost Müller (Hg.)

Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität

Analysen und Diskussionen zu Empire

Münster 2004 (Westfälisches Dampfboot)
292 Seiten, 24,80 Euro
ISBN : 3-89691-545-2



Thomas Atzert / Jost Müller (Hg.)

Kritik der Weltordnung

Globalisierung, Imperialismus, Empire

Berlin 2003 (ID-Verlag)
144 Seiten, 14 Euro
ISBN: 3-89408-089-2

Noch stärker als *Empire* ist der neue Band in Form eines überlangen Essays oder vieler ineinander übergehender Essays geschrieben, bei denen ständig die Ebenen wechseln: staatstheoretische, philosophische und mystische Diskurse. Ab und zu werden Orientierungspfosten eingeschlagen – doch in den Ausführungen erweisen sie sich als gezielt verteilte Duftmarken, um die LeserInnen bei der Stange zu halten. Obwohl – oder gerade weil? – ständig auf die folgenden Kapitel verwiesen wird, fällt es schwer, bis zum Schluss durchzuhalten. Die immer neuen Anläufe in der Argumentation vertiefen nicht, sondern schachteln sich redundant. Sie werden immer nur als weitere Zutat in eine unerträgliche »biopolitische« Soße gegossen, die sich am Ende in Kitsch auflöst: »Zur rechten Zeit wird ein Ereignis wie ein Bogen den Pfeil mit einem Schlag in diese lebendige Zukunft schleudern. Dies wird der wahre politische Akt der Liebe sein.« (Schlusssatz des Buches, Seite 393)

Fazit: Der Anspruch wird nicht eingelöst

Zugute zu halten ist den Autoren, dass sie »nach vorne« denken und nicht wie so viele andere auf den toten Hund eines »orthodoxen« oder »Arbeiterbewegungs«-Marxismus einhauen, um die eigenen Gedanken als ganz besonders neu darzustellen. Sie mixen häretischen Marxismus, Poststrukturalismus, Dekonstruktivismus, Theorien über Machtbeziehungen, Queertheorien usw. und glauben, mit ihrer Belesenheit alle schlagen zu können. Und weil sie dabei zu viele Interessen bedienen, wird ihre politische Position opportunistisch. Wenn sie nur mal einen Gedanken bis zum Ende ausführten, statt ihn nur tot zu reiten!

Der Anspruch, die Herausbildung neuer Subjekte auf die tatsächlichen Veränderungen in der Arbeit zu beziehen, wird nicht eingelöst. Der übergestülpte Begriff der »immateriellen Arbeit« kleistert all das zu, was herauszuarbeiten wäre. Im Buch wird seitenlang über »Arbeit« philosophiert, ohne je zu sagen, was nach ihrem Verständnis Arbeit ist. So ist etwa zu lesen: »Wenn Produkt der Arbeit nicht materielle Güter, sondern soziale Beziehungen, Kommunikationsnetzwerke und Lebensformen sind, dann wird deutlich, dass die ökonomische Produktion unmittelbar eine Art politischer Produktion oder genauer: der [die?] Produktion von Gesellschaft als solcher impliziert.« (370) Dies soll wohl kann nur heißen, dass im Kapitalismus tendenziell *jede* Tätigkeit zu »Arbeit« wird.

Die These ist offensichtlich, dass die kapitalistische Lohnarbeit auf ihrem höchsten Entwicklungsniveau, als immaterielle Arbeit zu einer die Gesellschaft neu konstituierenden Kraft wird – aber nicht mehr im Kampf gegen die Arbeit, sondern aus dieser Arbeit heraus. Im Buch ist nie von einem »Umschlag« die Rede, sondern von der Produktion des Gemeinsamen. Wie hat man sich das vorzustellen? Wenn die CallCenterArbeiterIn ihr Zwei-Minuten-Pensum pro Kunde überschreitet, handelt sie bereits gegen den Kapitalisten. Das aufgesetzte Lächeln ist ihr Schutz vor dem Kunden, ihre Distanz, die ihre Würde wahrt, es ist der Hohn auf die Liebe. Es hat nichts zu tun mit einer gemeinschaftlichen Produktion.

In der kommerziellen Softwareproduktion ist eine hohe Kooperationsbereitschaft der Individuen gefordert. Wie in der Fabrik ist es der Kapitalist, der die Arbeiter zusammenbringt, unter dessen Kommando sie die Kooperation entwickeln – und der dafür sorgt, dass sie politisch getrennt bleiben. Das Produkt, das sie gemeinsam herstellen, ist nicht ein Produkt, das ihr Leben schöner macht – und es gehört ihnen auch nicht. Der angebliche Überschuss, der in dieser Art von Produktion entsteht, hat sich bisher nirgendwo in kollektive Kämpfe umgesetzt. Die weltweite Kommunikation per *Email* oder *Chat* mit KollegInnen rund um die Welt ist im IT-Sektor heute Bestandteil der täglichen Arbeit. Die elektronische Kommunikation hat viele Barrieren niedergerissen, mit denen sich das bürgerliche Individuum umgab. Aber sie produziert nicht automatisch »das Gemeinsame«.

Materialien zur Empire-Diskussion

Der Sammelband ***Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität*** gibt einen guten Überblick über die in *Empire* verarbeiteten Theorieansätze. Die meisten der 17 Beiträge argumentieren wissenschaftlich-seriös, bleiben zu ehrfürchtig gegenüber Hardt/Negri und halten sich mit politischen Positionierungen zurück.

Das Buch beginnt mit Aufsätzen über die europäische Ideologie, die Wiederentdeckung Spinozas und über Winstanley, den Theoretiker der *Diggers*, die im England des 17. Jahrhunderts für die Wiederaneignung von Gemeindeland kämpften. Toni Negri breitet auf 20 Seiten seine Überlegungen über politische Subjekte aus. Jost Müller diskutiert die Krise der kritischen Intellektuellen in Zusammenhang mit der Vermassung der technisch-wissenschaftlichen Fähigkeiten. *Empire* verweise auf eine neue Rolle der Intellektuellen, die trotzdem eine besondere bleibe: Nicht mehr aus der »Distanz durch Deutung«, sondern hinein diffun-

diert in die Gesellschaft, die unter der Dominanz der immateriellen Arbeit eine neue Stufe von Vergesellschaftung erreicht habe, könnten sie »eine völlig neue Produktivität erfahren« und »eine Deutung in der sozialen Immanenz der Multitude selbst vornehmen« (141).

Alex Demirovic kritisiert einen wesentlichen »Kunst(be-)griff« von Hardt/Negri – die »Immanenz«, bzw. die Behauptung, dass die Menschen seit der Renaissance um die eigene Macht wissen.

Cornelia Eichhorn gibt einen Überblick über drei Jahrzehnte feministische Theorie zur Arbeit (von der Lohn-für-Hausarbeits- über die Subsistenz-Debatte bis zur »affektiven Arbeit«). In seiner Knappheit kommt leider wenig rüber vom Engagement und politischen Aktivismus, in dem diese Debatten in den 70er und 80er Jahren geführt wurden – und vor allem wie sehr die eigene Rolle dabei ständig hinterfragt und kritisiert wurde. Während es heute durchaus vorkommt, dass Feministinnen die lästige Hausarbeit von Immigrantinnen machen lassen.

Sandro Mezzadra kritisiert aus Sicht der *postcolonial studies* die Illusion des okzidentalen Universalismus. Die Bewegungen und die Kämpfe haben seine partikularistische Gewalt in den Formen der Kolonialherrschaft, der Klassenherrschaft und des Patriarchats ans Licht gebracht. Spannend der Ausblick auf die indische Debatte, in der beispielsweise die bengalische Arbeiterklasse ausgehend vom Begriff der »abstrakten Arbeit« thematisiert wird.

Paolo Virno fordert eine Kritik des *Maschinenfragments* aus den *Grundrissen* von Marx– der wichtigsten Belegstelle des Operaismus –, weil sich in den 90er Jahren diese Thesen voll bestätigt hätten, allerdings ohne ihren emanzipatorischen Umschlag. »Im Zeitalter des General Intellect lebt die lebendige Arbeit in ihrer Gesamtheit permanent unter den Bedingungen der 'industriellen Reservearmee'«, trotz mörderisch langer Arbeitszeiten. Marx habe den *General Intellect* vollständig mit dem fixen Kapital identifiziert und die Seite der lebendigen Arbeit vernachlässigt. Diese sei aber heute entscheidend, um wieder politisch handlungsfähig zu werden.

Schon im Frühjahr 2003 erschien das ebenfalls von Thomas Atzert und Jost Müller herausgegebene Bändchen ***Kritik der Weltordnung***. Hier kommt u.a. mit Giovanni Arrighi auch ein wichtiger Kritiker zu Wort, mit dem sich H/N nicht wirklich auseinandersetzen. Mit den Aufsätzen von Negri zur Multitude und von Hardt über die »Bauern« waren hier in Kurzform schon die wesentlichen Gedanken des neuen Buches *Multitude* versammelt.

tamara

Spitzel:
ein Popdiskurs der besonderen Art

Im Vorwort bemühen sich die Herausgeber, die Tätigkeit eines Spitzels sozial und politisch einzuordnen. Nach der Einleitung hat man durchaus das Gefühl, mit dem Begriff und der Aufgabe eines Spitzels etwas vertrauter zu sein, allein die folgenden gut 20 Geschichten können diesem ersten Eindruck nicht folgen. Nach fünf, sechs Aufsätzen schleicht sich ein Gefühl der Beliebigkeit ein. Dennoch können immer wieder »Highlights« die Gunst der Leserin finden.

Die Judas-Geschichte von Brigitte Lenel räumt mit dem weitverbreiteten und im Evangelium gewollten Vorurteil auf, Judas habe aus Geldgier Jesus ans Messer geliefert. In der urchristlichen Mythologie, den Apostelbriefen, kommt diese Verschwörungstheorie noch gar nicht vor, und wenn man der Geschichte folgt, gab es gar nichts zu verraten. Als literarische Figur wurde Judas zum Verräter, weil er einigen gerade recht kam.

Dann kommt es im Buch zu einem beträchtlichen zeitlichen Sprung ins 19. Jahrhundert, wo aber der Spitzel, wie er uns im Vorwort beschrieben wurde, wieder nicht auftaucht. Schlecht kann der Aufstieg Stiebers zum preußischen Geheimrat mit der Vorstellung eines prekären, jederzeit um seine Anstellung fürchtenden Spitzels verglichen werden. Diese Unstimmigkeiten durchziehen weite Teile des Buches und man hat den Eindruck, sie resultieren aus dem starren Festhalten am Begriff Spitzel, ihn einerseits als das allerletzte in der Hierachie der Repression darzustellen, aber die passenden Geschichten, die das untermauern, nicht parat zu haben.

So handelt es sich bei den KPD-Funktionären Alfred Kattner und Ernst Rambow schwerlich um Spitzel, da diese uns im Vorwort als Menschen beschrieben werden, die sich nicht für eine Sache, politische Ziele und Träume einsetzen.

Markus Mohrs Textcollage »S-Bahn Peter« über den *Agent Provocateur* Peter Urbach verrät nicht viel Neues über die Lebens-und Arbeitsbedingungen im West-Berlin der späten sechziger Jahre. In welchem subproletarischen oder eher studentischen Milieu S-Bahn Peter recht erfolgreich agieren konnte, bleibt – bis auf die Verbindung zur *Kommune 1* – das Geheimnis Mohrs, schwer dienlich sind dabei »Medienhengste« wie Kunzelmann oder Baumann.

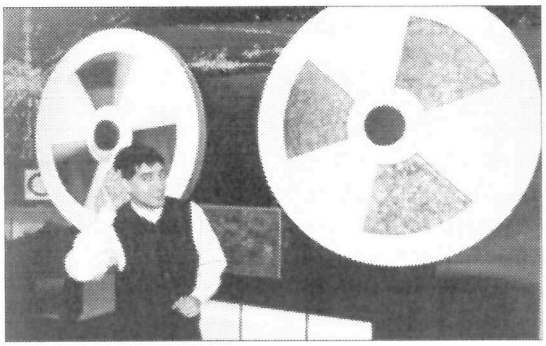
SPITZEL - Eine kleine Sozialgeschichte

Markus Mohr und Klaus Viehmann [Herausgeber]

Hamburg/Berlin Mai 2004
Verlag Assoziation A
ISBN 3-935936-27-3
256 Seiten, 18 Euro

www.assoziation-a.de

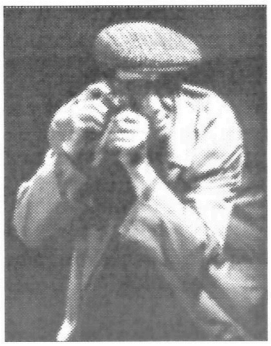
Die Überschrift bezieht sich auf eine Aussage von Markus Mohr auf einer Veranstaltung zum Buch, wo er über die Motive von Spitzeln räsonnierte; sinngemäß: es gibt viele Motive, aber eins zieht sich wie ein roter Faden durch: Machtphantasien; Selbstermächtigung, der Spitzel, ein anderer Popdiskurs?



Verdeckter Ermittler in Hamburg aufgeflogen

Im November wurde Kristian Krumbeck alias »Christian Trott« als verdeckter Ermittler der Polizei enttarnt. Er hatte sich ein Jahr lang in mehreren Hamburger Zusammenhängen bewegt: Anti-Hartz-Gruppe, Hamburg-Umsonst Kampagne, FAU, attac-AG Sozialer Ungehorsam.

Weitere Infos und Bilder findet mensch unter:
http://de.indymedia.org//2004/11/99069.shtml



Spitzel: ... bair.-österr. 'ein Späher, welscher das was andere tun, einem Vorgesetzten heimlich zuschwätzet! ....

(Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm, Band 16, München 1905 und 1984)

Am besten fand ich die »Anmerkungen zu IM Raffelt« von Christian Halbrock, etwas reißerisch vorgestellt als »bestbezahlter IM der DDR«. Dieser Typ begann seine Karriere als Ordnungsgruppenmitglied der FDJ, und wer die noch kennt, weiß wieviel Verachtung aber auch Lächerlichkeit ihnen zuteil wurde. Anders bei »Kiste«, er nutzt diesen Job, um Kontakte zur Blues- und Tramperszene herzustellen, zunächst im Raum Dresden, später DDR-weit. Sein Job als Roadie bei der Gruppe *Lift* öffnete ihm dabei weitere Türen. Langhaarig und sich subversiv gebend war »Kiste« unglaubliche 30 Jahre lang Zuträger der Stasi, einige Zeit auch hauptamtlich, dabei agierte er gegenüber seinen Führungsoffizieren finanziell dermaßen fordernd, dass seine Geldgier regelmäßig aktenkundig wurde. Er selbst stellte sich 1993 einem Gespräch, geführt von ehemals von ihm Ausgehorchten, darin wollte er sich abwechselnd als Überzeugungstäter, als Mann, der Angst hatte, oder als Muster der Gedankenlosigkeit präsentieren (»für mich war Stasi nichts Übles...«). Die späteren Recherchen sprechen allerdings eine andere Sprache. Ein sehr wichtiges Motiv war das Geld, er verdiente lange Zeit bedeutend besser als Facharbeiter in der DDR. Am Ende wird die Frage gestellt: »Wie konnte der IM zum zentralen Ansprechpartner und zur maßgeblichen Person der Dresdener Alternativszene avancieren ...?« Durch diese Frage bleibt die Geschichte offen und gibt viel Anlass für Diskussionen, was den Beitrag auch so gelungen macht.

Der Beitrag zu Manfred Schlickenrieder eröffnet eine Reihe von Fallbeispielen aus der jüngeren BRD-Geschichte, erstaunt nahm ich zur Kenntnis wie weitreichend die Kontakte des Münchener »Dokumentarfilmers« waren, selbst die Protestbewegung gegen die Ölförderung in Nigeria war vor seinen Bildern nicht sicher. 24 Jahre spitzelte Schlickenrieder für Dienste verschiedener Länder und als Filmemacher auch mit brauchbarem und in diesem Fall lange unauffälligem »Handwerkszeug«.

Die restlichen Fälle spielen vor allem im Raum Hannover/Göttingen. Warum dort vermehrt Spitzel, darunter auch wieder Hauptberufliche, auftauchen, wird nicht näher erläutert.

Kurz vor Schluss schreibt Klaus Viehmann in seinem Bericht »Nicht alle Spitzel haben zwei Beine« über elektronisches Schnüffelwerkzeug – ein wichtiger Beitrag, in dem aber was Alltägliches fehlt, die Nutzung von GPS nicht zuletzt zur Überwachung von LKW-Fahrern während der Arbeit. Das soll auch gleich als Stichwort einer weiteren Kritik dienen. Es findet sich keine Geschichte, die Spitzelei bei der Arbeit zum Thema hat, auch so gegenwärtige Schnüffeleien, wie die der Sozialämter bei der Kontrolle der »Leistungsberechtigung« und die hauptamtlichen Spitzel von Zoll und Arbeitsamt beim Verdacht auf Schwarzarbeit tauchen im Buch nicht auf.

Wenn eingangs erwähnt wird, wie anstrengend die Recherche war, gerade in Bezug auf das Menschenbild: »Das Ausmaß der zu Tage tretenden Niederträchtigkeit, Berechnung und Unverschämtheit hat in manchen Momenten unser eher positives Menschenbild schwer angekratzt«, so fällt doch auf, dass brisante Spitzelfälle wie die Rolle des Klaus Steinmetz bei dem Mord in Bad Kleinen, fehlen. Diese Liste ist lang: Werner Hoppe, Klaus Croissant, Till Meyer usw.. War »quellenmäßig« nicht mehr drin oder wollte man unbequemen Geschichten aus dem Weg gehen? Ein Nachwort hätte Aufklärung schaffen können – es gibt aber keins.

Spitzel, die in letzter Zeit auf linke politische Gruppen angesetzt waren, fielen durch praktischen Aktivismus auf, nicht ausgeprägte politische Meinungen. Sie sind zu vielen Aktionen gereist und machten gerne Dinge, die unbeliebt waren. Also ran an die abendlichen Verschwörungsgespräche!

Trotz mancher Kritik und offensichtlicher Mängel ist das Buch lange Zeit kurzweilig und lesbar, im Vorwort steht so schön: »für Zuschauer und Öffentlichkeit ist ein (aufgedeckter) Spitzelfall ein Leckerbissen der Unterhaltung...« *rehagel*

Tot oder doch lebendig?

Neben den grundsätzlicheren Aufsätzen von Lohoff (»Neue soziale Frage im entsicherten Kapitalismus«) und Trenkle (»Thesen zur neoliberalen Krisenverwaltung und den Perspektiven sozialer Emanzipation«) bietet das Buch u.a. Beiträge zur »Zeitverschwendung Marktwirtschaft«, den »Auswirkungen des ›Forderns und Förderns‹« sowie eine AT-TAC-Kritik. Feuilletonistische Einsprengsel z.B. zu Schlafmanagement, Schönheitschirurgie und Schließmuskeltraining im CallCenter runden das Bild ab – die individuellen Besitzer der Ware Arbeitskraft tun angeblich alles, um in der Konkurrenz besser dazustehen.

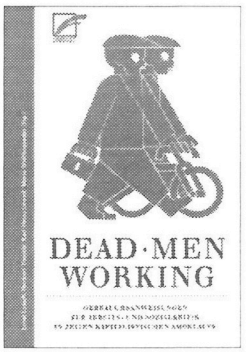
Die »Toten bei der Arbeit« hinterlassen Ratlosigkeit und Depression. Welche »Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs« (Untertitel) können wir dem Buch entnehmen, wenn sich »diese Gesellschaft« an die Arbeit klammert, obwohl »die rasante Produktivitätsentwicklung immer mehr Arbeit überflüssig macht«?

Sozialer Widerstand gegen die »offen terroristische Phase« der »auf Arbeit und Warenproduktion basierenden Gesellschaft« regt sich kaum, »hierzulande noch weniger als anderswo«, schreiben die Herausgeber der Zeitschriften *Krisis* und *Streifzüge* in ihrem Vorwort im Mai 2004. Kurze Zeit später gingen die Montagsdemonstrationen los und Tausende AutoarbeiterInnen streikten bei DaimlerChrysler und Opel, z.T. gegen die Krisenverwalter der Gewerkschaft. Wie konnte das passieren, wo doch Arbeiter, Arbeitslose, Manager und Politiker unterschiedslos der »Arbeitskirche« hinterherlaufen?

Zur Selbstbestätigung der Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen lesen wir in einem Beitrag der Geisteswissenschaftlerin Maria Wölflingseder, dass sie vom österreichischen Arbeitsamt von Kurs zu Kurs gepeitscht wird, von ihren Bekannten dumme Sprüche zu hören bekommt und schließlich erkrankt. Achim Bellgart, der sich laut Autorenverzeichnis nach »lustvoller Rödelei im *Kommunistischen Bund* zur Wertkritik empor geackert« hat, beschreibt die Absurditäten von Zwangsveranstaltungen bei Bremer Arbeitsvermittlern. Den heftigen Unmut der Teilnehmer über diese Behandlung kommentiert er so: »Dass sich darin jedoch die Krise der Arbeitsgesellschaft ausdrückt und weniger die der Arbeitsverwaltung, schien wenig zu interessieren.« (102) Er ist nicht auf die Idee gekommen, sich gemeinsam mit seinen KollegInnen gegen diese neuesten Zumutungen der Arbeitsgesellschaft zu wehren. Lieber schreibt er über sie.

Für Norbert Trenkle sind »Kampferfahrungen selbst und die damit einhergehenden Effekte der Selbstorganisation und der Solidarisierung ... gar nicht hoch genug einzuschätzen« (63). Leider wird im gesamten Buch nur eine einzige solche Erfahrung geschildert – aus besetzten Betrieben in Argentinien. Ernst Lohoff stellt »die Frage nach dem ›Gebrauchswert‹ eines arbeitskritisch neufundierten Antikapitalismus für die dringend gebotene kollektive Notwehr gegen den arbeitsgesellschaftlichen Amoklauf« und weiß, dass die Antwort »nicht im Rahmen von auf sich selbst gestellter gesellschaftskritischer Theorie, sondern nur von einer Emanzipationsbewegung« gegeben werden kann (41).

In seinem Aufsatz zur »Durchkapitalisierung der Krankenhäuser« analysiert der Personalrat eines Großklinikums, wie diese immer noch teilweise »verwertungsfreien Zonen« durch »Qualitätsmanagement« (Verkürzung der Liegezeiten, Fallpauschalen, Kundenorientierung usw) vollkommen den Kapitalerfordernissen unterworfen werden sollen. »Sind wir dieser Entwicklung ausgeliefert« (57), fragt er und ruft nach einer »Doppelstrategie«: einerseits Schadensbegrenzung und Bildung breiter Netzwerke von Betroffenen, andererseits Aneignung der Gesundheitsversorgung jenseits von Wert-, Waren- und Geldbeziehungen. Als einer der wenigen Autoren des Buches hat er noch die Menschen als Subjekte des Prozesses im Blick, was zumindest die Frage nach den Trägern der Überwindung des Kapitalismus aufwirft. *nina*



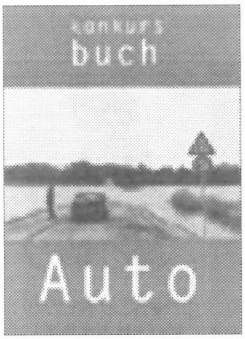
Dead Men Working

Lohoff, Trenkle, Wölflingseder, Lewed (Hg.)

Münster Juni 2004
(Unrast-Verlag)
300 Seiten, 18 Euro

Vgl. unsere Kritik am Manifest gegen die Arbeit:
www.wildcat-www.de/Zirkular/54/z54kritk.htm

Der Automobilismus ...



AUTO
konkursbuch 42

Hrsg.: Gerburg Treusch-Dieter, Ronald Düker, Claudia Gehrke.

256 Seiten,
viele Abbildungen
15,50 Euro
ISBN 3-88769-242-X,
www.konkursbuch.com

Das Konkursbuch gibt es seit über 25 Jahren; wer es genauer wissen will: www.konkursbuch.com/html/lang.html

Im März 2004 ist das *konkursbuch 42: Auto* erschienen. Über vierzig Artikel rund um das Thema »Auto und Selbst sind dasselbe Wort«, wie meistens im Konkursbuch viel Unterhaltsames und Kluges, manchmal aber auch etwas beliebig – und zuweilen so viele Tippfehler und fehlende Fußnoten, dass man den Eindruck hat, einige Geschichten sind auf den letzten Drücker und fast unredigiert ins Buch gerutscht. Schade ist auch, dass den HerausgeberInnen die ganze Welt der Herstellung von Autos keinen einzigen Beitrag wert war. Hier scheint man zu sehr geläufigen Ideologien aufgesessen zu sein: »Erblicken Sie im Rückspiegel Ihrer Karre die verlorene Zeit des Industriezeitalters, oder entziffern Sie aus dem Display Ihres Hybrid-Autos die Zukunft des Informationszeitalters.« (aus dem Vorwort)

Das Heft ist lesenswert und anregend. Ich will es anhand von drei Artikeln besprechen, Burckhardt Wolf behandelt in »Droit de carosse. Automobilismus und Autonomie in der Versicherungsgesellschaft« den historischen Zusammenhang von Verkehrsstau und anstehender Revolution Ende des 18. Jahrhunderts. Ulrich Raulff: »Der Super-Blitzkasten« und Fabian Kröger: »Automobile DNS in der Kontrollgesellschaft« behandeln die Projekte totaler Kontrolle aller Bewegungen durch neue Technologien im und ums Auto.

... ist die wahre Revolution

Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts hatte sich die Anzahl der städtischen Kutschen in Paris verfünfzehnfacht, der seit 1680 bestehende *droit de carosse* aber, das höfisch und ständisch geregelte Nutzungsrecht der Droschken, war unverändert geblieben. Der Romancier und Dramatiker Louis Sébastian Mercier beschrieb 1771 in seiner Zukunftsutopie *Das Jahr 2440* ein Pariser Verkehrsleitsystem – und damit auch die Leitlinien der bürgerlichen Revolution. Er will den Fortschritt, in dem »statt des menschenverachtenden Gedränges und waghalsigen Kutschierens ... eine zwanglose und doch lebhafte Ordnung auf den Straßen herrscht.« (173)

In der bürgerlichen Verkehrsordnung gelten dann nicht mehr Privilegien, sondern technisch begründete Verkehrs*regeln*. Ökonomisch unterfüttert wurde der Autoverkehr, dieser »sinnfälligste Ausdruck bürgerlicher Selbststeuerung« (173) durch die Kraftfahrzeugversicherung (in Deutschland mit dem Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871). Sie trägt dazu bei, dass sich auf der Straße die bürgerliche Utopie verwirklicht: »Gerade der freie Individualverkehr, die reale Konkurrenz auf der Straße, stiftet ein Band der Gemeinschaftlichkeit, das nach dem Prinzip der Solidarität alle Schädigungen statistisch kompensiert.« Haftpflichtversicherungen »bahnten jenem solidarischen Prinzip den Weg, nach dem sogar ‚fahrlässige' Fahrer Versicherungsschutz genießen können.« (176) Denn der Versicherungsstaat stellt nicht in erster Linie Ursache und Schuld fest, sondern versucht, (künftige) Mobilität zu sichern. »Die Haftpflichtversicherung wurde damit zum Kernstück und Testfall dessen, was François Ewald als *État-providence* (‚Vorsorgestaat') bezeichnet hat.« (177)

Etwa hundert Jahre später überspannten plötzlich »neue, hässlich-graue Brücken die vertrauten Autobahnen. Unter Taxifahrern kursierten wilde Gerüchte. In diesen Brücken lauere die totale Kontrolle; Deutschland baue den Superblitzkasten.«

... Toll Collect »die endliche Realisierung dessen, was einst als ‚Sonnenstaat des Dr. Herold' verspottet und gefürchtet wurde«

Toll Collect soll nicht nur Maut einsammeln, es ist »das Großprojekt einer landesweiten elektronischen Erfassung und Lenkung der Verkehrsströme...« (Raulff, 157) Das Auto selber wird zum »Kontrolltechnologieträger«: Sender, Mobiltelefone, in Reifen implantierte Chips, GPS, UDS... Vor allem mit den billiger werdenden Unfalldatenschreibern (UDS) ergeben sich neue Überwachungsmöglichkeiten. Anfang 2004 hat sich der 41. Verkehrsgerichtstag in Goslar für die obligatorische Einführung dieser »Blackbox für das Auto« ausgesprochen. Sie zeichnet fortlaufend bestimmte Fahrdaten wie

Geschwindigkeit, Beschleunigung, Richtungsänderungen, Benutzung des Sicherheitsgurts, scharfe Bremsvorgänge, Gaspedalstellung, schnelles Kurvenfahren, Überholmanöver, Schleudern, Stoßvorgänge, Betätigung der Bremsen, des Blinkers oder des Lichts auf und überschreibt sie wieder. Unfälle und kritische Fahrmanöver werden automatisch gespeichert, wobei ein bestimmter Zeitraum vor und nach dem Vorfall festgehalten wird.

In den USA müssen noch nicht einmal die Käufer von neuen Autos informiert werden, dass diese mit einem UDS ausgestattet sind. Nach einer Umfrage im Jahr 2002 haben zwei Drittel der Autokäufer keine Ahnung. Dabei sind die meisten Neuwagen damit ausgerüstet, 25 bis 40 Millionen Fahrzeuge haben schon ein UDS. GM baut seit 1974 in die mit Airbags ausgestatteten PKW entsprechende Geräte ein, die nicht nur die Airbags auslösen, sondern auch Unfalldaten speichern. Airbags sind die Tür, durch die UDS ohne Wissen der Besitzer eingeschleust werden. In der BRD sollen bisher etwa 30 000 Autos mit UDS ausgerüstet sein.

Nach den Fahrern von Firmen und Behörden sind jugendliche Anfänger das erste Einsatzziel der Blackbox. Sie gibt z.B. einen lauten Warnton ab, wenn der Fahrer zu schnell fährt oder sich anderweitig riskant verhält. Und in Kombination mit einem GPS-System lässt sich jederzeit sehen, wohin der Kontrollierte gefahren ist.

Interessiert sind an den Daten nicht nur Eltern, Hersteller und Polizei, sondern auch die Versicherungen. Für diese hat *Injury Sciences* 2003 ein Webportal eröffnet, damit schnell erfasst werden kann, welche Autos mit einem UDS ausgestattet sind und welche Daten sie erfassen. Zudem werden Links zu Firmen angeboten, die die Daten auslesen und analysieren können. Auch der ursprüngliche Sinn der Versicherungen dreht sich um (ein Prozess, der allerdings schon seit längerem im Gange ist).

In »Automobile DNS in der Kontrollgesellschaft« (161 ff.) versucht Fabian Kröger in der Tradition von Roland Barthes' *Mythologien des Alltags* die Durchsetzung eines umfassenden Kontroll- und Überwachungsstaats durch die »ideologische Figur Unfall« auch theoretisch zu erfassen.

Das Auto war das »Versprechen von Individualität und Freiheit, von Autonomie und Allbeweglichkeit«: »Vom Autokörper umgeben glaubt der Mensch, freies und autonomes Subjekt zu sein, und ist dennoch ‚effektiv an Prozeduren der Unterwerfung gebunden' (Käte Meyer-Drawe)... Dieser Widerspruch spitzt sich derzeit immer stärker zu.« (161) Zum einen »von außen«: durch immer stärkere Überwachung und (»verdachtsunabhängige«) Kontrolle des Verkehrs, zum anderen durch die »technologische Mutation des Autos selbst« (ebenda). Der Hebel dazu ist die »Utopie des unfallfreien Verkehrs«. »Der Verkehr wird zum Einfallstor für den Polizeistaat.« (162)

1959 wurde in der BRD die erste Radarfalle aufgestellt. In den letzten Jahren wird das Prinzip umgekehrt, nicht mehr der »Verkehrssünder« wird erfasst, sondern erstmal werden alle registriert und daraus werden die Verkehrssünder (*Section Control* in Österreich) ausgefiltert. *Toll Collect* in der BRD und das Mautsystem in Großlondon verfahren nach demselben Prinzip, um Straßengebühren zu berechnen. Sehr einfach ließen sich auch andere »Zielgruppen« ausfiltern: »Die Kameras eignen sich ideal für Rasterfahndungen oder die gezielte Erstellung von Bewegungsbildern.« (163) Kröger verweist darauf, dass solche Systeme ihre Akzeptanz über das Versprechen der Unfallvermeidung erlangen. »Die Utopie des unfallfreien Verkehrs trifft sich hier mit der Utopie einer kriminalitätsfreien Gesellschaft – beide lassen sich nur in einem Polizeistaat realisieren, in dem jeder lückenlos überprüft wird.« (ebd.)

Die ins Innere des Autos gewanderte Kontrolle bespricht Kröger anhand der »Fahrerassistenz-Systeme« wie ABS, ASR, ESP und der verschiedenen GPS-Ansätze (z.B. *DigitalDNA* von Motorola) und setzt sie in Bezug zur Genomforschung: »Die Fremdsteuerung des Selbst durch die DNS soll aufgehoben, die Fremdsteuerung des Menschen durch das Auto soll eingeführt werden.« (165)

Der Staat benutzt nicht nur die Einführung der LKW-Maut zur massiven Ausweitung der Kontrolle. Auch Hartz IV, die Gesundheitsreform

(Patientenkarte) usw. usf. werden in diesem Sinn genutzt. Bei Hartz IV hat sich der Staat von der rechtsstaatlichen Selbstverständlichkeit zur Wahrung des Sozialgeheimnisses von Anfang an verabschiedet. Arbeitgeber werden von der Hilfsbedürftigkeit erfahren, zwischen Haushalts- und Bedarfsgemeinschaft wird nicht unterschieden, so dass Antragsteller auch über Dritte viele Daten offenbaren müssen. Die Software zur Erfassung der Antragsdaten und zur Hilfeberechnung mit dem Namen *A2LL* erfasst zentral alle Hilfeempfänger, sämtliche Sachbearbeiter von Flensburg bis Konstanz können darauf zugreifen. Auch HIV-Infizierte und Aidskranke können ihre gesundheitlich begründeten Mehrbedarfszuschläge nur noch dann kriegen, wenn ihre HIV-Infektion in dieser zentralen Datenbank gespeichert wird.

Biometrische Daten im Ausweis, Aufhebung des Bankgeheimnisses, die juristische Eskalation und technologische Aufrüstungen scheinen keine Grenze mehr zu kennen. Der neueste Clou ist RFID-Technologie. Eine Mailänder Firma hat vorgemacht, was sich damit anstellen lässt: alle Beschäftigten haben einen Anstecker mit einem passiven RFID-Chip. Nur damit können sie das Firmengelände betreten und ihre Anwesenheit dokumentieren (»Stechuhr«), der Unternehmer kann zu jedem Zeitpunkt sehen, wer sich gerade wo befindet und Bewegungsprofile erstellen (wer redet mit wem, wer macht wie viele Kaffeepausen, ist wie lange auf dem Klo, war im Betriebsratsbüro usw.). Das einzige, was dafür nötig ist, sind übers Firmengelände verteilte Lesegeräte. (Aktive RFID-Chips senden selber, sie brauchen aber eine Batterie; passive Chips, die inzwischen auch »versuchsweise« in Kleidung eingenäht werden oder von *Metro* zur Logistiksteuerung eingesetzt werden, haben nur eine geringe Reichweite, sind dafür aber extrem klein und sehr langlebig.)

Neue Transport- und Verkehrsweisen?

Im Dezember 2004 haben BMW, Audi, Daimler Chrysler, Renault und Fiat einen Zuschuss der Bundesregierung gewonnen, um die Basis für ein eigenes »Auto-Internet« zu entwickeln. Hiermit sollen sich die Autos untereinander vor Gefahren, Staus, schlechtem Wetter und etwaigen Straßenproblemen warnen können. Das Geld fließt dem Projekt *Network on Wheels* (NOW) der Universitäten Mannheim und Karlsruhe zu, an dem auch das Fraunhofer Institut, Siemens und NEC beteiligt sind. Ein erster Prototyp soll Mitte 2005 hergestellt werden, im ersten Quartal 2006 sollen Tests mit ausgereifteren Modellen starten.

Die Absatzprobleme der Autoindustrie, die Angst vor dem Ende des Erdölzeitalters, die Debatte um die ökologischen Folgekosten (Abgase, Schrottentsorgung...) und noch viel stärker solche Anstrengungen zeigen, dass der Autoverkehr an sein historisches Ende kommt. EPS, Abstandswarner, Bremsassistent, NOW... sind *auch* technologische Versuche, die Verkehrsgeschwindigkeit bei wachsender Verstopfung der Straßen hochzuhalten. Laut ADAC verwandeln sich etwa 10 Prozent des 12 000 km langen deutschen Autobahnnetzes täglich zum Parkplatz. Die Zeit, die Menschen täglich für Fortbewegung aufwenden, beträgt etwa eine Stunde, dafür geben sie nicht mehr als 10 bis 15 Prozent ihres Einkommens aus. Diese Werte sind unabhängig von Kultur und technologischer Entwicklung historisch relativ starr. Sie gelten für mittelalterliche Städte genauso wie für moderne Großstädte. Heute wird der Verkehr durch *just in time*-Produktion und immer weitere Wege zur Arbeit zum Stressfaktor, er zwingt Menschen dazu, dieses Zeitbudget zu überschreiten. Und die Belastung soll noch zunehmen. Die Bundesregierung ging in ihrem »Verkehrsbericht 2000« davon aus, dass der Personenverkehr bis 2015 um 20 Prozent, der Güterverkehr sogar um 64 Prozent steigen wird. Mit dem Verkehrsinfarkt verliert das Auto*mobil* seine Akzeptanz.

Das Internet vereinfacht zwar die Kommunikation und damit den Handel, jedoch wollen die elektronisch verkauften Waren auch transportiert werden. Es entsteht eine Situation, die das frühe 19. Jahrhundert schon einmal kannte (»Kutschenstau«). In den neuen, mit Dampfmaschinen betriebenen Fabriken stieg die Produktivität rasant an, die Waren wurden schneller und arbeitskraftsparender produziert, aber sie mussten auch zu den Märkten gelangen und ungeheure Mengen Kohle zu den Fabriken. Zunächst erhöhte der Bau von Kanälen die Transportkapazitäten, aber dies erreichte bald seine Grenzen. Die Lösung brachte erst die Eisenbahn. Sie revolutionierte den Transport und begründete damit eine lange Phase der wirtschaftlichen Entwicklung und eine neue Lebenskultur, das bürgerliche Zeitalter. (Das Auto hat sich mit ungeheurer Dynamik ausgebreitet zu einer Zeit, als bereits ein Schienennetz zur Verfügung stand, das damalige {ökonomische} Bedürfnisse durchaus hätte befriedigen können – ein vielschichtiger Zugang wie der des *Konkursbuchs* ist also durchaus angebracht.)

Nur ist ein Ausweg im Transport auf dem Boden trotz aller Ideen zu Verkehrsleitsystemen heute nicht mehr vorstellbar. In dieser Hinsicht symbolisiert die Krise des Autos auch die Krise der kapitalistischen Vergesellschaftung. *jaa*

Wildcat

Back Issues.

Wildcat 71 (Herbst 2004)

Beilage: Geschichte eines englischen Bergarbeiters

Wir waren das Volk Anti-Hartz-Demos

Jede Agentur braucht ihre Agenten
Dole Autonomy vs. Die Wiederdurchsetzung der Arbeit

Die Erfahrungen der Pariser Solidaritätskollektive

Auto & Metall Streik bei Daimler – Auto 5000 – Arbeiten in einer Metallklitsche

gegen.Entwürfe Jobber – Metallbaukollektiv – Messebau – Metallarbeiter

Respekt Der Umbau der Musikindustrie – Fire Music

Kriegsziel Sudan u.v.m.

Wildcat 70 (Sommer 2004)

Operaismus Vom Schimpfwort zum toten Hund – Storming Heaven – FIAT in Arbeiterhand

Streik in der Modellfabrik FIAT Melfi

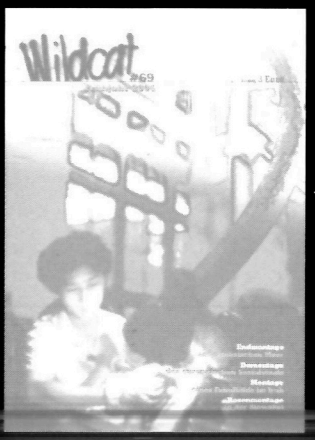
SUD Von der Unmöglichkeit radikaler Gewerkschafterei

Dead End im Irak

Verlagerungen nach Osten? Tschechien – Rumänien

Musik statt Industrie Moers 2004 – Industrial Music – DMCA on Steroids

Buchbesprechungen Joe Hill, die IWW und die revolutionäre Gegenkultur – The Art of Rebellion – The many headed Hydra



Wildcat 69 (Frühjahr 2004)

Beilage: Plakat

Prekarisierung: Angriffe von oben – Widerstand von unten?

Soziale Explosion in der Ostslowakei

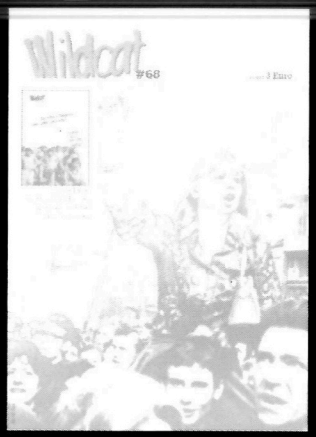
StudentInnen – zwischen Standort und Wir wollen alles

Prekär am Steuer – Streiks und Aktionen der Busfahrer in Köln · Leverkusen · Italien

China: das Fließband läuft. Noch.

Krieg und soziale Kämpfe im Irak

Pop-Mythen adieu! · Alles Pop · Filmbesprechung Faites vos jeux · Making Music is killing music?
Die Krise der Musikindustrie



Wildcat 68 (Januar 2004)

Beilage zur besetzten Fabrik Zanon in Argentinien

Prekarisierung – Strategie oder Krisensymptom? · Praktikum, Jobclub, Leiharbeit, Ich-AG · Interview mit www.chefduzen.de

Lateinamerika · Aufstand in Bolivien

Streiks in Italien, GB, Griechenland, Österreich, Belgien und Deutschland

Krise · Die Widersprüche des US-Booms · Das Ende des EU-Stabilitätspakts · USA / China – die Lunte glimmt

Blackout – Chaos im Energiesektor

ElexirA · LKW-Fahrer in New York · IT-(Nicht-)Arbeit

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P. Müller

wildcat

Abo: 6 Ausgaben für 15 Euro – Förderabo 30 Euro – Einzelheft 3 Euro – aktuelles Heft für Weiterverkäufer: 8 Exemplare für 16 Euro (Ausland 20 Euro) – alle Preise incl. Porto.

Bestellung per

Brief: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder das Aboformular auf der Webseite.

Regionale Kontakte

freiburg@wildcat-www.de
leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de
stuttgart@wildcat-www.de
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

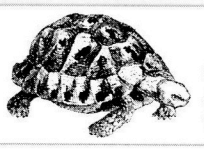
Archiv und Aktuelles

www.wildcat-www.de

selbstorganisiert
kämpferisch
solidarisch

[eine andere gewerkschaft ist möglich]

FAU IAA
Freie ArbeiterInnen Union
Postfach 2763 | 48014 Münster | geko@fau.org | www.fau.org



In der aktuellen Ausgabe (10-11/04) u.a.:

- »Das Kopfschütteln, der Charme der Bourgeoisie und ihr Preis«, S. Cubela verfolgt, wie Opel in die Presse kam
- »Tarifpolitik unter Revisionsvorbehalt«, R. Müller zum VW-Abschluss
- K. Huckenbeck: »Ausscheren aus dem Konkurrenztango«, Kommentar zum Opel-Streik
- H. Claus: »ver.di in der Klemme«, zur ÖD-Tarifrunde
- H. Storn: »(Berufliche) Schulen als Unternehmen«, Outputsteuerung in der Bildung
- »Gegen Zwei-Klassen-Tarifvertrag«, Krankenhausbeschäftigte erringen Teilerfolg

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06
Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Wildcat

...diesmal im Magazin:

- **Eine Woche wilder Streik bei Opel in Bochum**
- **Erfahrungen im Kampf gegen die Zwangsarbeit in den 80er Jahren**
- **Die Lüge vom Aufschwung**
- **Knast: Prekarisierung und Masseninhaftierung**
- **Bolivien: Verwandlung von Bewegung in Institution**
- **Krieg ums Wasser in Mexiko**
- **Polen: Klassenkämpfe seit 1956**
- **Polnische ArbeiterInnen in Berlin**
- **ArbeitsmigrantenInnen in Tschechien**
- **Nigeria: Erdölproletariat gegen Militärdiktatur**
- **DeutschPop: die Musik der Neuen Mitte**
- **Beilage: Wildcat-Audio-CD – Musik, Interviews, Hörspiel...**